



KATHOLISCHE UNIVERSITÄT
EICHSTÄTT-INGOLSTADT

Z | F G

Zentralinstitut
für Ehe und Familie
in der Gesellschaft
Center for marriage
and family in society

8. Jahrgang | Juli 2016 | ISSN 2363-7072

FAMILIEN-PRISMA

mit Jahresbericht des ZFG



Themenschwerpunkt **MIGRATION & FAMILIE**

www.ku.de/zfg

Impressum

Herausgeber: Zentralinstitut für Ehe und Familie in der Gesellschaft (ZFG),
Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt, Marktplatz 4, 85072 Eichstätt,
Telefon: +49 (0)8421/93-21141, E-Mail: zfg@ku.de

Bildnachweis: Titelbild iStock/Eugenio Opitz // S.3 Eveline Hermannseder // S.4 links iStock/
Eugenio Opitz // S. 4 rechts Fotolia/Jörg Sabel // S.5 links ZFG // S. 6 Eveline Hermannseder //
S.7 iStock/Eugenio Opitz // S.8 Stefan Luft // S.15 BiB Demographie // S.25 Marion Reindl //
S. 30 Johannes Singhammer// S. 34 Bernhard Sutor // S. 40 Fotolia/Jörg Sabel// S. 44 Eveline
Hermannseder // S.45 Echter Verlag// S. 47 Stefan Schieren // S. 49 Friedrich-Ebert-Stiftung //
S. 50 Eveline Hermannseder // S. 51 Springer Verlag // S. 53 Alexandra Ressel // S. 54 Eveline
Hermannseder // S. 56 Fotolia/Brian Jackson // S. 61 Eveline Hermannseder // S. 62 ZFG /
iStock // S. 67 Eveline Hermannseder // S. 68 ZFG // S. 72 ZFG // S. 73 Eveline Hermannseder,
Bernhard Sutor // S. 76 Eveline Hermannseder // S. 77 ZFG // S. 78 ZFG // S. 81 Eveline
Hermannseder

ISSN: 2363-7072

Herstellung und Druck: Kräck Mediengestaltung Druck und Service, Weiheracker 11,
85072 Eichstätt

Liebe Leserin, lieber Leser,

nachdem das Familien-Prisma im vergangenen Jahr bereits in seiner Struktur überarbeitet worden war, haben wir mit der Ausgabe 2016 nun auch das Layout neu gestaltet. Die Aufmachung der Zeitschrift wurde modernisiert, sodass die Inhalte übersichtlicher und leichter lesbar sind. Wir hoffen, dass unsere Zeitschrift damit noch attraktiver wird und viele neue Leserinnen und Leser findet.

Als die Redaktion Anfang 2015 den Schwerpunkt für dieses Heft festlegte – „Migration und Familie“ – konnte noch niemand ahnen, dass wir damit zwei Themen vereinten, die das vergangene Jahr stark prägten. Zum einen stieg seit August 2015 die Zahl der nach Deutschland kommenden Flüchtlinge in einem bis dahin ungekannten Ausmaß an, sodass das Thema Migration seitdem die politischen und gesellschaftlichen Debatten beherrscht. Zum anderen veröffentlichte Papst Franziskus im April 2016 das nachsynodale apostolische Schreiben „Amoris Laetitia“, in dem er die Beratungen der Bischofssynoden zusammenfasste, die im Oktober 2014 und 2015 in Rom unter der Fragestellung „Die Berufung und Sendung der Familie in Kirche und Welt von heute“ stattgefunden hatten.

Beide Themen behandeln wir in der vorliegenden Ausgabe. Der renommierte Migrationsforscher PD Dr. Stefan Luft beleuchtet in seinem politikwissenschaftlichen Beitrag die Rolle der Familie in Migrationsprozessen. Dabei wird deutlich, dass Migration nicht nur Folgen für die betroffenen Familien, sondern auch für die aufnehmende Gesellschaft hat. Dies ist auch das Thema des Interviews, das wir diesmal mit einem politischen Repräsentanten führten. Johannes Singhammer, MdB Vizepräsident des

Deutschen Bundestages, fordert darin eine ehrliche Diskussion über die Möglichkeiten und Grenzen der Integration. Wie wichtig bei der Integration vor allem auch die Rolle der Schule und der Eltern ist, zeigt der Beitrag von Dr. Marion Reindl, der sich mit der Akkulturation ausländischer Jugendlicher beschäftigt. Der Ehrendirektor des ZFG, Prof. Dr. em. Bernhard Sutor würdigt in einer längeren Besprechung das nachsynodale apostolische Schreiben Amoris Laetitia.



Über die Forschungsaktivitäten, Publikationen und laufenden Projekte am ZFG informieren Sie wie gewohnt der ZFG-Jahresbericht und die Beiträge in der Rubrik „Forschung am ZFG“. Dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ZFG im zurückliegenden Jahr einiges zu tun hatten, ist hier nicht zu übersehen. Vor allem freuten wir uns über neue Drittmittelprojekte – z. B. mit der Deutschen Bischofskonferenz - und über die bewährte Zusammenarbeit mit der Katholischen Militärseelsorge.

Ein herzliches Dankeschön gilt daher dem ganzen ZFG-Team für die geleistete Arbeit, aber auch unseren Kooperationspartnern für ihr Vertrauen sowie der Leitung der Katholischen Universität für ihre Unterstützung.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre!

Prof. Dr. Klaus Stüwe
Direktor des ZFG

INHALT

Themenschwerpunkt
„MIGRATION UND FAMILIE“

8 Migration und Familie - Aspekte eines schwierigen Verhältnisses
PD Dr. phil. habil. Stefan Luft

25 Akkulturation Jugendlicher im Spannungsfeld zwischen Schule und Familie
Dr. Marion Reindl

30 Interview mit dem Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages Johannes Singhammer, MdB
Redaktion Familien-Prisma



BEITRAG

34 Amoris laetitia - das nachsynodale apostolische Schreiben von Papst Franziskus
Prof. em. Dr. Bernhard Sutor

REZENSIONEN

44 Buchempfehlung. Refugees welcome. Eine Herausforderung für Christen
Dr. Peter Wendl

47 Lebensentwürfe junger Männer und Frauen in Bayern
Prof. Dr. Stefan Schieren

50 Handbook of Family Policies Across the Globe
Prof. Dr. Klaus Stüwe

JAHRESBERICHT DES ZFG

FORSCHUNG AM ZFG

54 Amor im Netz? Wer nutzt das Internet oder auch Online-Datingbörsen für die Partnersuche?

Jasmin Gotschke, M.Sc.

61 Familienfreundlichkeit und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den deutschen (Erz-)bistümern

Marion Kühn, M.A.

67 Evaluation der Familienbildungsangebote im Landkreis Eichstätt

Susann Kunze



SONSTIGES

- 2 Impressum
- 3 Editorial
- 6 Call for Papers



73 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des ZFG

74 Personalia

74 Vorträge und Aktivitäten des ZFG Mai 2015 bis Juni 2016

76 15 Jahre Kooperation des ZFG mit dem Katholischen Militärbischofsamt - eine Zwischenbilanz in Zahlen?

81 Projektmitarbeiter und Projektmitarbeiterinnen KMBA-ZFG

82 Vorträge und Aktivitäten in Kooperation mit dem KMBA - Mai 2015 bis Juni 2016

84 Familienwissenschaftliche Publikationen von ZFG-Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen

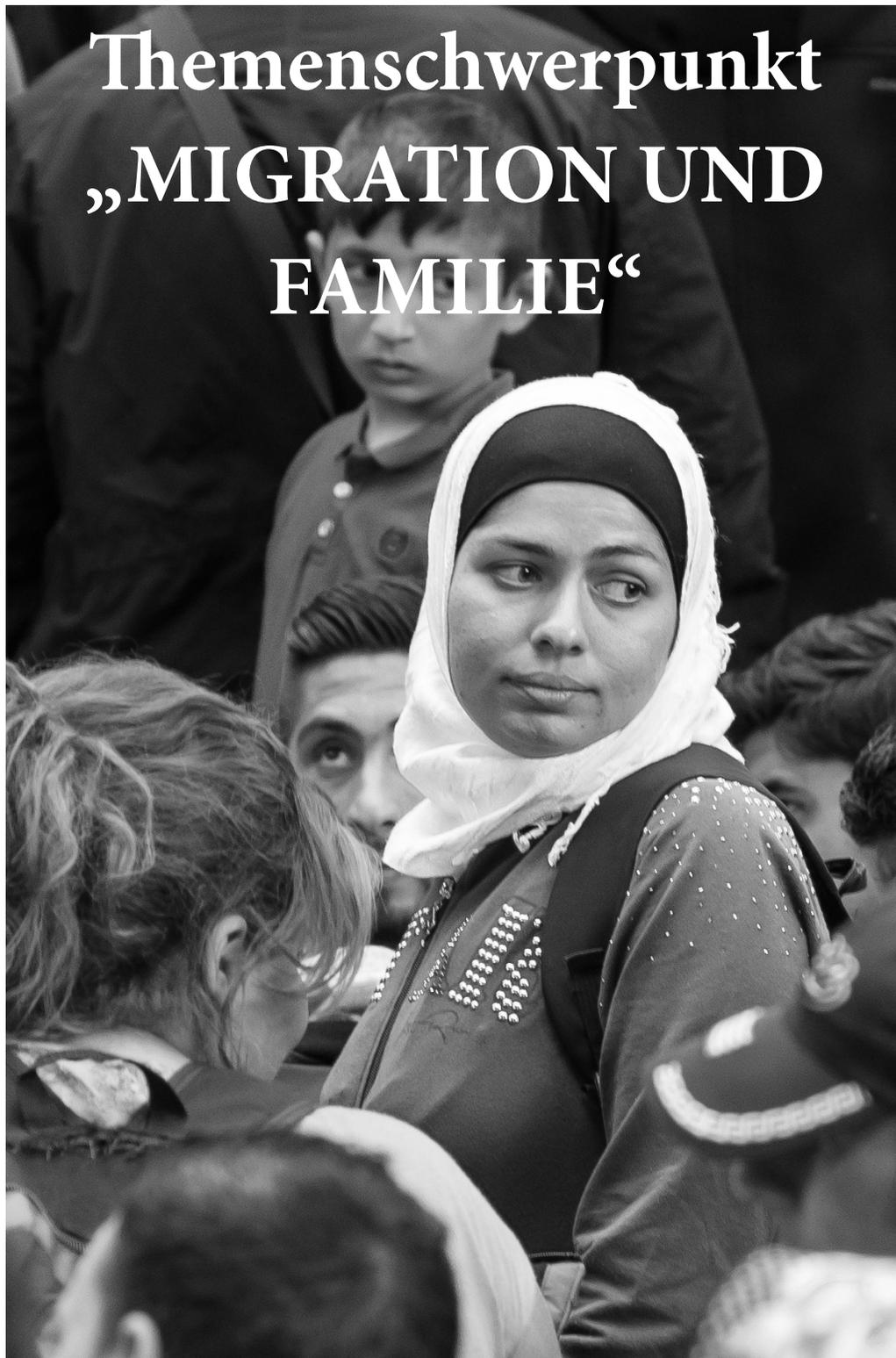
Call for Papers

Das nächste Schwerpunktthema des Familien-Prisma 2017 lautet:

„Familie und Politik“.

Hierfür laden wir Sie herzlich ein, Beiträge bis 31.12.2016 an alexandra.ressel@ku.de zu senden. Die Exposés sollten eine Länge von 1-2 A4 Seiten haben. Die eingegangenen Beiträge werden von der Redaktion beraten, und bis spätestens Ende Januar 2017 ergehen die Einladungen, einen Aufsatz zu verfassen. Redaktionsschluss für die Zeitschrift Familien-Prisma, Ausgabe 2017, ist der 31. Mai 2017. Autorenhinweise für den Haupttext finden Sie auf <http://www.ku.de/forschungseinr/zfg/> --> Publikationen --> Hinweise für Autoren und Autorinnen.

Themenschwerpunkt „MIGRATION UND FAMILIE“



Migration und Familie - Aspekte eines schwierigen Verhältnisses

PD Dr. phil. habil. Stefan Luft

Privatdozent am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bremen



Die Schwerpunkte in Forschung und Lehre sind Themen der Migrations- und Integrationspolitik. Dabei vor allem: die Migrations- und Integrationsprozesse seit dem Zweiten Weltkrieg, die Europäisierung der Migrationspolitik seit den 1990er Jahren und die vielfältigen Auswirkungen der Migration auf die Aufnahmegesellschaft (Städte, Bildungswesen, Arbeitsmarkt etc.).

Zusammenfassung

Die Entscheidungen, die zur Migration führen, werden meist in Familien getroffen. Familienmigration ist als Form von Kettenwanderung ein dynamischer Prozess, der sich staatlich nur eingeschränkt steuern lässt. Seit Jahrzehnten ist der Nachzug von Familienangehörigen ein wichtiger Migrationspfad in westliche Gesellschaften. Versuche staatlicher Regulierung sind häufig politisch umstritten. Bei der Integration in das Aufnahmeland wirkt sich ethnische Kapital von Familien ambivalent aus: Es trägt zur Stabilisierung in der Fremde bei, kann aber auch Segregationstendenzen befördern.

Abstract

Decisions that lead to migration are made in families. Family migration as a case of chain migration is a dynamic process. States are limited in regulating it. For several decades migration of family members is a main path into western societies. Efforts to control or to limit it, are politically controversial. Ethnic capital of families can support the integration of migrants by stabilizing their members in the new country. It also can foster tendencies of separation.

I. Einleitung

Migration – freiwillige und besonders unfreiwillige – kann familiäre Zusammenhänge herausfordern, retten, schwer be-

lasten oder gar zerstören. So vielfältig wie die Formen von Migration sind, so vielfältig können ihre Auswirkungen auf Fami-

lien sein. Die dauerhafte Veränderung des Lebensmittelpunktes über staatliche Grenzen hinweg hat Konsequenzen für alle Angehörigen einer Familie – unabhängig, ob die Familie als Ganze wandert, ob einzelne zurückbleiben und einzelne vorausgehen, ob es um zeitlich befristete oder dauerhaft angelegte Migration, um freiwillige oder um erzwungene Migration geht. Die sozialen Beziehungen innerhalb einer Familie verändern sich dabei zwangsläufig. Der globale Kapitalismus und die weiter zunehmenden sozialen und ökonomischen internationalen Disparitäten bringen auch immer mehr Frauen aus der Peripherie dazu, neben ihrer Aufgabe und Rolle als Mütter die Rolle der Lohnarbeiterin, der Dienstleisterin in Haushalten oder als Pflegekraft in den Staaten im Zentrum zu übernehmen. Dies hat schwerwiegende Folgen – vor allem für die betroffenen Kinder.

Familienmigration verändert auch die aufnehmende Gesellschaft. Mit der Wanderung von Gruppen ist stets auch der Transfer von Lebensweisen, tradierten Normen und Werten sowie kultureller Eigenarten verbunden. Dies dient der Stabilisierung des Lebens in der Fremde. Die Vertiefung und Verfestigung im Kontext ethnischer Kolonien im Ziel-land kann die soziale und kulturelle Integration aber auch stark erschweren. In der öffentlichen Debatte um die Integrationsbereitschaft von Muslimen zu Beginn des 21. Jahrhunderts wurde der Nachzug von Ehepartnern stark politisiert und problematisiert. Gleiches gilt für die Bekleidung, für die religiöse Gründe geltend gemacht werden (Kopftuch).

„Migration ist ein sozialer Prozess, der seiner eigenen Logik folgt.“

Migration ist ein sozialer Prozess, der seiner eigenen Logik folgt. Staaten versuchen, diese Prozesse einem politischen und rechtlichen Regime zu unterwerfen. Dies führt häufig zu Konflikten und erklärt, warum staatliche Steuerung nicht selten wenig effektiv ist. So kann zeitlich befristete Arbeitsmigration unintendierte Nebenfolgen zeitigen: der Nachzug von Ehepartnern und anderen Familienangehörigen sowie Landsleuten kann eine Eigendynamik entfalten, die von liberalen Rechtsstaaten nur sehr begrenzt zu steuern ist.

II. Migrationsentscheidungen - Prozesse und Akteure

Am Anfang von Migrationsprozessen stehen Entscheidungen. Sie werden meist innerhalb von Netzwerken und Kollektiven getroffen, in die Migranten eingebunden sind. Dazu gehören in erster Linie Haushalte und Familien. Die Interessen der beteiligten Individuen müssen dabei keineswegs gleichgerichtet sein. Häufig hat die Familie im weiteren Sinne oder die lokale Gemeinschaft im Herkunftsland Ressourcen mobilisiert (Eigentum verkauft, Schulden gemacht), um die Reise Einzelner (und damit vor allem die Schleuser) zu finanzieren. Ihnen soll eine Perspektive ermöglicht, sie sollen in die Lage versetzt werden, Verwandte nachzuholen und durch Rücküberweisungen die erlangte Unterstützung zurückzuzahlen. Das Risikoverhalten während der Migration wird auch von dieser Druckkulisse mitbestimmt: Ein Scheitern, die Rückkehr unverrichteter Dinge, würde von der Familie und der lokalen Gemeinschaft stigmatisiert.

Je nachdem, ob es sich um Fluchtmigration oder um – im weitesten Sinne –

freiwillige Migration handelt, sind die Entscheidungsspielräume und Motive höchst unterschiedlich (Luft 2016: 14 ff.). Bei Wanderungen aus ökonomischen Gründen sind die Übergänge von freiwilliger zu unfreiwilliger Migration häufig fließend: Wenn die Grundlage für das Überleben der Familie im eigenen Land nicht mehr erwirtschaftet werden kann, entsteht der Zwang, Kinder und womöglich auch Ehepartner zeitlich befristet zurückzulassen und im Ausland Einkommen zu erzielen. Durch Rücküberweisungen erwarten sich die Familien finanzielle Unterstützung. Weltweit übersteigen die hierdurch zustande kommenden Finanzströme die staatliche Entwicklungshilfe inzwischen erheblich. Nach Angaben der Weltbank haben sich die Rücküberweisungen im Jahr 2015 auf rund 432 Milliarden US-Dollar belaufen (World Bank 2016: 4).

Fluchtmigranten müssen ihre Entscheidungen unter starkem Druck und in großer Unsicherheit treffen. Arbeitsmigration und Flucht unterscheiden sich u. a. durch die vorhandene bzw. nicht vorhandene Planbarkeit: Flucht vor lebensbedrohlichen Situationen erfolgt häufig überstürzt. Am Anfang stehen dann Verlusterfahrungen ökonomischer und nicht ökonomischer Güter – der Heimat, der Familie, der Gesundheit, des Vermögens, des Hauses, des Arbeitsplatzes. Sind eine inländische Fluchtalternative oder ein Erstaufnahmeland gefunden, ist es entscheidend, wie sich die Verhältnisse dort entwickeln, welche Perspektiven sich für die Familien abzeichnen. Im Falle des Krieges in Syrien hat sich die Situation in den großen Flüchtlingslagern um Syrien in den vergangenen Jahren kontinuierlich verschlechtert. Den Bewohnern der Flüchtlingslager wird immer klarer, dass sie dort, aber auch im Herkunftsland keine Perspektive haben. „Hoffnungs-

losigkeit und Verzweiflung“ benennt der UNHCR als die wesentlichen Auslöser der Flucht im Jahr 2015 (UNHCR 2015). Hohe Kosten für den Lebensunterhalt (Miete, Lebensmittel) und immer größere Schwierigkeiten, für die eigene Familie sorgen zu können, sind weitere Gründe für Flüchtlinge im Libanon, in Jordanien und in Ägypten, die Flucht nach Europa anzutreten. Als Voraussetzung für eine Verlängerung des Aufenthaltsstatus verlangt die libanesische Regierung von Flüchtlingen, sich zu verpflichten, nicht zu arbeiten. Damit fehlt die Möglichkeit, aus eigener Kraft vor Ort zu überleben. Dann ist eine Verelendung die Perspektive: Kinderarbeit, Bettelei und immer höhere Verschuldung gehören zu den Folgen. Zudem sind die internationalen Hilfsprogramme unterfinanziert. Kürzungen in der Lebensmittelversorgung und bei den Hygienemitteln gehören zu den Folgen. Die Reaktionsmöglichkeiten auf bedrohliche Situationen hängen von den Ressourcen der Betroffenen ab: Sie entscheiden darüber, wer tatsächlich weiterwandern kann und wohin. Die Verwundbarsten unter ihnen suchen zuallererst Schutz, die Starken suchen nach Möglichkeiten, Einkommen zu erzielen und auf diese Weise das Überleben für sich und Familienangehörige zu sichern. Das dürfte einer der wesentlichen Gründe sein, weshalb die meisten Flüchtlinge männlich sind. Frauen bleiben in den Lagern zurück. Nicht selten werden Familien auf der Weiterwanderung auseinander gerissen.

Der Anteil „unbegleiteter Minderjähriger“ ist in den vergangenen Jahren stark angestiegen. Im Jahr 2015 war jeder dritte Flüchtling ein Minderjähriger, rund 315.000 Kinder erreichten Europa auf dem Seeweg. In den ersten Monaten des Jahres 2016 nimmt der Anteil weiter zu (European Commission 2016: 13 ff.).

Zu den spezifischen Fluchtursachen gehören: die Rekrutierung als Kindersoldaten, Genitalverstümmelung bei Mädchen, Zwangsprostitution, Zwangsverheiratung, familiäre Gewalt, Suche nach Familienangehörigen, Zerstörung von Bildungseinrichtungen (Human Rights Watch 2015). Kinder und Jugendliche gehören zu den besonders verletzlichen und gefährdeten Flüchtlingsgruppen.

Das Dublin System als Zuständigkeits-system für Asylverfahren sieht deshalb ein Recht auf Familienzusammenführung vor. Leben Familienangehörige in einem Mitgliedstaat, hat der Antragsteller das Recht, in diesen Staat überstellt zu werden, um die Familieneinheit zu wahren. Die Kriterien für das Bestehen familiärer Bindungen sind im Jahr 2013 („Dublin III“) erweitert worden (auf volljährige Onkel und Tanten, Großelternanteil).

Der Anteil der Frauen an der weltweiten Arbeitsmigration nimmt leicht zu und findet sehr viel stärkere Beachtung („Feminisierung der Migration“) in der Forschung: Dennoch gibt es keine „weiblichen“ Migrationspfade. Zu unterschiedlich sind die Bedingungen, unter denen die verschiedenen Formen von Migration stattfinden: Bildungsmigration, Fluchtmigration, Pendelmigration, Arbeitsmigration (Akademikerinnen, Hochqualifizierte, Prostituierte, Ungelernte, Haushaltshilfen, private Pflegekräfte etc.). Die Migration von Frauen kann jedenfalls seit den 1960er Jahren nicht mehr vorwiegend unter „abhängiger Migration“ (im Zuge von Heirats-, Ehegatten-, Familienmigration) subsummiert werden. Migrantinnen werden als eigenständige Akteure wahrgenommen.

III. Familienmigration als Kettenwanderung

Kettenwanderung ist Gruppenwanderung und eine der zentralen Formen von Migration: Landsleute (Verwandte, Freunde) aus der Herkunftsregion folgen bereits Ausgewanderten (Pionieren, die Brückenköpfe bilden) ins Aufnahmeland nach. Die Folge ist die Bildung ethnisch homogener Einwandererkolonien. Kettenwanderung ist ein sich selbst verstärkender Prozess. So kann die Zuwanderung von Gastarbeitern in die Bundesrepublik als Vorwanderung verstanden werden, die sich über Jahrzehnte erstreckende Wanderungsprozesse auslöste.

Entscheidende Voraussetzungen für die Kettenwanderung sind Kommunikationsprozesse, Informationsströme und Netzwerke. Der Familiennachzug bildet einen der breiten Pfade der Zuwanderung in der Bundesrepublik Deutschland. Er ist eine Folge der Anwerbung ausländischer Arbeitnehmer („Gastarbeiter“) zwischen 1955 und 1973 (Luft

„Entscheidende Voraussetzungen für die Kettenwanderung sind Kommunikationsprozesse, Informationsströme und Netzwerke.“

2009: 35 ff.). Bei den Angeworbenen handelte es sich vorwiegend um männliche, gering qualifizierte Arbeitnehmer. Die Vorstellung einer zeitlich befristeten Zuwanderung, für die das Rotationsprinzip gelten sollte, erwies sich als nicht durchsetzbar. Sowohl die deutschen Arbeitgeber als auch die Gastarbeiter hatten großes Interesse an längerfristigen Arbeitsverhältnissen und damit an der Minimierung der Kosten. Den häufig gestellten Anträgen der Unternehmen auf Verlängerung der Arbeitserlaubnis wurde durchgängig entsprochen. Immer größer wurde der Anteil jener Arbeitskräfte, die von bereits in Deutsch-

land ansässigen Gastarbeitern empfohlen worden waren und die dann von den Arbeitgebern namentlich angefordert wurden. Sie versprachen sich davon eine leichtere betriebliche Eingliederung. Auch für die Gastarbeiter hatte das Zusammenkommen in der Bundesrepublik hohe Priorität – je länger der Aufenthalt währte, desto ausgeprägter war der Wunsch, Verwandte nachkommen zu lassen. Familie im weiteren Sinne half, die schwierige Situation in der neuen Umgebung zu bewältigen. Die Anwesenheit von Verwandten und anderen Landsleuten stabilisierte nicht nur in emotionaler Hinsicht, sondern trug auch in sozialer Hinsicht zur besseren Bewältigung der Herausforderungen in der Fremde bei. Zudem spielte die Verwandtschaft in den Herkunftsregionen insbesondere der türkischen Arbeitnehmer eine herausragende Rolle. Zuwanderer aus ländlichen Regionen sind grundsätzlich stärker in Netzwerke und größere Familienverbände eingebunden als Zuwanderer aus städtischen Regionen (die häufig nur noch in Kernfamilien leben). Erstere sind damit auch höherem Erwartungsdruck ausgesetzt, die im Herkunftsland Verbliebenen zu unterstützen. Der Wunsch, im Familienverbund ausreisen zu können oder sich in Deutschland in der näheren Umgebung von Verwandten ansiedeln zu können, zeigte, dass nicht alleine der Wunsch nach besserem Einkommen maßgeblich die Wanderungsentscheidungen bestimmte. Auch die Absicht, einen Teil der sozialen Beziehungen in das Zielland zu transferieren, erwies sich als wirkmächtig. Hinzu kommt: Im Laufe der Jahre nahm der Anteil der ausländischen Arbeitnehmerinnen an allen Gastarbeitern auf rund ein Drittel zu (Mattes 2010: 2). Wegen des von der Wirtschaft angemeldeten Bedarfs und nicht zuletzt um die Lohnstruktur im Niedriglohnsektor zu

bewahren, wurden immer mehr Frauen angeworben. Den einheimischen Frauen wurde damit – wie schon zuvor den männlichen Arbeitnehmern – der Aufstieg ermöglicht. Da nicht ausreichend ledige und verheiratete aber kinderlose Frauen zur Verfügung standen wurden auch Mütter angeworben, die dann ihre Kinder zurückließen. Das damalige Familienideal der für die Erziehung und den Haushalt lebenden Mutter galt offensichtlich für türkische und andere Mütter nicht. Immer wieder beklagten sich Arbeitgeber darüber, dass auch schwangere Frauen unter den Angeworbenen waren, was deren Verwertbarkeit als Arbeitskraft stark einschränkte und die Kosten für die Arbeitgeber steigen ließ (die betroffenen Frauen unterlagen den gleichen Schutzbestimmungen wie Deutsche).

Ethnische Kolonien

Die Arbeitgeber hatten zwar wesentlich zur verstärkten Kettenwanderung beigetragen, erkannten allerdings bald, dass der Nachzug von Familienangehörigen die Flexibilität der ausländischen Arbeitnehmer beeinträchtigte. Nach dem Anwerbestopp vom 23. November 1973 forderte die Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände bereits ein Jahr später, bei zunehmender Konjunktur die Anwerbung erneut aufzunehmen (Luft 2009: 52). Dies allerdings bei befristeter Aufenthaltsdauer, ohne Familiennachzug und bei sorgfältigerer Auswahl. „Man wird auf die Anpassungsfähigkeit und -bereitschaft der Bewerber größeren Wert legen müssen“ (Weber 1974: 57). Hier drängt sich förmlich das Diktum von Max Frisch auf: „(...) man hat Arbeitskräfte gerufen, und es kommen Menschen.“ (Frisch 1967: 100).

Die ethnischen Kolonien, die seit den 1970er Jahren in den westdeutschen

Groß- und Mittelstädten entstanden, haben hierin eine ihrer Ursachen. Die Kettenmigration entwickelte eine erhebliche Eigendynamik. Sie kennzeichnete den Zuwanderungsprozess der nächsten Jahrzehnte, der sich vom Bedarf des Arbeitsmarktes gelöst hatte und weitgehend geschlossene Grenzen der Aufnahmeländer überwand. Aufgrund dieses Netzwerkeffektes hielten sich gegen Ende des 20. Jahrhunderts drei Viertel aller Türken sowie 70 Prozent aller Jugoslawen innerhalb der EU in Deutschland auf.

Kettenwanderung

Kettenwanderung und als Spezialfall der Familiennachzug sind dynamische Prozesse. Mit dem Anwerbestopp war die Vorstellung verbunden, bei zurückgehendem Bedarf der deutschen Wirtschaft, den „Hebel umlegen“ zu können und den Zuzug von Ausländern kurzfristig reduzieren oder gar beenden zu können. Dies erwies sich als Irrtum. Zwar gingen 42 Prozent der griechischen und spanischen Arbeitnehmer zurück, die Anzahl der türkischen Gastarbeiter blieb allerdings nahezu konstant. Insgesamt stieg die Zahl der ausländischen Staatsangehörigen in den Jahren nach dem Anwerbestopp zwischen 1974 und 1980 um 7,8 Prozent. Bei den Türken stieg der Anteil der Frauen vom Jahr 1974 bis zum Jahr 1979 um rund 21 Prozent, die Zahl der unter 15-jährigen Gastarbeiter-Kinder aus der Türkei verdoppelte sich im gleichen Zeitraum auf rund 420.000. Mehr als die Hälfte der Zugänge aus der Türkei (56 Prozent) waren Kinder und Jugendliche. Mit dem Anwerbestopp sprang die Zuwanderung von Nicht-Erwerbspersonen von 21,1 Prozent im Jahr 1970 und 39 Prozent im Jahr 1973 auf durchschnittlich zwischen 75 und 80 Prozent. Bei den aus der Türkei eingereisten Ausländern

war 1972 bereits jeder zweite eine Nicht-Erwerbsperson. 1976 lag der entsprechende Anteil bei 86 Prozent. Die Struktur der ausländischen Bevölkerung hatte sich also stark verändert: Hinsichtlich der Erwerbsquoten, der Geschlechterrelation sowie des Altersaufbaus hatte sie sich der nicht-zugewanderten einheimischen Bevölkerung weitgehend angeglichen – ein deutlicher Hinweis auf einen Niederlassungsprozess. Westdeutsche Politik erwies sich als widersprüchlich: einerseits ließ die Politik immer wieder erklären, die Bundesrepublik Deutschland sei kein Einwanderungsland, weshalb der Familiennachzug restriktiv gestaltet werden müsse. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales sah andererseits die Familienzusammenführung als einen Wunsch, dem entsprochen werden müsse, weil der Nachzug von Familienangehörigen sozial stabilisiere, die Leistungsfähigkeit des einzelnen Arbeitnehmers steigere sowie der betrieblichen Fluktuation ebenso entgegenwirke wie sozial abweichendem Verhalten. Wohlfahrtsverbände und Kirchen machten humanitäre Gründe für die Zulassung des Familiennachzugs geltend und übten entsprechenden Druck auf die Bundesregierungen aus. Der direkte Zusammenhang zwischen Nachzug und dauerhafter Zuwanderung wurde nicht gesehen oder geleugnet. Zwei unvereinbare Positionen standen sich gegenüber: Die einen sahen im Familiennachzug ein humanitäres und verfassungsrechtliches Gebot, die anderen konnten keinen Verstoß gegen diese Grundsätze erkennen, da eine Zusammenführung der Familie prinzipiell auch im Herkunftsland möglich sei. Letztere Gruppe konnte sich allerdings im politischen Entscheidungsprozess nicht durchsetzen.

Um ein massenhaftes Unterlaufen des Anwerbestopps und einen Familiennach-

zug in großem Umfang zu verhindern, wurde per Rechtsverordnung festgelegt, dass nach dem 30. November 1974 eingereiste Familienangehörige aus Nicht-EG-Staaten keine Arbeitserlaubnis mehr erhalten sollten. Dieser Versuch, die einmal begonnene Zuwanderung zu steuern und zu begrenzen, schlug fehl: zweimal wurden neue Stichtage festgelegt

IV. Familienmigration als breiter Migrationspfad

schließlich wurde sie ganz aufgehoben.

Seit dem Anwerbestopp stellt der Familiennachzug einen der breiten „Pfade“ in die Bundesrepublik Deutschland dar. Der nationale und internationale Schutz von Ehe und Familie bildet dabei den rechtlichen Rahmen. Dabei wurde immer wieder einmal die Frage aufgeworfen, warum die Familieneinheit bei Zuwanderern, die nicht als Flüchtlinge oder Asylbewerber gekommen waren, grundsätzlich nur in der Bundesrepublik und nicht im Herkunftsland hergestellt werden konnte. Die Rechtsprechung hat dafür gesorgt, dass diese Frage seit Ende der 1970er Jahre als weitgehend entschieden gelten kann.

Heute stellt der Nachzug von Familienangehörigen weltweit einen wichtigen Wandlungspfad dar. Ein Viertel aller Zuwanderer in die EU kam im Jahr 2013 aus familiären Gründen, bei den OECD-Staaten lag dieser Anteil bei einem Drittel (bei den USA bei zwei Dritteln) (OECD 2015: 59 ff.). Mit 37,0 Prozent sind die meisten Zuwanderer zwischen 15-64 Jahren aus familiären Gründen nach Deutschland zugewandert (3,259 Mio. Personen). Arbeitsmigration ist

der zweitwichtigste Grund (17,9 Prozent) (Statistisches Bundesamt 2015: 8).

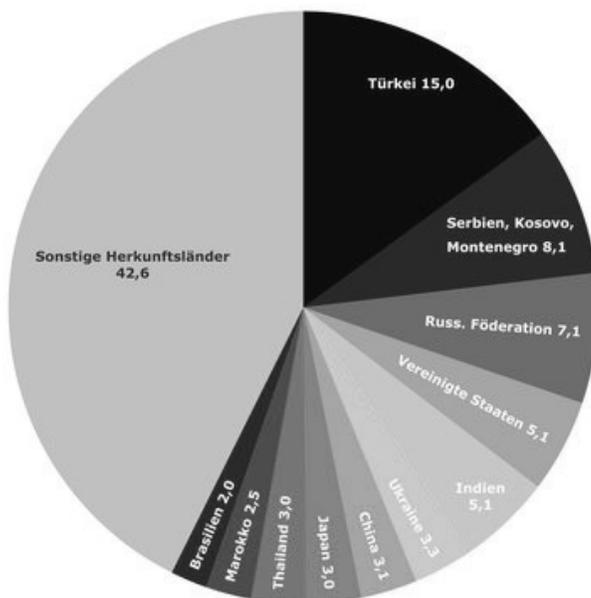
Zwischen dem Jahr 2006 und dem Jahr 2014 sind 494.500 Personen im Rahmen des Familiennachzugs registriert worden.

Familiennachzug insgesamt

2014	63.677 Personen
2013	56.046
2012	54.816
2011	54.031
2010	54.865
2009	48.235
2008	51.244
2007	55.194
2006	56.302

(Quelle: BMI 2016: 212).

Familiennachzug nach den wichtigsten Herkunftsländern, Summe 2006 bis 2014 (Anteile in Prozent)



Datenquelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Ausländerzentralregister,
Berechnungen: BiB

© BiB 2016

Quelle: http://www.bib-demografie.de/DE/ZahlenundFakten/09/Abbildungen/a_09_20_familien-nachzug_herkunft_2006_2014.html?nn=4958146 (Stand: 2016-05-30)

(Dorbritz et al 2016: 47 ff.).

Unter rechtlichen Kategorien geht es beim Familiennachzug um den Zuzug von Drittstaatsangehörigen (Staatsangehörigen aus Staaten außerhalb der EU), die als Familienangehörige zu in Deutschland lebenden Personen einreisen wollen. Dabei geht es sowohl um den Familiennachzug, bei dem ein Drittstaatsangehöriger seine Familienangehörigen in einen EU-Mitgliedsstaat aus dem Heimatstaat nachholt, als auch um Drittstaatsangehörige, die Personen zur Familiengründung in ein Land der EU nachholen. Der Zuzug von EU-Bürgern zu EU-Bürgern im Rahmen von Familienmigration unterliegt dem Freizügigkeitsgesetz/EU und damit keinen spezifischen rechtlichen Beschränkungen

Grundsätzlich muss der Ausländer, zu dem der Familiennachzug stattfinden soll, seinen Lebensunterhalt ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel sichern können (§ 30 Abs.1 S 1 Nr. 1 AufenthG). Beim Ehegattennachzug müssen beide volljährig sein (§ 27 Abs. 3 AufenthG, § 5 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG). Seit dem Jahr 2007 müssen nachziehende Ehegatten aus Staaten, für die eine Visumpflicht besteht, einfache Deutschkenntnisse nachweisen (§30 Abs. 1 S.1 Nr. 2 AufenthG). Es gibt eine Reihe weiterer Einzelbestimmungen und eine Reihe von Ausnahme- und Härtefallregelungen – etwa für Hochqualifizierte und Flüchtlinge (zu den rechtlichen Voraussetzungen im Einzel-

nen: Büttner/Stichs 2014: 23 ff.).

Für den Nachzug von Kindern – ein viele Jahre politisch umstrittenes Thema – gilt seit langem die Altersgrenze von 16 Jahren (wobei auch hier etliche Ausnahmeregelungen bestehen, wonach dann auch ältere Kinder nachziehen dürfen). Je niedriger das Nachzugsalter ist, desto leichter wird sich die Integration vollziehen.

Nachzug von Ehegatten

Den größten Anteil innerhalb des Familiennachzugs bildet der Zuzug von Ehegatten. Zwischen dem Jahr 2006 und dem Jahr 2014 wurden rund 300.000 nachziehenden Ehegattinnen und Ehegatten entsprechende Visa ausgestellt (BMI 2016: 210 ff.). Zu den Hauptherkunftsländern gehören die Türkei, Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien und der UdSSR, Marokko, Indien, und Thailand. Die Verteilung zwischen den Geschlechtern ist sehr unterschiedlich: Aus Thailand, der Russischen Föderation, der Ukraine, Japan oder China ziehen weit überwiegend Ehefrauen nach, bei der Türkei ist das Verhältnis nahezu ausgeglichen.

Binationale Eheschließungen oder Eheschließungen zwischen bereits Zugewanderten und Nachzugswilligen sind ein wichtiges Moment im internationalen Wanderungsgeschehen. Dabei gibt es erhebliche Erfassungsschwierigkeiten: So sind die Eheschließungsstatistiken nicht nur wegen der großen Zahl an Einbürgerungen eingeschränkt aussagefähig, sondern auch weil das Internationale Privatrecht seit 1986 vorsieht, dass in Konsulaten geschlossene Ehen nicht mehr automatisch, sondern nur noch auf Antrag der Ehegatten in das deutsche Personenstandsregister übertragen werden (Straßburger 2003: 115). Die einschlägigen Statistiken

enthalten deshalb den größten Teil der vor Konsulaten und die im Ausland geschlossenen Ehen nicht (u.a.: Klein 2000: 314ff.; Straßburger 2003: 23, 69). Insbesondere für die Türkei orientiert sich die „Standortwahl der Eheschließung“ aufgrund der Binnenlogik des dort vorherrschenden „Heiratsregimes“ am „Herkunftsort der Abstammungsgemeinschaft“ (Straßburger 2003: 66ff.). Straßburger geht davon aus, dass rund 80 Prozent dieser Trauungen in der deutschen Heiratsstatistik fehlen (Straßburger 2003:69).

Eheschließungen zwischen Zuwanderern und Nachzugswilligen dienen auch instrumentellen Zwecken – wie der Erlangung eines Aufenthaltsstatus. Grundsätzlich ist der Familiennachzug eines der wesentlichen Momente ungesteuerter Zuwanderung nach Deutschland. In zahlreichen europäischen Ländern vollzieht sich Zuwanderung „im Rahmen des Familien- und Ehegattennachzugs als schlecht zu kontrollierende Spätfolge von Arbeitskräfteanwerbung und Kolonialismus. Die Besonderheit der europäischen Situation besteht deshalb darin, dass, abgesehen vom Asylverfahren, vereinzelt Sonderregelungen und einigen kolonialgeschichtlich bedingten Optionen, dem Familien- und Ehegattennachzug die Bedeutung des einzigen legalen Zuwanderungskanals zukommt. Aus diesem Grund erhält gerade transnationales Heiratsverhalten der im Land lebenden Migrantenbevölkerungen zentrale Bedeutung“ (Straßburger 2003: 24). Die Heirat von Töchtern türkischer Zuwanderer wird häufig als einzige legale Möglichkeit gesehen, nach Deutschland auszuwandern. Junge Türcinnen in Deutschland sind daher in der Türkei „gefragte Ehepartnerinnen“ (Straßburger 2003: 157).

Töchter sind darüber hinaus vor allem

für Familien in den ländlichen Gebieten und den Gecekondu-Siedlungen der Türkei eine wichtige Finanzquelle. Dabei besteht der Brautpreis nicht nur in einer Summe Geldes, sondern auch in der dadurch zustande kommenden Verbindung nach Deutschland: „Deutschland als Brautpreis“ nennt Ahmet Toprak diesen Mechanismus (Toprak 2005: 76f.; 99ff.; Gestring/Janßen/Polat 2006: 50).

Sprachprüfungen im Herkunftsland

Für die Frage, ob sich ethnische Kolonien in Deutschland dauerhaft etablieren oder nicht, spielen die Regelungen des Familiennachzugs eine wichtige Rolle. Nur wenn verhindert wird, dass sich die ethnischen Kolonien immer wieder neu mit Zuwanderern „auffüllen“, die weder eine formale schulische Bildung noch Grundkenntnisse der deutschen Sprache mitbringen, kann es eine Chance auf Entspannung und strukturelle Besserung geben. Deshalb wurde im Jahr 2007 gesetzlich geregelt, dass sich der nachziehende Ehegatte bereits im Herkunftsland einfache Sprachkenntnisse aneignen muss (§30 Abs. 1 S.1 Nr. 1 AufenthG), wenn er ein Visum, das ihn zum Nachzug berechtigt, erhalten will. Der Europäische Gerichtshof hat im Juli 2014 diesen Sprachnachweis als Voraussetzung für die Erteilung eines Visums zum Ehegattennachzug aus der Türkei als unvereinbar mit dem Unionsrecht bewertet, weil er gegen das Assoziationsabkommen zwischen der Türkei und der Europäischen Gemeinschaft verstoße. Die Bundesregierung hat allerdings daran festgehalten, „dass beim Ehegattennachzug grundsätzlich auch weiterhin ein Nachweis deutscher Sprachkenntnisse bereits vor

der Einreise zu fordern ist. Das gilt auch für den Nachzug der assoziationsberechtigten türkischen Staatsangehörigen“ (Deutscher Bundestag, Drs. 18/2366, 7). Eine Härtefallklausel wurde im Jahr 2015 in das Aufenthaltsgesetz aufgenommen.

Der Nachweis von einfachen Sprachkenntnissen als Bedingung für den Ehegattennachzug ist stark kritisiert worden. Er wirke sozial selektiv und widerspreche der staatlichen Verpflichtung zum Schutz der Familie. Tatsächlich ist die Anzahl der erteilten Visa zum Ehegattennachzug aus der Türkei vom Jahr 2007 bis 2013 kontinuierlich zurückgegangen (von 9.237 auf 6.113). Im Jahr 2014 ist die Zahl wieder angestiegen – auf 7.870.

„Für die Frage, ob sich ethnische Kolonien in Deutschland dauerhaft etablieren oder nicht, spielen die Regelungen des Familiennachzugs eine wichtige Rolle.“

Wenn es gelänge, über den Familiennachzug das Fortschreiben der ersten Generation ad infinitum einzugrenzen, wäre dies integrationspolitisch von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Dies gilt umso mehr, als in den meisten ethnischen Kolonien keine ausreichenden Gelegenheitsstrukturen bestehen, die deutsche Sprache zu erlernen. Die sozialen Netzwerke sind bei Teilen der Migrantenbevölkerung innerethnisch ausgerichtet, Kontakte zu nichtzugewanderten Einheimischen fehlen. „Die Sprachkenntnisse würden das Selbstvertrauen der Ehefrauen stärken und eigenständige Handlungsfähigkeit ermöglichen. [...] Durch eine entsprechende Vorschrift würden die Männer im Vorfeld der Eheschließung in Zugzwang kommen und müssten ihren Frauen erlauben, bereits im Heimatland Deutschkenntnisse zu erwerben und damit einhergehend mehr Selbstbewusstsein und Eigeninitiative zu entwickeln“ (Toprak 2005: 176).

Insbesondere der Nachzug von Ehefrauen aus der Türkei ist eine Schlüsselfrage für die Integrationspolitik. Wenn mittelfristig Chancen bestehen sollen, die Dynamik der Desintegration zu durchbrechen, muss hier angesetzt werden. Verpflichtende Sprachtests im Herkunftsland haben sich bewährt. Sie sind seit 1996 für Aussiedler vorgeschrieben (§ 27 Abs. 2 BVFG). Deren zunehmender Erfolg auf dem Arbeitsmarkt wird auch auf diese Maßnahmen zurückgeführt (OECD 2005: 36).

V. Migration, Familie, Integration

Im Jahr 2014 wurden rund 30 Prozent aller 8,1 Millionen Familien als Familien mit Migrationshintergrund gezählt (mindestens ein Elternteil hat einen Migrationshintergrund). Empirisch kann festgestellt werden, dass in Migrantenfamilien traditionelle Lebensformen eher bewahrt werden (Dorbritz et al. 2016: 57 ff.). Die Auflösung der Institutionen Ehe und Familie ist hier noch nicht so weit fortgeschritten wie in der einheimischen, nicht-zugewanderten Bevölkerung.

Im Vergleich zu Familien ohne Migrationshintergrund

- basieren Familien mit Migrationshintergrund häufiger auf einer Ehe (80 Prozent, ohne Migrationshintergrund: 69 Prozent).
- sind Familien mit Migrationshintergrund seltener geschieden (Anteil von Alleinerziehenden 14 Prozent gegenüber 21 Prozent bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund).
- haben sie zu einem höheren Anteil drei und mehr Kinder (15 Prozent gegenüber 9 Prozent ohne Migrationshintergrund).

- sind Migrantenfamilien doppelt so häufig armutsgefährdet.
- leben Migrantenfamilien häufiger von staatlichen Transferleistungen als Familien ohne Migrationsgrund, ihr durchschnittliches Haushaltseinkommen ist geringer als bei Familien ohne.
- Migranten leben überdurchschnittlich oft in großen Städten (43,9 Prozent im Vergleich zu 27,8 Prozent der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund).

Der Anteil der Kinder und Jugendlichen liegt bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund deutlich höher als bei jenem Bevölkerungsteil ohne Migrationshintergrund (28,4 Prozent zu 15,4 Prozent). Das durchschnittliche Alter der Mütter bei der Geburt ihrer Kinder unterscheidet sich – zugewanderte Frauen sind bei der Geburt ihrer Kinder jünger als nicht zugewanderte. In der EU sind zugewanderte Frauen um ein Jahr, in Deutschland um zwei Jahre jünger, in Großbritannien und in den klassischen Einwanderungsländern sind sie zum Zeitpunkt der Entbindung hingegen ein Jahr älter. In den Vereinigten Staaten, Frankreich und den meisten mitteleuropäischen Ländern sind im Inland und im Ausland geborene Frauen zum Zeitpunkt der Entbindung gleich alt (OECD 2015: 48).

Sozialraumanalysen zeigen, dass ethnische Konzentration in Stadtvierteln heute meist gleichbedeutend sind mit Armut und Kinderreichtum (ILS 2006:7). Statistisch betrachtet ist die Familie heute in den Städten „die Lebensform der sozial Benachteiligten und der Migranten“ (ILS 2006:31). Für Nordrhein-Westfalen wurde festgestellt, dass „die weitaus meisten der inzwischen zahlreicheren ‚Ausländer‘

[...] heute in den Stadtteilen [leben], in denen auch die meisten armen ‚Inländer‘ leben, und dort leben heute (zumindest in den Städten) auch die meisten Familien und Kinder.“ (ebd.: 38). Das hat sich im zurückliegenden Jahrzehnt verfestigt, was sich vor allem in steigenden Sozialhilfedichten in den einschlägigen Vierteln ausdrückt (Luft 2008: 118 ff.).

Armutsegregation prägt immer mehr Stadtteile: Je niedriger die Einkommen und je niedriger das Bildungsniveau sind, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit (vor allem für Migranten) in ethnisch segregierten Gebieten zu leben. Angesichts zunehmender Disparitäten sprechen die Autoren des „Monitoring Soziale Stadtentwicklung Berlin 2007“ von einer „gespaltenen Kindheit“: „Immer mehr Kinder [leben] in Umgebungen mit immer größeren Problemen gegenüber Kindern in Umgebungen mit immer weniger Problemen“ (Häußermann/Gornig/Kaplan 2007:78). Die ethnische Segregation in Deutschland ist allerdings geringer ausgeprägt als z. B. in den USA. Sie ging in den letzten rund 40 Jahren sogar zurück. Das „Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung“ (BBR) weist hinsichtlich der stark ausgeprägten Segregation der türkischstämmigen Bevölkerung allerdings darauf hin, „dass die Intensität ethnischer residentieller Segregation deutscher Städte in vielen Fällen die nordamerikanischen Segregationsindikatoren der Zuwandererstädte erreicht und die residentielle Segregation somit ein alltägliches Erscheinungsbild deutscher Städte ist“ (BBR 2008:7). Das BBR kommt zu dem Ergebnis, dass in 500 Kommunen in rund 1.500 Stadtteilen der Zuwandereranteil sehr hoch und zugleich die Kaufkraft sehr gering ist. Dort wohnen 8 Prozent aller Einwohner, 25 Prozent aller Migranten und 31 Prozent

der türkischstämmigen Zuwanderer sowie überdurchschnittlich viele Kinder und Jugendliche (BBR 2008: 8f.).

Soziale Polarisierung

Dies wirft die Frage nach den Auswirkungen ethnischer und sozialer Segregation auf. In der Debatte um die sozialräumliche Polarisierung in den Städten sind die Effekte residentieller Segregation umstritten. Die Wahlfreiheit des Wohnortes war zu Beginn der Niederlassungsprozesse in den westdeutschen Städten Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre aus mehreren Gründen eingeschränkt: das deutlich niedrigere durchschnittliche Einkommen der Gastarbeiter, ihr Interesse an billigem Wohnraum und räumlicher Nähe zu den Landsleuten, mangelhafte Sprachkenntnisse, unzureichende Kenntnis der eigenen Rechte, das Interesse von Vermietern und Spekulanten sowie bewusste Benachteiligung bei der Bereitschaft, Wohnungen an Gastarbeiter zu vermieten. Zu Recht wird also immer wieder darauf verwiesen, dass Zuwanderer mittels Mechanismen des Wohnungsmarktes und Diskriminierung in sozial schwache Viertel gedrängt wurden. So wenig wie die Segregation in der Entstehungsphase der ethnischen Kolonien in erster Linie aus freiem Willen erfolgte, so wenig handelt es sich gegenwärtig um einen Ausdruck der freien Entscheidung der Zuwanderer und ihrer Nachkommen: Entweder werden sie in die ethnischen Kolonien hineingeboren, mit geringen Chancen, sie in Richtung Mehrheitsgesellschaft zu verlassen, oder sie werden aus den Herkunftsländern nachgeholt. Die „Freiwilligkeit“ ist ein denkbar ungeeignetes Kriterium, um zwischen positiven oder mindestens hinnehmbaren Folgen ethnischer-sozialer Konzentrationen und solchen Konsequenzen (einschließ-

lich nicht intendierter Folgen), die im Sinne von Chancengleichheit und gleichwertigen Lebensbedingungen vermieden werden müssen, zu unterscheiden.

Das zentrale Problem ist die Überlapung von ethnischer und sozialer Segregation, die zu Armutsvierteln mit starken ethnischen Komponenten geführt hat. Sie sind u.a. das Ergebnis sozial selektiver Ab- und Zuwanderungen: Seit mehr als 30 Jahren nimmt in einer Mehrzahl der Städte die sozialräumliche Polarisierung und die soziale „Entmischung“ der Wohnbevölkerung zu. Soziale und ethnische Segregation stehen in einem engen Zusammenhang.

Ethnisch-soziale Unterschichtenkonzentrationen in den Städten haben in vielfacher Hinsicht negative Einflüsse – vor allem auf Kinder und Jugendliche. Strohmeier/Kersting (2003: 238f.) haben es wie folgt zusammengefasst: „Der größere Teil der nachwachsenden Generation wächst in den großen Städten unter Lebensbedingungen auf, die die alltägliche Erfahrung der Normalität von Armut, Arbeitslosigkeit, sozialer Ausgrenzung und Apathie, gesundheitlichen Beeinträchtigungen, gescheiterten Familien, möglicherweise auch Gewalt und Vernachlässigung beinhalten. Kinder in den Armutsstadtteilen erfahren eine abweichende gesellschaftliche Normalität. [...] Die Mehrheit der Kinder in den großen Städten wird künftig unter solchen Voraussetzungen aufwachsen. Sie werden, wenn es gut geht, vielleicht Fähigkeiten erwerben, die ihnen das Überleben in dieser abweichenden Normalität ermöglichen, sie haben jedoch kaum eine Chance, die Nützlichkeit jener Kompetenzen, die das ‚Humanvermögen‘ ausmachen, Solidarität, Empathie, Vertrauensfähigkeit und Vertrauenswürdigkeit, zu erfahren ... In der Verfügung über dieses ‚kulturelle‘

Kapital und in der Verfügung über das ‚soziale Kapital‘ bei Bedarf hilfreicher sozialer Beziehungen – und weniger im Mehrbesitz an ‚ökonomischem Kapital‘ – liegt der entscheidende Startvorteil von Kindern aus bürgerlichen Mittelschichten.“

Ethnische Kolonien sind dort, wo es sich um ethnisch-soziale Unterschichtenkonzentrationen handelt, in vielen Fällen zu Mobilitätsfallen und Sackgassen geworden, die eine Integrationsbarriere bilden.

Familienmigration und ethnisches Kapital

Migration im Familienverband kann unterschiedliche Auswirkungen auf die Integration in die Aufnahmegesellschaft haben. Zunächst kann die Erfahrung gemeinsamer Migration den Familienzusammenhalt stärker („zusammenschweißen“). Mitgebrachte ethnische Ressourcen (Sprache, Einbindung in Netzwerke), so ist argumentiert worden, können stabilisierend wirken, vor Prozessen der Angleichung an die Unterschichten des Aufnahmelandes („downward assimilation“) schützen und bei der Integration unverzichtbar sein: Über die Einbindung in Familie und die damit verbundene soziale Kontrolle kann ein Abgleiten in Devianz verhindert werden. Überdies sei Unterstützung und Solidarität gerade für Zuwandererkinder in armen Verhältnissen häufig lediglich vom eigenen ethnisch geprägten Umfeld zu erwarten. Die Pflege und Anerkennung des mitgebrachten sozialen Kapitals stärke auch das Selbstbewusstsein der Zuwanderer und ihrer Nachkommen. Diese These wird zumindest von den Befunden gestützt, wonach in den Armutsstadtteilen der Städte, es häufig die Zugewanderten sind, die durch eine starke Binnenintegration geringer ausgeprägte soziale Verwahrlosungserscheinungen zeigen als die dort lebenden Deutschen.

Migration kann auch überkommene Rollen innerhalb der Familie verändern. Das gilt für alle Beteiligten. Mütter, deren Männer zeitlich befristet migriert sind, müssen deren Aufgaben übernehmen, was die Geschlechterkonstellation verändern kann. Auch Mütter, die mit der Familie gewandert sind, sehen sich in den Zieländern meist neuen Rollenbildern und veränderten Aufgabenspektren gegenüber. Kinder, die erfolgreich die Sprache des Aufnahmelandes erlernen, können in eine Situation geraten, in der sie für die sprachunkundigen Eltern dolmetschen müssen, was wiederum ihre Rolle stark verändern kann. Väter, denen es nicht gelingt, sich so in den Arbeitsmarkt zu integrieren, dass sie ihre ursprüngliche Rolle als Alleinverdiener weiterhin übernehmen können, können sich ebenfalls im Zuge der Migration stark veränderten Rollanforderungen gegenüber sehen. Die starke Einbindung in familiäre Zusammenhänge trägt auch dazu bei, tradierte Werte und Normen zu erhalten und den kommenden Generationen weiter zu vermitteln.

Die Konzentration auf den familialen Zusammenhalt wirkt sich positiv auf das Solidarpotential der Familien aus – das gilt sowohl für die Angehörigen einer Familie als auch für die Beziehungen zwischen den Generationen. Es kann sich allerdings auch negativ auf die Chancen, interethnische soziale Kontakte zu knüpfen, und damit hemmend auf die soziale Integration auswirken. Zudem können mit autoritären Erziehungsstilen Machtstrukturen verbunden sein, die sich vor allem in der Herrschaft über weibliche Familienangehörige (insbesondere Töchter bzw. Schwestern) ausdrücken. Für die Söhne erweist sich eine autoritär-patriarchalische Erziehung, die stark kontrollbetont und am Kollektiv orientiert ist, als dysfunktional für die Integration in westliche Gesellschaften des 21.

Jahrhunderts (El-Mafaalani/ Toprak 2011: 42 ff.). Die Erziehungsziele – wie sie in arabisch- und türkischstämmigen Familien verbreitet sind (Respekt vor Autoritäten, Ehrenhaftigkeit, Zusammengehörigkeit, Leistungsstreben, ethnische und religiöse Identität) – tragen auch zur Abgrenzung gegenüber der nicht-muslimischen Bevölkerung bei (El-Mafaalani/ Toprak 2011: 44 ff.; Diehl et al. 2016: 81 ff.). Für Angehörige der zweiten oder der dritten Generation können aus der Begegnung mit nicht-zugewanderten Gleichaltrigen und erfolgter sozialer Integration Spannungen zwischen den Lebenswelten, denen sie angehören, und den Geschlechterrollen, die ihnen vermittelt wurden, entstehen, die zu Konflikten führen können. Darauf lassen auch Studien schließen, wonach die Gewaltbelastung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund mit zunehmender Aufenthaltsdauer zunimmt (Luft 2009: 219). Sie führen die höhere Gewaltbelastung nach längerer Aufenthaltsdauer auf eine Integrationskrise und einen „inneren Kulturkonflikt“ zurück. Die Vorstellungen der zugewanderten Jugendlichen orientieren sich im Laufe des Aufenthalts in Deutschland zunehmend an den hiesigen und treten in Konflikt zu den traditionellen Haltungen ihrer Eltern. Hinzu kommen die überdurchschnittlichen Gewalterfahrungen, die insbesondere türkische Kinder und Jugendliche innerhalb der eigenen Familien machen müssen. Solche Erlebnisse haben erfahrungsgemäß einen prägenden Einfluss auf das soziale Verhalten und die Bereitschaft, selbst Gewalt zur (vermeintlichen) Lösung von Konflikten oder zur Durchsetzung des eigenen Willens einzusetzen.

Als weiteres Moment treten bei den männlichen Jugendlichen vor allem jene aus dem islamischen Kulturkreis stammenden Männlichkeitsvorstellungen hin-

zu, bei denen Gewalt eine herausgehobene Rolle spielt. „Die besonders hohe Gewaltrate männlicher türkischer Jugendlicher erscheint damit auch als Ausdruck eines Männlichkeitskonzeptes, das unter den sozialen Rahmenbedingungen unseres Landes mit wachsender Aufenthaltsdauer in eine tiefe Legitimationskrise gerät“ (Pfeiffer/Wetzels 2000: 22).

In diesem Zusammenhang muss auch der verbreitete erweiterte Familienbegriff im türkischen und arabischen Raum betrachtet werden. Solidarität, Loyalität und Gehorsam gelten nicht nur der Kernfamilie sondern der Mehrgenerationen-Großfamilie. Bei einzelnen Zuwanderergruppen haben sich Stammesidentität und Stammesbewusstsein erhalten, die sich konkretisieren in Clanstrukturen (Rohe/Jaraba 2015: 59 ff.). In Minderheiten der zugewanderten Bevölkerung haben sich Clans, die von Polizeifachleuten als „ethnisch abgeschottete Subkulturen“ bezeichnet werden, herausgebildet (Luft 2009: 210 ff.; Ghabban 2000). Ihre regionalen Schwerpunkte in Deutschland liegen in Berlin, Bremen, Niedersachsen (unter anderem Celle) und Nordrhein-Westfalen. Sie weisen eine besonders hohe Kriminalitätsbelastung auf (vor allem bei der Gewalt- und der Organisierten Kriminalität). In einer Untersuchung zur „Paralleljustiz“ in Berlin beschreiben die Autoren die Folgen: „All dies stellt staatliche Einrichtungen vor erhebliche Hürden und schränkt ihre Handlungsfähigkeit ein. Mancherorts scheut der Staat bereits heute die Konfrontation mit diesen Gruppen und hält sich aus internen Konflikten heraus, was zum einen die Position der Clans weiter verstärkt und zum anderen das staatliche Gewaltmonopol untergräbt und unglaubwürdig macht. In Teilen der Bevölkerung dieser Stadtviertel herrscht ein Klima der Angst, wenn nur die Namen

von Angehörigen solcher Clans genannt werden.“ (Rohe/ Jaraba 2015: 39). Hier ist ohne Zweifel die Rede von „Parallelgesellschaften“ gerechtfertigt. Die Bedeutung derartiger Großkollektive wird durch den Massenzustrom von Migranten aus dem Nahen und Mittleren Osten tendenziell zunehmen (Weiner 2013).

VI. Schluss

Die herrschende Meinung in der deutschen Migrationspublizistik bewertet Migration und deren Auswirkungen positiv. Dabei wird ausgeblendet, dass Wanderung weder für die Migranten, noch für Einheimische in den Zielstaaten, noch für Herkunfts- und Zielstaaten grundsätzlich etwas Positives bedeuten muss. Menschen wandern zu einem erheblichen Teil zwangsweise – auch dann, wenn sie nicht ausdrücklich als Flüchtlinge bezeichnet werden müssen. Wirtschaftliche Zwänge sind mit den beiden Erweiterungsrounden der EU 2004 und 2007 auch für EU-Bürger eines der wesentlichen Wandermotive. Jugendarbeitslosigkeit von mehr als 50 Prozent in Spanien und Griechenland, strukturelle Arbeitsmarktprobleme in den Transformationsstaaten des ehemaligen Ostblocks lassen Menschen große Opfer bringen – wie das Zurücklassen der Familie, insbesondere der Kinder („Euro-Waisen“). Ziel humanistischer Politik muss es sein, dass die sozialen und wirtschaftlichen Ungleichgewichte sowohl unter den EU-Mitgliedstaaten als auch weltweit zurückgehen und somit der wirtschaftliche Zwang, seine Heimat verlassen zu müssen, nicht länger eines der Hauptmotive für Migranten darstellt. Die Herausforderungen gehen aber weiter: „Gleichzeitig aber wirft das Phänomen der Migration eine regelrecht ethische Frage auf, nämlich die Frage nach einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung für eine ge-

rechtere Verteilung der Güter der Erde, was übrigens nicht wenig dazu beitragen würde, die Wanderströme eines beträchtlichen Teils von Bevölkerungsgruppen in Schwierigkeiten zu reduzieren und einzudämmen“ (Päpstlicher Rat 2004).

Literatur

BBR: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, *Migration/Integration und Stadtteilpolitik*, (ExWoSt-Informationen, 34/1, 2008)

Bundesministerium des Innern (Hrsg.), *Migrationsbericht 2014* (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg 2016)

Büttner, Tobias/ Stichs, Anja, *Die Integration von zugewanderten Ehegattinnen und Ehegatten in Deutschland, Forschungsbericht 22*. (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg 2014).

Diehl, Claudia/ Diewald, Martin/ Fangerau, Heiner/ Fegert, Jörg/ Halweg, Kurt/ Leyendecker, Birgit/ Scheiwe, Kirsten, Schuler-Harms, Margarete/ Spieß, C. Katharina. *Ausgewählte Befunde und rechtlicher Rahmen der Teilhaberealität*, in: *Wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen: Migration und Familie. Kindheit mit Zuwanderungshintergrund* (Springer VS, Wiesbaden 2016), 81-128.

Dorbritz, Jürgen/ Gerlach, Irene/ Scheiwe, Kirsten/ Schuler-Harms, Margarete, „Strukturen und Rahmenbedingungen von Migration“, in: *Wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen: Migration und Familie. Kindheit mit Zuwanderungshintergrund* (Springer VS, Wiesbaden 2016), 37-63.

El-Mafaalani, Aladin/ Toprak, Ahmet, *Muslimische Kinder und Jugendliche in Deutschland. Lebenswelten – Denkmuster – Herausforderungen* (Konrad-Adenauer-Stiftung, St. Augustin 2011).

European Commission, *Compilation of Data, Situation and Media Reports on Children in Migration*, 2016 http://ec.europa.eu/justice/fundamentalrights/files/rights_child/data_children_in_migration.pdf (Stand: 2016-05-18).

Frisch, Max, *Überfremdung I*, in: ders., „*Öffentlichkeit als Partner*“ (Edition Suhrkamp, Frankfurt am Main ²1967).

Gestring, Norbert/ Janßen, Andrea/ Polat, Ayca, *Prozesse der Integration und Ausgrenzung. Türkische Migranten der zweiten Generation* (VS Verlag, Wiesbaden 2006).

Ghadban, Ralph, *Die Libanon-Flüchtlinge in Berlin. Zur Integration ethnischer Minderheiten*, (Das Arabische Buch, Berlin 2000).

Häußermann, Hartmut/Gornig, Martin/Kapphan, Andreas, *Monitoring Soziale Stadtentwicklung 2007, Fortschreibung für den Zeitraum 2005 – 2006* (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin, Berlin 2007).

Human Rights Watch, EU: Menschenrechtsverletzungen an Kindern befeuern Migration. Rekrutierung von Kindersoldaten, Kinderheirat, Anschläge auf Bildungseinrichtungen (www.hrw.org/de/news/2015/06/24/eu-menschenrechtsverletzungen-kindern-befeuern-migration) [2016-04-30]

Klein, Thomas, „Binationale Partnerwahl – Theoretische und empirische Analysen zur familialen Integration von Ausländern in der Bundesrepublik“, in: Sachverständigenkommission Familienbericht (Hg.), *Familien ausländischer Herkunft in Deutschland. Empirische Beiträge zur Familienentwicklung und Akkulturation* (Opladen: Leske & Budrich 2000, 303–346).

Aufsatz

Luft, Stefan, *Staat und Migration. Zur Steuerbarkeit von Zuwanderung und Integration* (Frankfurt/Main: Campus Verlag, 2009).

Luft, Stefan, *Die Flüchtlingskrise. Ursachen, Konflikte, Folgen* (München: Verlag C.H. Beck, 2016).

Mattes, Monika, Migration und Geschlecht in der Bundesrepublik Deutschland. Ein historischer Rückblick auf die „Gastarbeiterinnen“ der 1960/70er Jahre, Januar 2010 (<http://www.zeitgeschichte-online.de/print/thema/migration-und-geschlecht-der-bundesrepublik-deutschland>, Stand: 17-05-2016)

OECD, *Die Arbeitsmigration von Zuwanderern in Deutschland* (OECD Publishing, Paris 2005).

OECD, *Integration von Zuwanderern: Indikatoren 2015* (OECD Publishing, Paris 2015).

Päpstlicher Rat der Seelsorge für die Migranten und Menschen unterwegs, Instruktion Erga migrantes caritas Christi. Die Liebe Christi zu den Migranten. Rom 2004 (http://www.vatican.va/roman_curia/pontifical_councils/migrants/documents/rc_pc_migrants_doc_20040514_erga-migrantes-caritas-christi_ge.html#InternationaleProzent20Migration en, Stand 18-05-2016).

Pfeiffer, Christian/Wetzels, Peter, *Junge Türken als Täter und Opfer von Gewalt* (Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen, Forschungsbericht Nr.81. Hannover 2000).

Rohe, Matthias/ Jaraba, Mahmoud, *Paralleljustiz*. Eine Studie im Auftrag des Landes Berlin, vertreten durch die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz, Berlin 2015.

Statistisches Bundesamt, *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus* (Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2015).

Straßburger, Gaby, *Heiratsverhalten und Partnerwahl im Einwanderungskontext. Eheschließungen der zweiten Migrantengeneration türkischer Herkunft* (Ergon Verlag, Würzburg 2003).

Strohmeier, Klaus Peter/Kersting, Volker, Segregierte Armut in der Stadtgesellschaft. Problemstrukturen und Handlungskonzepte im Stadtteil, in: *Informationen zur Raumentwicklung* Jg. ¾ (2003), 231–246.

Toprak, Ahmet, *Das schwache Geschlecht – die türkischen Männer. Zwangsheirat, häusliche Gewalt, Doppelmoral der Ehre*, (Lambertus Verlag, Freiburg im Breisgau 2005).

UNHCR: *Warum Flüchtlinge nach Europa kommen*, Mitteilung vom 25.09.2015.

Weber, Rolf, Das Gastarbeiterproblem aus Sicht der Arbeitgeber, in: Althammer, Walter: *Das Gastarbeiterproblem – Rotation? Integration? Arbeitsplatzverlagerung?* (Südosteuropa-Gesellschaft, München 1974).

Weiner, Mark S., *The Rule of the Clan. What an ancient Form of social Organization reveals about the Future of individual Freedom* (Farrar, Straus and Giroux, New York 2013).

World Bank, *Migration and Remittances. Recent Developments and Outlook, Migration and Development Brief 26* (World Bank, Washington DC 2016).

Akkulturation Jugendlicher im Spannungsfeld zwischen Schule und Familie

Dr. Marion Reindl

Wissenschaftliche Mitarbeiterin Universität Augsburg

Wissenschaftliche Mitarbeiterin und Promotionsstudentin an der Universität Würzburg am Lehrstuhl Empirische Bildungsforschung (2008-2011). Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der LMU München im Bereich Medizindidaktik (2008-2009) und an der Universität Würzburg am Lehrstuhl für praktische Theologie (2009-2011). Seit November 2011 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl Psychologie an der Universität Augsburg. Seit 2016 eigene Stelle im DFG-Projekt „Peers und akademische Motivation“ (PakMan).



Zusammenfassung

Der folgende Beitrag beschäftigt sich mit der Akkulturation von Jugendlichen. Hierbei wird zuerst die Situation der Jugendlichen in Deutschland genauer betrachtet und anschließend auf die Rolle des Elternhauses als auch der Schule eingegangen. Abschließend werden praktische Implikationen diskutiert, wie die beiden Kontexte Schule und Familie sinnvoll miteinander verknüpft werden können.

Abstract

The article focuses on the acculturation process of adolescents. Therefore, the specific situation of adolescent immigrants in Germany was reported at first. Subsequently, two important contexts regarding the acculturation process of adolescents were emphasized: the family and the school. Finally, the article concludes with practical implications to integrate the two contexts in a useful way.

Einleitung

Der Kontakt mit einem neuen kulturellen Kontext birgt eine Reihe an Chancen, aber auch Risiken (Schmitt-Rodermund & Silbereisen 2002). Gerade die Frage

danach, wie sich Migranten neue kulturelle Muster aneignen, um sich in eine Gesellschaft zu integrieren, rückt heutzutage verstärkt in den Mittelpunkt der Diskussion.

Die Situation von Jugendlichen ist hierbei gesondert in den Blick zu nehmen. In den meisten Bundesländern gilt auch für Flüchtlingskinder eine Schulpflicht. So ist der Kontakt mit der Aufnahmekultur schon deutlich früher möglich im Vergleich zu anderen Familienmitgliedern. Jugendliche sind zum einen mit ihrer bisherigen Kultur konfrontiert. Zum anderen kommen sie in Kontakt mit Lebensweisen und Traditionen, die nicht ihrer eigenen entsprechen. Je höher nun die Diskrepanz zwischen der Kultur des Herkunftslandes und der des Aufnahmelandes ist, desto mehr wird von den Jugendlichen an Veränderung/Anpassung eingefordert (Schmitt-Rodermund & Silbereisen 2002).

Ziel sollte dabei sein, sich an eine neue kulturelle Umgebung anzupassen. Die Anpassung kann sich dabei sowohl auf die soziokulturelle als auch die psychosoziale Anpassung beziehen. Die soziokulturelle Anpassung meint dabei, dass kulturspezifische Fähigkeiten und Wissen über das Land erworben werden. Ein Beispiel hierfür ist das Erlernen der Sprache oder die Übernahme von kulturspezifischen Werten und Normen. Die psychosoziale Anpassung hingegen bezieht sich auf das Wohlbefinden der Kinder und Jugendlichen (siehe zusammenfassend Titzmann et al. 2005). Voraussetzungen für eine gelungene Anpassung sind sowohl in der Person selbst (wie z. B. die Freiwilligkeit zur Migration) als auch im Kontext der Beteiligten zu suchen. Kontexte, die die Anpassung der Kinder und Jugendlichen beeinflussen können, sind zum Beispiel die Familie und die Schule. Im Folgenden werden auch diese und deren Funktion für eine gelungene Anpassung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund fokussiert. Zuvor soll allerdings der Begriff der Akkulturation und die Situation der Jugendlichen gesondert dargestellt werden.

Akkulturation: Die Situation der Jugendlichen

Aktuell befinden sich 8,3 Millionen Ausländer in Deutschland. Davon sind ca. 11,5 Prozent Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2015). Diese Zahl hat sich seit den letzten Jahren deutlich verringert. Ursache dafür ist das *ius-soli*-Gesetz, bei dem Kinder von ausländischen Eltern neben der Staatsangehörigkeit der Eltern ebenfalls die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2015).

Akkulturation wird definiert als Phänomen, das sich aus dem direkten und dauerhaften Kontakt zweier Kulturen ergibt. Die Folge der Akkulturation ist ein Wandel des kulturellen Musters einer oder beider Kulturen (Redfield et al. 1936). Hierbei ist der Wandel des kulturellen Musters im psychologischen Sinn mit einer Veränderung des Erlebens und Verhaltens von Jugendlichen zu verstehen (Schmitt-Rodermund & Silbereisen 2002). Wie wichtig es den Jugendlichen ist, ihr Erleben und Verhalten in Richtung der Aufnahmekultur zu verändern bzw. das der Herkunftskultur beizubehalten kann basierend auf unterschiedlichen Akkulturationsorientierungen nach Berry (1997) beschrieben werden. Hierbei sind vier Orientierungen zu unterscheiden: (1) Integration beschreibt das Muster, bei dem beide Kulturen als wichtig erachtet werden und beibehalten werden. (2) Assimilation bezieht sich auf die Aufgabe der eigenen Kultur zugunsten der Kultur der Aufnahmegesellschaft. (3) Separation beschreibt die völlige Ignoranz gegenüber der Kultur der Aufnahmegesellschaft und (4) Marginalisierung fokussiert die Ablehnung beider Kulturen bzw. die völlige Unabhängigkeit gegenüber den Kulturen.

Von allen vier Akkulturationsorientierungen zeigte das Muster der Integration z. B. in einer Studie von Berry und Kollegen (2006) die besten Voraussetzungen sowohl für eine gelungene soziokulturelle als auch psychosoziale Anpassung. Kontexte, die die Integration und somit auch eine Anpassung in soziokultureller und psychosozialer Hinsicht beeinflussen können, sind sowohl die Familie als auch die Schule.

Einfluss der Familie

Die Familie ist die primäre Sozialisationsinstanz für die Vermittlung kultureller Fähigkeiten und Fertigkeiten, hat aber gleichzeitig auch entscheidenden Einfluss auf die psychosoziale Anpassung. Grundsätzlich ist zu sagen, dass der Familienzusammenhalt nach der Migration wahrscheinlich deutlich ansteigt (Titzmann et al. 2005). Die Erfahrungen mit einer neuen Kultur und die Herausforderungen, denen sich die Familienmitglieder tagtäglich stellen müssen, lassen diese enger zusammenrücken. Betrachtet man den Familienzusammenhalt im Zusammenhang mit der soziokulturellen Anpassung zeigen sich eher negative Befunde im Sinne der Übernahme von Einstellungen der Aufnahmekultur. Jugendliche mit einem hohen Familienzusammenhalt passen sich in ihren Einstellungen weniger den Erwartungen der Aufnahmekultur an. Im Gegensatz dazu stand ein niedriger Zusammenhalt und häufige Konflikte mit einer höheren Anpassungsleistung im Zusammenhang (Schmidt-Rodermund & Silbereisen 1999). Allerdings zeigen Befunde für Jugendliche mit Migrationshintergrund der zweiten Generation, dass der migrationsbedingte familiäre Zusammenhalt nochmal gesunken ist. Somit passen sich Jugendliche im Vergleich zu ihren Eltern nochmal schneller

den Vorstellungen der Aufnahmekultur an (Schmidt-Rodermund & Silbereisen 1995; Silbereisen & Schmitt-Rodermund 1993).

Für die psychosoziale Anpassung bestätigt sich allerdings die hohe Bedeutung des familialen Zusammenhalts (vgl. zusammenfassend Titzmann et al. 2005). Hierbei weisen Studien darauf hin, dass der Zusammenhalt in der Familie positiv mit dem Wohlbefinden der Jugendlichen zusammenhängt (z. B. Silbereisen & Schmitt-Rodermund 2000). Interessanterweise hat eine Studie von Telzer und Fuligni (2009) herausgefunden, dass nicht nur die Unterstützung der Jugendlichen durch die Eltern sondern auch die Unterstützung der Eltern durch die Jugendlichen selbst eine positive Wirkung auf deren Wohlbefinden hat und nicht – wie zuerst angenommen – als belastend erlebt wird.

Einfluss der Schule

Die Schule ist für Kinder und Jugendliche primär ein Ort ihr Wissen zu erweitern. Daneben bietet sie aber auch Möglichkeiten Freundschaften zu schließen, Toleranz gegenüber anderen Einstellungen zu fördern und die eigene Identität zu entwickeln. Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund wird hier die Möglichkeit gegeben, mit anderen kulturellen Werten und Normen in Kontakt zu kommen. Träger dieser kulturellen Werte und Normen sind zum einen Lehrpersonen zum anderen Mitschüler und Mitschülerinnen.

Sowohl der Erwerb kultureller Fähigkeiten als auch die psychosoziale Anpassung werden beispielsweise durch den Grad der Diskriminierung, die durch Lehrpersonen als auch Mitschüler ausgeübt werden kann, beeinflusst. Das Gefühl der Diskriminierung hängt beispielsweise mit schlechteren sprachlichen Fähigkeiten

zusammen (Mesch 2003). Es ist anzunehmen, dass geringere Möglichkeiten den Spracherwerb in Interaktion mit anderen zu üben, den langsameren Spracherwerb erklären.

Im Bereich der psychosozialen Anpassung spielt ebenfalls die Diskriminierung eine bedeutende Rolle. Zahlreiche Studien haben gezeigt, dass das Gefühl der Ausgrenzung Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung negativ beeinflusst (Wong et al. 2003; vgl. auch zusammenfassend Titzmann et al. 2005). So ist es nicht verwunderlich, dass die reine Kontakthäufigkeit nicht generell zu einer Verbesserung der psychosozialen Anpassung führt, wie z. B. der Reduzierung einer negativen Stimmung (Silbereisen & Schmitt-Rodermund 2000). So hat beispielsweise bei Neuankömmlingen die Kontakthäufigkeit eher einen negativen Einfluss. Eine Erklärung dafür kann sein, dass Neuankömmlinge auf Grund verringerter sprachlicher Fähigkeiten weniger in der Lage sind, sich in eine Gruppe zu integrieren, um sich in der Folge akzeptiert und angenommen zu fühlen.

Integration der Kontexte Familie und Schule

Bisher hat sich gezeigt, dass beide Kontexte einen bedeutenden Einfluss auf die soziokulturelle und die psychosoziale Anpassung von Kindern und Jugendlichen haben. Inwieweit diese Kontexte sinnvoll in Interaktion treten und somit die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen nochmals positiv beeinflussen können wurde bislang kaum untersucht.

Ideen wie Schulen zum einen Toleranz gegenüber kulturellen Werten und Normen fördern können und zum anderen gleichzeitig das familiäre Umfeld der Kinder und Jugendlichen integrieren können, bie-

tet das Child Development Project (CDP, Battistich 2003). Primäres Ziel des Programmes ist die Förderung der sozialen Kompetenz von Kindern. Zudem werden auch konkrete Ideen angesprochen, Werte und Normen anderer Kulturen im Klassenraum zu vermitteln und zudem Eltern in die schulischen Angelegenheiten zu integrieren. Werte- und Normenvermittlung wird durch das literaturbasierte Lesen forciert. Im Mittelpunkt steht die Lektüre von kulturübergreifenden Büchern, die die Diskussion über unterschiedliche Werte und Normen innerhalb einzelner Kulturen anregen soll. Die Bücher können in Gruppen aber auch von den Lehrpersonen selbst vorgelesen werden. Auf diese Art und Weise wird die Artikulation, Diskussion und Reflexion von Werten und Normen gefördert. Der Einbezug der Eltern in das schulische Geschehen und die Förderung der Eltern-Kind-Beziehung ist ein weiterer Schritt. Die Familie als Ganzes kann hier Ideen bzgl. relevanter Inhalte im Unterricht (in diesem Programm Englisch und Spanisch) äußern. Kinder können dadurch Unterstützung bei Verständnisschwierigkeiten durch ihre Eltern erhalten und gleichzeitig bekommen die Eltern einen Einblick in schulische Themen ihrer Kinder.

Fazit

Zukünftig wird es eine Herausforderung für Gesellschaft und insbesondere für die Politik bleiben, Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund in die Gesellschaft zu integrieren. Die Schulpflicht der Kinder sollte viel deutlicher und intensiver als Chance begriffen und genutzt werden, kontinuierlichen Kontakt zur Elterngeneration herzustellen und zu pflegen. So könnte, wie im Child Development Project vorgestellt, über den Einbezug der Eltern in schulische Belange der erste Schritt für eine gelungene Integration in die Gesellschaft geleistet werden.

Literatur

- Battistich, V., „Effects of a school-based program to enhance prosocial development on children's peer relations and social adjustment.“ in: *Journal of Research in Character Education*, 1(1), (2003): 1–16.
- Berry, J. W., „Immigration, Acculturation, and Adaptation.“ in: *Applied Psychology: An International Review*, 46(1), (1997): 5-68.
- Berry, J. W., Phinney, J. S., Sam, D. L. & Vedder, P., „Immigrant Youth: Acculturation, Identity, and Adaptation.“ in: *Applied Psychology: An International Review*, 55, (2006): 303–332.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. *Das Bundesamt in Zahlen 2014. Asyl, Migration und Integration.*(2015). Retrieved from https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Broschueren/bundesamt-in-zahlen-2014.pdf?__blob=publicationFile [12.05.2016]
- Mesch, G. S., „Language proficiency among new immigrants: The role of human capital and societal conditions the case of immigrants from the Fsu in Israel.“ in: *Sociological Perspectives*, 46(1), (2003): 41-58.
- Redfield, R., Linton, R., & Herskovits, M. J., „Memorandum for the study of acculturation.“ in: *American Anthropologist*, 38, (1936): 149-152.
- Schmitt-Rodermund, E. & Silbereisen, R. K., „Im Spannungsfeld zwischen deutsch und fremd: Aussiedlerjugendliche.“ in: *Zeitschrift für Sozialwissenschaften und Berufspraxis*, 18(2), (1995): 114-130.
- Schmitt-Rodermund, E. & Silbereisen, R. K., „Determinants of differential acculturation of developmental time-tables among adolescent immigrants to Germany.“ in: *International Journal of Psychology*, 34(4), (1999): 219-233.
- Schmitt-Rodermund, E. & Silbereisen, R. K., „Akkulturation und Entwicklung: Jugendliche Immigranten.“ in: Oerter, R. & Montada, L. (Eds.), *Entwicklungspsychologie* (Weinheim: Psychologie Verlags Union 2002), 893-906.
- Silbereisen, R. K. & Schmitt-Rodermund, E., „Entwicklungsorientierungen jugendlicher Aussiedler. Unterschiede je nach Aufenthaltsdauer und Akkulturationserfahrungen.“ in: *Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie*, 13, (1993): 341-364.
- Silbereisen, R. K. & Schmitt-Rodermund, E., „Adolescent immigrants' well-being: The case of ethnic German immigrants in Germany.“ in: *International Journal of Group Tensions*, 29, (2000): 79-100.
- Telzer, E. H. & Fuligni, A. J., „Daily family assistance and the psychological well-being of adolescents from Latin American, Asian, and European backgrounds.“ in: *Developmental Psychology*, 45(4), (2009): 1177-1189.
- Titzmann, P. F., Schmitt-Rodermund, E. & Silbereisen, R. K., „Zwischen den Kulturen: Zur Akkulturation jugendlicher Immigranten.“ in: Fuhrer, U. & Uslucan, H. H. (Eds.), *Familie, Akkulturation und Erziehung* (Stuttgart: Kohlhammer 2005), 86-110.
- Wong, C. A., Eccles, J. S. & Sameroff, A., „The Influence of Ethnic Discrimination and Ethnic Identification on African American adolescents' School and Socioemotional Adjustment.“ in: *Journal of Personality*, 71 (6), (2003): 1197–1232.

Interview mit dem Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages Johannes Singhammer, MdB „Migration und Familie“

Johannes Singhammer, MdB

Vizepräsident des Deutschen Bundestages



Mitglied des Bundestages seit 1994; 1994 bis 1998 Mitglied der Kinderkommission zuletzt Vorsitzender; 1998 bis 2002 Vorsitzender des Arbeitskreises Arbeit und Sozialordnung, Gesundheit, Familie, Senioren, Frauen und Jugend der CSU-Landesgruppe; 2002 bis 2005 wirtschafts- und arbeitspolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe; 2005 bis 2009 Vorsitzender der AG Familie, Senioren, Frauen und Jugend der CDU/CSU-Fraktion; 2009 bis 2013 stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag für die Bereiche Gesundheit, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Seit 2013 Vizepräsident des Deutschen Bundestages.

Redaktion Familienprisma: Im Jahr 2015 wurden fast 1,1 Mio. Asylsuchende in Deutschland registriert. Wurden die mit der Aufnahme so vieler Flüchtlinge verbundenen Herausforderungen gemeistert?

Johannes Singhammer, MdB: Ja, die Herausforderungen wurden gemeistert. Klar muss aber auch sein, dass Deutschland nicht in der Lage ist, noch einmal eine solch große Zahl von Flüchtlingen und Migranten aufzunehmen. Ich bin für eine wirksame und nachhaltige Hilfe für die Menschen, die in Not sind und flüchten müssen. Allerdings darf Hilfe nicht verengt werden auf die Aufnahme einer immer größeren Zahl von Menschen in Zentraleuropa. Es bedeutet kein geringeres Maß an Humanität, wenn

den Menschen durch die Schaffung von sicheren Zonen in den Bürgerkriegsländern selbst geholfen wird, oder unmittelbar in den Nachbarländern. Denn damit werden lebensgefährliche und teure Schleusungsaktionen vermieden.

Redaktion Familienprisma: Flüchtlinge, die auf Dauer bleiben, müssen integriert werden. Wie können Familien mit Kindern in ihrem Integrationsprozess unterstützt werden?

Johannes Singhammer, MdB: Familien mit Kindern können vor allem durch den Spracherwerb unterstützt werden. Gleichzeitig ist es notwendig, die Grundlagen unseres Zusammenlebens klar anzusprechen und diese einzufordern.

Redaktion Familienprisma: Fast 70 Prozent der Asylsuchenden des Jahres 2015 waren männlich. Welche Folgen hat dieser „Männerüberschuss“ für die Integration?

Johannes Singhammer, MdB: Es findet eine asymmetrische Zuwanderung statt. In bestimmten Altersgruppen bis zu 30 Jahren wandern vor allem junge Männer zu. Viele von ihnen haben den Wunsch nach einer Frau, die es aber in Deutschland in der gleichen Zahl nicht geben wird. Die Konsequenz daraus muss sein, für klare Informationen zu sorgen, um Asylverfahren zu beschleunigen, damit jeder weiß, ob er eine Bleibechance hat oder nicht.

Redaktion Familienprisma: Viele Migranten haben ein anderes Familienbild und Rollenverständnis von Mann und Frau als die einheimische Bevölkerung. Wie gehen wir damit um?

Johannes Singhammer, MdB: Eine Geringschätzung der Frau ist mit dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland nicht vereinbar. Eine falsche Toleranz der Begegnung auf halbem Weg darf es nicht geben. Wer bei uns dauerhaft Wurzeln schlagen will, muss die Gleichwertigkeit und die Gleichstellung von Frau und Mann akzeptieren, oder er kann nicht in Deutschland bleiben.

Redaktion Familienprisma: Nach dem Aufenthaltsgesetz ist es für Ausländer, die im Besitz eines Aufenthaltstitels sind, möglich, im Rahmen des sogenannten Familiennachzugs ihre Familienangehörigen nach Deutschland zu holen. Dadurch verbessern sich einerseits die Integrationschancen, andererseits kann dies erhebliche Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und die Sozialpolitik haben.

Wie beurteilen Sie diese Spannung?

Johannes Singhammer, MdB: Wir haben uns dafür ausgesprochen, den Familiennachzug für Antragsteller mit subsidiärem Schutz für zwei Jahre auszusetzen. In den großstädtischen Ballungsräumen wie München herrscht zurzeit bereits eine Wohnungsnot. Wo die nachkommenden Familienangehörigen freie Wohnungen finden sollen, weiß zur Stunde niemand. Die finanziellen Ressourcen der deutschen Steuerzahler sind auch begrenzt. Man spricht derzeit von Aufwendungen für die gesamte Aufnahme von Flüchtlingen von über 50 Milliarden Euro. Die weitere erhebliche Zahl von Familienangehörigen würde logischerweise zusätzliche Kosten verursachen. Deshalb macht es mehr Sinn, Fluchtursachen zu bekämpfen.

Redaktion Familienprisma: Als unbegleitete minderjährige Ausländer werden Menschen bezeichnet, die noch nicht volljährig sind und ohne sorgeberechtigte Begleitung aus ihrem Heimatland nach Deutschland kommen. Ihre Zahl lag Ende 2015 bei knapp 70.000. Einerseits hat der Staat eine besondere Schutzverpflichtung gegenüber diesen Kindern und Jugendlichen, andererseits entstehen dadurch hohe Kosten. Wie ist Ihre Haltung dazu?

Johannes Singhammer, MdB: Deutschland ist ein starkes Land mit einem weiten Herzen und hat viele unbegleitete Flüchtlinge aufgenommen. Eine Fortsetzung der Aufnahme von immer mehr unbegleiteten Flüchtlingen ist nicht möglich. Wichtig ist, dass europäisches Recht eingehalten wird, d.h. jeder unbegleitete Flüchtling muss vor allem in den Mitgliedsländern der Europäischen Union versorgt werden, wo er zu allererst einreist. So entspricht es dem europäischen Gesetz.

Redaktion Familienprisma: Wie schaffen wir es, vor allem die jugendlichen Flüchtlinge in Schule und Arbeitsmarkt zu integrieren?

Johannes Singhammer, MdB: Durch Sprachschulung und Ausbildungsangebote. Klar muss aber auch sein, dass bei Weitem nicht alle jugendlichen Flüchtlinge integriert werden können. Notwendig ist eine ehrliche Diskussion über Möglichkeiten und Grenzen der Integration. Wenn in einzelnen Stadtbezirken von Großstädten 80 Prozent der Jugendlichen einen sog. Migrationshintergrund haben, dann wird Integration zunehmend schwieriger oder gar unmöglich.

Redaktion Familienprisma: Alle politischen Akteure sind sich einig, dass vor allem auch die Fluchtursachen bekämpft werden müssen. Auch Deutschland ist hier in der Pflicht. Werden wir der Verantwortung gerecht?

Johannes Singhammer, MdB: Deutschland wird der Bekämpfung von Fluchtursachen gerecht, wir müssen aber unsere Anstrengungen noch verstetigen und steigern. Vor allem in Afrika, unserem Schicksals-Nachbarkontinent, hat die Bundesregierung durch Bundesminister Dr. Gerd Müller eine nachhaltige Konzeption entwickelt und setzt sie auch um. Klar ist aber auch, Deutschland kann allein die Welt nicht retten, sondern braucht europäische Solidarität und auch die Solidarität anderer entwickelter Staaten außerhalb Europas.

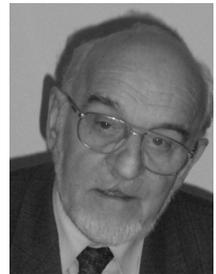
BEITRAG

Amoris Laetitia - Das nachsynodale apostolische Schreiben von Papst Franziskus

Kommentar und Anfragen eines „Laien“

Prof. em. Dr. Bernhard Sutor

Politische Bildung und Sozialethik, Ehrendirektor des ZFG



1978 Ruf auf den Lehrstuhl für Didaktik der Politischen Bildung und Sozialkunde an der Geschichts- und Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät der Kath. Universität Eichstätt; 1985 Erweiterung des Lehrstuhls um Sozialethik; 2005-2008 leitete er an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt das Zentralinstitut für Ehe und Familie in der Gesellschaft (ZFG). Ehrenamtlich engagierte er sich in verschiedenen Gremien und Institutionen des kirchlichen Lebens, wie beispielsweise von 1986 bis 1994 als Eichstätter Diözesanratsvorsitzender und von 1993 bis 2001 als Vorsitzender des Landeskomitees der Katholiken in Bayern.

Es ist üblich, dass die Ergebnisse einer Römischen Bischofssynode jeweils anschließend vom Papst mit eigener Autorität in einem Apostolischen Schreiben vorgelegt werden. Gemäß dieser Tradition präsentiert *Amoris laetitia*, erschienen im März 2016, den Ertrag der beiden Bischofssynoden von 2014 und 2015 über Ehe und Familie mit päpstlicher Autorität. Aber es ist bei diesem Papst nicht mehr überraschend, dass das Schreiben in besonderer Weise seine Handschrift trägt und seine spezifische Art der Wahrnehmung des Petrusamtes erkennbar macht.

1. Vorläufige Charakterisierung des Schreibens

Papst Franziskus hat beeindruckende Vorstellungen von einer dienenden Kirche, aber er ist kein Mann schneller autoritativer Entscheidungen. Er setzt lieber Prozesse

in Gang, regt an, fordert Nachdenken und Voranschreiten. Das war an den Familiensynoden gut erkennbar. Der ersten Synode ging eine Befragung der Gläubigen voraus, die auf der Synode selbst zu kontroversen Diskussionen führte. Ein Zwischenbericht gab Zeit zum Nachdenken. Der zweiten Synode gelang es, einen gemeinsamen Abschlussbericht zu erarbeiten, der dem Papst vorgelegt wurde. Franziskus selbst stellt sich mit seinem Schreiben sehr deutlich in diesen Prozess. *Amoris laetitia* präsentiert kein fertiges Ergebnis, sondern beschreibt, den Synodenbericht und eigene frühere Aussagen zum Thema vielfach zitierend, die pastorale Aufgabe der Kirche im Blick auf die gegenwärtige Situation von Ehe und Familie. Er regt an, ermutigt, ermahnt, das heißt, hier liegt kein „Lehrschreiben“ der obersten Autorität vor, sondern eher eine *adhortatio* des Seelsorgers der ganzen Kirche. Das prägt den Text.

Kritisch könnte man sagen, er sei viel zu lang, weitschweifig, sich wiederholend, unsystematisch. Der Papst weiß das offenbar auch. Er spricht einleitend von der Vielfalt der Aspekte in den Beiträgen der Synodenväter und von einem „Polyeder“ der Fragen, die er nicht glattbügeln will, und er rät angesichts des „unvermeidlichen Umfangs“ seines Schreibens dazu, es nicht „hastig ganz durchzulesen“, sondern sich abwechselnd in einzelne Abschnitte zu vertiefen (Nr. 7). Wichtig dabei auch sein Hinweis auf die unterschiedlichen Adressaten. Manche Kapitel richten sich eher an Eheleute und Familien, andere an die Seelsorger und pastoralen Mitarbeiter.

So wie die Synode nicht einen runden Text mit der Darstellung des Typus der christlichen Familie, sondern eher eine Collage von Fragen und Aufgaben vorstellte, so tut es auch das Schreiben des Papstes. Aber so sehr er mit Respekt die Synodenväter zu Wort kommen lässt, gibt er doch seinem Schreiben zugleich einen ganz persönlichen Charakter. Er greift unmittelbar auf eigene konkrete Erfahrungen zurück, so wenn er zum Beispiel auf eine Filmszene verweist, die die Freude am gemeinsamen, geteilten Gut demonstriert; wenn er die „drei einfachen Worte“ (darf ich? danke, entschuldige), die in der Familie nicht fehlen dürften, gleich zweimal zitiert, ebenso wie das starke Bild von der Lehre, die man nicht wie „Felsbrocken“ auf die Gläubigen werfen sollte; wenn er bemängelt, dass die Wirtschaft den Valentinstag besser zu nutzen wisse als die Seelsorger; oder dass in manchen Familien zur Essenszeit jeder mit seinem Mobiltelefon herumspiele. Solche Sprache ist erfahrungsgesättigt und menschlich anrührend, sie macht den geistlichen Lehrer glaubwürdig.

2. Zum Aufbau des Schreibens

Abundanz und Wiederholungen im Text habe ich schon erwähnt. Sie sind offenbar gewollt, wie der gesamte Aufbau des Schreibens zeigt. Dieser folgt nicht einem linear fortschreitenden Gedankengang. Der Papst entwickelt weder deduktiv, etwa aus theologischen Prämissen, noch induktiv, vom Einzelphänomen zum allgemeinen fortschreitend, seine Aussagen. Vielmehr umkreist er seinen Gegenstand, Ehe und Familie, unter wechselnden Perspektiven. Das von ihm selbst gebrauchte Bild des Polyeders ist dafür treffend. Man könnte auch von einer Spirale sprechen, mit der das Thema mehrfach umkreist und immer wieder neu betrachtet wird. Insofern ist die Gliederung des Schreibens nicht zwingend, aber sie lässt doch eine gewisse Systematik erkennen. Man mag auch darin die Einsicht von Papst und Bischofssynode erkennen, dass die Thematik Ehe und Familie heute nicht leicht schlüssig und keinesfalls abschließend zu behandeln ist.

Der Text ist in neun Kapitel gegliedert. Kapitel 1 stellt Ehe und Familie „Im Licht des Wortes“ in den Kontext biblischer Grundaussagen über den Menschen, der als Mann und Frau Abbild Gottes ist; über die Bedeutung von Fruchtbarkeit und Geschlechterfolge; über Kinder als Gabe und Aufgabe; über eheliche Liebe in Analogie zum Geheimnis der Trinität; aber auch über Leiden und Tod. Der Papst will aber das Wort Gottes nicht als eine Abfolge abstrakter Thesen darbieten, sondern als einen „Reisegefährten auch für die Familien“, die sich in einer Krise oder inmitten eines Leides befinden (Nr. 22). Gemäß der Eigenart des Schreibens ist die biblisch-theologische Dimension des Themas mit diesem Kapitel nicht abgeschlossen, kehrt vielmehr in Variationen

später häufig wieder. Aber das erste Kapitel steht für die Grundintention, die Papst Franziskus einleitend formuliert hat: Die christliche Verkündigung über die Familie als Antwort auf die Sehnsucht der Menschen nach Liebe verstehbar zu machen.

Kapitel 2 wechselt die Perspektive, indem es die Situation der Familie in unserer Zeit als Herausforderung beschreibt. Es spricht viele bekannte Probleme und fragwürdige Phänomene an, auch das verbreitete Unverständnis für die Ehe; aber das alles nicht in der Manier der Anklage, sondern aus der Überzeugung, dass auch aus dieser oft verwirrenden Wirklichkeit der Geist Gottes zu uns spricht. Kapitel 3 spricht über die Berufung der Familie im Blick auf Jesus Christus und interpretiert die kirchliche Lehre als Hilfe für Eheleute und Kinder auf ihrem Weg. Kapitel 4 bietet in der gleichen Intention und Grundhaltung eine ausführliche und einfühlsame Meditation über die Liebe in der Ehe in all ihren Dimensionen. Es entfaltet sie entlang den Aussagen im Hohelied der Liebe bei Paulus (1. Kor. 13), ein eindringlicher Grundtext für das geistlich-pastorale Gespräch mit und zwischen Eheleuten, zu dem der Papst immer wieder ermuntert.

Die Kapitel 5 und 7 haben zum Thema die Fruchtbarkeit der Liebe im Kind und die Erziehung der Kinder. Dazwischen entfaltet das Kapitel 6 „Pastorale Perspektiven“ für Ehevorbereitung und Ehebegleitung. Die dort gegen Ende schon angesprochene Frage der Begleitung von Eheleuten in Krisen und im Zerbrechen von Ehen wird in Kapitel 8 eigens thematisiert mit der vielfach variierten Aufforderung an die pastoral Verantwortlichen, Situationen zu unterscheiden

und bei aller Verpflichtung, am christlichen Ideal festzuhalten, in der Praxis dem Primat von Liebe und Barmherzigkeit Raum zu geben. Kapitel 9 spricht das Schlusswort mit Gedanken zur Spiritualität in Ehe und Familie auf ihrem Weg.

3. Leitende Aspekte in *Amoris laetitia*

Die Fülle der im Schreiben angesprochenen Fragen, die detaillierten Ausführungen, Anregungen und Bewertungen können hier nicht dargestellt werden. Sie lassen sich aber unter einige leitende Aspekte subsumieren, die das ganze Schreiben durchziehen und seine Eigenart ausmachen.

3.1 *Der pastorale Grundzug*

Amoris laetitia ist kein „Lehrschreiben“ mit autoritativem Gestus, etwa in dem Sinn: Das ist die christliche Lehre, und so sollt ihr handeln. Er nimmt die Lehre nicht zurück, vernachlässigt sie nicht, wie manche Kritiker behaupten, die wohl nicht genau genug gelesen haben. Vielmehr werden ihre zentralen Aussagen ausdrücklich entfaltet (vgl. Nr. 67ff.). Aber der Papst versucht immer, sie von ihrem biblischen Ursprung her als Evangelium, als frohe Botschaft zur Ermutigung und Hilfe für die Menschen in ihren konkreten Lebenslagen zu vermitteln, und er fordert die Seelsorger zu einer einladenden Pastoral auf. Sie sollen keine leblose Doktrin verkünden und diese nur verteidigen wollen. Er will also einen neuen, pastoralen Umgang mit der Lehre.

„Amoris laetitia ist kein Lehrschreiben mit autoritativem Gestus...“

Es habe keinen Sinn sagt er, die aktuellen Übel anzuprangern und mit Autorität Regeln durchsetzen zu wol-

len. Vielmehr müsse die Kirche selbstkritisch fragen, ob sie nicht mit der Art, wie sie Menschen behandelt hat, mit herbeigeführt hat, was wir heute beklagen. Die Ehe sei häufig so dargestellt worden, dass ihre Berufung zur Liebe von der Betonung der Fortpflanzung überlagert wurde. Übertriebene Idealisierung bewirke das Gegenteil. Deshalb fordert der Papst eine Wendung hin zu positiver Pastoral, die eine schrittweise Vertiefung der Ansprüche des Evangeliums ermöglicht (Nr. 35-38).

Papst Franziskus stellt sich durchaus in die Tradition seiner Vorgänger. Er zitiert häufig aus *Humanae Vitae* (Paul VI.), aus *Familiaris Consortio* (Johannes Paul II.), aus *Deus Caritas est* (Benedikt XVI.); stellt mit deren Worten die menschliche und die göttliche Liebe als die tragenden Elemente von Ehe und Familie dar; wirbt für die Offenheit der Ehe für das Geschenk von Kindern; spricht übereinstimmend mit dem Konzil und mit seinen Vorgängern von Recht und Pflicht der Eltern zur Geburtenregelung gemäß ihrem Gewissen; die negative Norm freilich aus *Humanae Vitae*, das Verbot „künstlicher“ Mittel zur Verhütung, wiederholt er nicht (vgl. Nr. 80 und 222).

Er erklärt den positiven Sinn der Sakramentalität der Ehe und ihrer Unauflöslichkeit. Im Ehekonsens gewinnt die Verbindung eines Paares „für immer“ Gestalt, wird zu einem „Bund vor Gott“, der Treue verlangt (Nr. 123), aber auch dem gegenseitigen Vertrauen Halt gibt. Der Papst sagt aber zugleich, es helfe nicht, nur diese Lehre zu wiederholen; man müsse vielmehr mit heilsamem Realismus den Menschen zum Wachsen

in Liebe und Ehe helfen. Franziskus stellt sich durchgehend der Spannung zwischen dem „Ideal“ der christlichen Ehe und der Gebrechlichkeit der Menschen, die zu begleiten Pflicht der Kirche ist. Die Kirche ist oft ein Feldlazarett, heißt es zu Beginn des Kapitels 8, das insgesamt der Frage gewidmet ist, wie mit der Schwäche und dem Scheitern von Menschen umzugehen sei.

3.2 *Geerdete Verkündigung*

Der Papst spricht mehrfach davon, die Seelsorger müssten „inkarnierte Wege“ zeigen und Antworten auf die Fragen der Menschen geben. Das Geheimnis der Inkarnation, der Menschwerdung Gottes in Jesus Christus, soll so in der Ehe- und Familienpastoral wirksam werden. Gott spricht nicht von oben herab zu uns, er spricht vielmehr in Jesus Christus als Mensch, gleichsam auf Augenhöhe, wie man heute gern sagt, mit uns. Er nimmt die menschliche Realität in den Blick und nimmt sich ihrer in Liebe an, ohne das Fragwürdige, das Böse zu verharmlosen, gar zu verschweigen.

„Gott spricht nicht von oben herab zu uns, er spricht vielmehr in Jesus Christus als Mensch, gleichsam auf Augenhöhe, wie man heute gern sagt, mit uns.“

So spricht das Schreiben in Kapitel 2 über die heutige Wirklichkeit von einer „Kultur des Provisorischen“; von der Furcht vor dauerhafter Bindung; von der „Versessenheit auf Freizeit“ und von den Brüchen im Leben vieler Menschen; auch von der Vermarktung des Körpers, von Prostitution und Pornographie, von sexueller Ausbeutung von Kindern; von geburtenfeindlicher Mentalität; von Drogen und Alkohol als Gefahren für Jugendliche; von deren Unverständnis für die Ehe. Aber er klagt nicht von

nographische, von sexueller Ausbeutung von Kindern; von geburtenfeindlicher Mentalität; von Drogen und Alkohol als Gefahren für Jugendliche; von deren Unverständnis für die Ehe. Aber er klagt nicht von

oben herab. Er fordert die Kirche vielmehr zu Selbstkritik und Überprüfung ihres bisherigen Verhaltens auf und warnt vor falschen Schuldzuweisungen; so etwa, wenn für die Gefährdung der Ehe die Emanzipation der Frauen genannt wird. Dagegen stellt er fest, die Durchsetzung der gleichen Würde von Mann und Frau und ihrer wechselseitigen Gleichberechtigung seien ein Werk des Heiligen Geistes (Nr. 45). Er spricht an anderer Stelle vom Recht der Frau auf Studium und Beruf, ohne die Gefahr zu verschweigen, dass in unserer Zeit die Mütterlichkeit oft zu gering geachtet wird (Nr. 173).

Inkarnatorisches Denken liest so positive Zeichen der Zeit als Stimme Gottes und fragt nach der Unterscheidung der Geister, macht ernst mit der Lehre, die Ehe sei Sakrament, indem es deren ganze Wirklichkeit in die sakramentale Deutung hineinnimmt (Nr. 72 ff.)

In der Ehe beschenken sich Mann und Frau gegenseitig, und wenn sie dies als getaufte Christen tun, ist das ein dauerndes sakramentales Geschehen. So spricht der Papst ganz einfühlsam und mit hoher Menschenkenntnis von der Bedeutung der Emotionen zwischen den Geschlechtern, von der Aufgabe, diese zu kultivieren; vom Recht leidenschaftlicher Liebe, von ihrer erotischen Dimension als spezifisch menschlich und als Gabe Gottes. Deshalb soll die eheliche Vereinigung eben nicht nur auf Zeugung hin gedeutet werden - eine jahrhundertlang währende Verengung kirchlicher Sexualmoral -, sondern in ihrem Eigenwert begriffen werden als Ausdruck gegenseitiger Liebe (Nr. 125).

Die gleiche „Erdung“ des Textes finden wir im Kapitel über die Erziehung. Der Papst benennt heutige Probleme und

Schwierigkeiten, aber statt übertriebener Sorge und falscher Kontrollsucht empfiehlt er den Eltern, sich Zeit zu nehmen; Jugendlichen mit geduldigem Realismus zu begegnen; in der Sexualerziehung wie in der Glaubenserziehung Geduld und Vertrauen als affektive Grundlagen positiver Entwicklung nicht zu vergessen. „Geduldige Lehrzeit“ sei nötig, heißt es an einer Stelle (Nr. 284), wenn die Balance gelingen soll zwischen dem noch ungeordneten Wollen und Wünschen der Kinder und den Erfordernissen menschlicher Reifung im Miteinander.

3.3 Ehe und Familie als Weg und Prozess

Der inkarnatorische Aspekt des päpstlichen Schreibens wird ergänzt und verstärkt vom durchgehenden Blick auf den Wegcharakter menschlichen Lebens und damit auch von Ehe und Familie. Deren Gestalt kann, auch wenn sie gelingt, niemals fertig, gar vollendet sein, so lange wir in diesem Leben unterwegs sind. Es ist eindrucksvoll, wie der Papst daraus, besonders im Blick auf Gefährdungen, Krisen und Scheitern menschlichen Miteinanders, pastorale Aufgaben beschreibt.

Ein wichtiges Stichwort, unter dem schon in und zwischen den beiden Synoden der Prozesscharakter von Ehe und Familie diskutiert wurde, heißt Gradualität. Kritiker haben mehrfach, eine Abschwächung der Lehre befürchtend, eingewandt, Lehrsätze und moralische Normen könnten nicht gradualistisch gelten. Das ist ein Missverständnis. Es geht nicht um eine Gradualität des Gesetzes, sagt der Papst ausdrücklich (Nr. 295), sondern um den unübersehbaren Tatbestand, dass Menschen in ihrer Gebrechlichkeit oft nicht fähig sind, die objektiven Anforderungen des Gesetzes zu verstehen und zu er-

füllen. Deshalb unterstreicht der Papst, dass das Gesetz als Geschenk Gottes den Weg anzeigt, den wir mit der Kraft seiner Gnade gehen können. An anderer Stelle wendet er diesen Gedanken auf das sakramentale Verständnis der Ehe an. Er warnt davor, in dieser Hinsicht Vollkommenes zu verlangen; man solle nicht zwei begrenzten Menschen die schwere Last aufladen, die Verbindung Christi mit seiner Kirche in vollkommener Weise nachzubilden (Nr. 122). Deshalb hat die Ehe gerade auch theologisch Prozesscharakter; sie ist eben kein „Fertigprodukt“ (Nr. 218). Diesen Grundgedanken variiert der Papst in seinem Schreiben durchgehend bei der Erörterung der verschiedensten Teilfragen.

So heißt es in Kapitel 2, die kirchliche Verkündigung habe ein Problem damit, die Ehe als Weg zu begreifen und in den sich wandelnden Situationen dem Gewissen Raum zu geben. Eine wichtige Folgerung daraus ist die mehrfache Betonung der Wechselseitigkeit von Familie und Kirche in der Pastoral. Die Seelsorge müsse die Familie auch als Subjekt betrachten und ihre spezifischen Erfahrungen beachten. Hier sei von der Kirche eine „missionarische Umkehr“ gefordert (Nr. 201), zumal da es den Priestern in mancher Hinsicht an Erfahrung fehle.

Ganz besonderes Gewicht gewinnt der Wegcharakter menschlichen Miteinanders in den Ausführungen des Schreibens über die personale Liebe. Der Papst deutet die Liebe zwischen Mann und Frau mit Thomas von Aquin als höchste Form der Freundschaft. Ohne die institutionelle Seite der Ehe zu vernachlässigen, ist sie doch für ihn zuerst und grundlegend ein Geschehen zwischen Personen, eine ausschließliche Verbundenheit zweier Menschen, die sich als

Personen in Treue für immer aneinander binden (Nr. 123). Aber die Liebe bleibt darin ein Prozess; sie beginnt, sie wächst, sie führt zum Entschluss endgültiger Bindung und bedarf immer weiter der Pflege und des Wachsens, gerade auch, weil Schwierigkeiten und Krisen kommen können. Deshalb gewinnen Ehevorbereitung und Ehebegleitung eine Bedeutung, die bisher so klar nicht gesehen wurde. Sie muss den Paaren helfen, in der Liebe zu wachsen, nicht unvorbereitet, nicht ohne klares Wollen zu heiraten; im schwierigen Verhältnis von Eigenliebe und Hingabe die rechte Balance zu finden; den anderen in seinen Eigenarten, in Stärken und Schwächen besser kennen zu lernen; ihn als Person zu lieben, aber auch die Unantastbarkeit seines ganz persönlichen Inneren zu respektieren.

Besonderes Gewicht gewinnt der Aspekt des Weges und des Prozesses in den Darlegungen des Schreibens über Krisen in der Ehe. Hier ist kirchliche Begleitung und Hilfe in besonderem Maße gefordert, und der Papst beklagt, dass heute die Mehrheit der Paare in Schwierigkeiten nicht mehr die pastorale, sondern eine profane Begleitung suche (Nr. 234).

Am Schluss des 7. Kapitels über Erziehung fordert der Papst noch einmal mit Worten der Synode, die Familie müsse selbst zum Subjekt pastoralen Handelns werden, zu einem Raum, in dem der Kern der christlichen Botschaft sie befähigt, „den Unbilden in allen Phasen des Lebens entgegenzutreten“ (Nr. 290). Man behauptete also nicht weiter, *Amoris laetitia* mache mit dem Gedanken der Gradualität und des Prozesscharakters von Ehe und Familie Abstriche am „christlichen Ideal“.

3.4 Barmherzigkeit als Grundmelodie

Barmherzigkeit ist das Schlüsselwort zum Pontifikat von Papst Franziskus. Das gilt selbstverständlich auch für das im „Jahr der Barmherzigkeit“ veröffentlichte Apostolische Schreiben *Amoris laetitia*. Es gewinnt von daher, so der Papst selbst in der Einleitung, eine besondere Bedeutung und soll dazu ermutigen, „selbst dort Zeichen der Barmherzigkeit und der Nähe zu sein, wo das Familienleben sich nicht vollkommen verwirklicht oder sich nicht in Frieden und Freude entfaltet“ (Nr. 5). Verständlicherweise tritt dieses Grundmotiv des Textes dort besonders hervor, wo es um Leiden und Nöte in Ehe und Familie geht; um Krisen, Scheitern, Trennungen, um „irreguläre Situationen“. So soll sich die Pastoral der Kirche zum Beispiel auch Paaren gegenüber, die ohne Ehe oder nur in Zivilehe zusammenleben, von der Perspektive „göttlicher Pädagogik“ leiten lassen, die auch dort Positives sieht und fördert, wo die christliche Norm nicht erfüllt wird (Nr. 78).



Wiederholt nimmt der Papst die Frage auf, die schon die Synodenväter viel beschäftigt hat, wie die Kirche mit Paaren

in schweren Krisen, in Trennung, Scheidung, Wiederverheiratung umgehen soll. Die kirchlichen Normen sollen gelten, sollen nicht relativiert werden; aber die Pastoral muss einen verständnisvollen Blick für die jeweils konkrete Situation der Menschen entwickeln. Es gibt Fälle, in denen eine Trennung unvermeidlich ist, sogar moralisch geboten sein kann, etwa wenn dem schwächeren Partner oder Kindern Gewalt droht (Nr. 241). Geschiedene und Verlassene bedürfen pastoraler Begleitung; sie sind Glieder der Kirche und keineswegs exkommuniziert (Nr. 242/43). Unschuldigen Opfern von Trennung und Scheidung schuldet die Kirche als Stimme für die Schwächsten besondere Aufmerksamkeit. Christliche Gemeinden dürfen geschiedene Eltern, auch in neuer Verbindung Lebende, nicht allein lassen (Nr. 245/64).

Das Kapitel 8 des Schreibens, „Die Zerbrechlichkeit begleiten“, ist diesen Fragen insgesamt gewidmet und hat deshalb in der Diskussion besondere Aufmerksamkeit, von mancher Seite auch harte Kritik erfahren. Ausdrücklich stellt der Papst seine Ausführungen dort noch einmal unter den Aspekt der Barmherzigkeit; denn die Kirche müsse „ihre schwächsten Kinder, die unter verletzter und verllorener Liebe leiden, aufmerksam und fürsorglich begleiten ...“ (Nr. 243, Text der Synode). Er wiederholt im nächsten Abschnitt in knapper, präziser Formulierung die Lehre von der christlichen Ehe, sagt aber dann auch: „Andere Formen der Vereinigung widersprechen diesem Ideal von Grund auf, doch manche verwirklichen es zumindest teilweise und analog“ (Nr. 292). Das wird unter dem schon erörterten Aspekt der Gradualität weitergeführt, mit Verständnis für unterschiedliche Situationen und für heutige Mentalitäten, die die Kirche konstruktiv angehen müsse.

Die folgenden Abschnitte fordern dazu auf, bei irregulären Situationen zu unterscheiden; niemanden endgültig auszugrenzen; auch bei Geschiedenen in neuen Verbindungen zu unterscheiden; im Sinne der alten Morallehre, etwa bei Thomas von Aquin, nach mildernden Umständen zu fragen und vor allem das Gewissen der Betroffenen in das seelsorgliche Urteil einzubeziehen.

Man spürt aus dem Text, dass Papst Franziskus selbst um den richtigen Weg der Kirche in diesen Fragen ringt; so wenn er sagt, „dass man von der Synode oder von diesem Schreiben keine neue, auf alle Fälle anzuwendende generelle gesetzliche Regelung kanonischer Art erwarten durfte“; wenn er aber zugleich vor der „schwerwiegenden Gefahr falscher Auskunft“ und vor schnellen Ausnahmen warnt (Nr. 300). Die Kirche dürfe in keiner Weise darauf verzichten, „das vollkommene Ideal der Ehe, den Plan Gottes in seiner ganzen Größe vorzulegen“ (Nr. 307), müsse aber zugleich Barmherzigkeit üben, weil diese nicht nur Gottes Handeln kennzeichne, sondern auch Kriterium unseres Handelns sein müsse (Nr. 310).

Amoris laetitia fordert also offenbar einen Spagat zwischen der reinen Lehre und barmherziger Pastoral. Kritiker fragen mit Recht, wie die Kirche in ihrer regionalen und kulturellen Vielfalt in der heutigen Welt diesen Spagat durchhalten kann; und ob das nicht zu ganz unterschiedlichen Antworten in der pastoralen Praxis führt, die dann doch die Klarheit der Lehre verdunkle, gar vergessen mache, ihre Einheit gefährde. Darin steckt eine hohe Herausforderung für Bischöfe und Bischofskonferenzen sowie für die gesamte pastorale Praxis. Mir scheint jedoch, nach dem Blickwechsel, den Papst Franziskus mit seinem Schreiben vollzo-

gen hat, stellen sich die Fragen noch anders, radikaler.

4. *Offene Fragen*

Das herkömmliche kirchliche Verständnis von Ehe war statisch, institutionell-rechtlich geprägt. Mit dem Konsens der Eheleute ist die sakramentale und unauflösliche Ehe gegeben; das Davor und Danach hat zwar die Moral und die Pastoral interessiert, war aber theologisch eigentlich unwesentlich. Mit der personalen und prozesshaft-dynamischen Interpretation der Liebe durch Papst Franziskus ist dieser verengende Blick nicht vereinbar. Wenn die Liebe zwischen zwei Menschen ein personales Geschehen ist, das Christen kraft Taufe und Firmung auch mit Christus verbindet und so sakramentalen Charakter gewinnt, dann muss das für den ganzen Prozess, den eine solche Verbindung im Leben der beiden bildet, Bedeutung haben. Mit der kirchlich-öffentlich vollzogenen Trauung gewinnt diese Verbindung gewiss eine neue Qualität; aber ist diese mit ihrer institutionell-rechtlichen Deutung hinlänglich erfasst?

Dieser Zustand ist ebenso unbefriedigend wie der nach einer Scheidung wieder Verheirateten. Auch hier wird in unseren Breiten das „irreguläre Verhältnis“ stillschweigend geduldet. Das kann aus Respekt vor der Gewissensentscheidung Betroffener richtig sein, wenn denn eine solche wirklich vorliegt und geprüft wurde. Aber unter der Perspektive von Personalität und Dynamik menschlicher Liebe stellt sich die Frage, ob die Kirche nicht nur in nachsichtiger Pastoral, sondern in ihrer Lehre dem unabweisbaren Faktum gerecht werden muss, dass Liebe auch scheitern kann.

Eine weitere Frage schließt sich hier an: Ist nicht an der Gegenüberstellung von „idealer“ Lehre und pastoraler Praxis etwas grundsätzlich falsch? In Nr. 311 seines Schreibens fordert Papst Franziskus die Moralthologie auf, „den Primat der Liebe als Antwort auf die ungeschuldete Initiative Gottes“ hervorzuheben. Weiter heißt es: „Wir stellen der Barmherzigkeit so viele Bedingungen, dass wir sie gleichsam aushöhlen und um ihren konkreten Sinn und ihre reale Bedeutung bringen, und das ist die übelste Weise, das Evangelium zu verflüssigen. Es ist ... wahr, dass die Barmherzigkeit die Gerechtigkeit und die Wahrheit nicht ausschließt, vor allem aber müssen wir erklären, dass die Barmherzigkeit die Fülle der Gerechtigkeit und die leuchtendste Bekundung der Wahrheit Gottes ist.“

Demnach also sind Wahrheit und Gerechtigkeit von Liebe und Barmherzigkeit umfasst. Das heißt, die Lehre der Kirche, ihre Dogmen und moralischen Normen müssen Ausdruck der im Evangelium sich offenbarenden Liebe Gottes sein und so dann auch in der Pastoral praktisch werden. Wenn das stimmt, dann darf die Lehre gar nicht vor der Pastoral kommen, muss vielmehr selbst Pastoral sein. So endet denn auch bei Paulus das Hohelied der Liebe mit den Worten: „Für jetzt bleiben Glaube, Hoffnung, Liebe, diese drei; doch am größten unter ihnen ist die Liebe.“ (1. Kor. 13).

Da der Papst exakt an der zitierten Stelle noch die Feststellung der internationalen Theologenkommission zu bedenken gibt, „das alle theologischen Begriffe unangemessen sind, die letztlich Gottes Allmacht selbst und insbesondere seine Barmherzigkeit infrage stellen“, dann wird die Frage unabweisbar, ob nicht die Kirche, ihre Theologen und ihr Lehramt, lange Zeit

ihre Dogmatik, ihre Moral, ihr Recht allzu selbstgewiss zum Selbstzweck gemacht, vom Vorzeichen der Liebe und Barmherzigkeit getrennt und den Gläubigen als bedingungslos anzunehmen vorgesetzt haben; in dem Stil: Das müsst ihr glauben, so müsst ihr handeln, dann gewinnt ihr den Himmel. Damit wird aber die Richtung der göttlichen Offenbarung, die Selbstmitteilung seiner Liebe an die Menschen in ihrer Not, umgekehrt. Wir müssen nicht zuerst glauben und gut handeln, sondern unserem Glauben und Handeln geht die Liebe Gottes voraus.

Ich wage zu behaupten, dass angesichts dieses Befundes die Kirche, genauer die Träger des Lehramtes, auch bereit sein müssten, manches, was sie früher allzu selbstgewiss als Wahrheit und als moralische Norm gelehrt haben, neu auf den Prüfstand zu stellen. Ich weiß, dass das angesichts der schwer beweglichen hierarchischen Strukturen unserer Kirche in der gegenwärtigen Situation kaum zu erwarten ist. Es wäre aber glaubwürdiger als das bisherige Verfahren des Lehramtes, frühere, heute nicht mehr haltbare Lehren nur zu verschweigen, statt sie klar zu revidieren. Dass die einfache Ableitung dogmatischer Wahrheiten aus der Bibel und ihre kurzschlüssige Übertragung in verbindliche moralische und rechtliche Normen theologisch problematisch und in vielen Fällen nicht haltbar ist, wissen heute auch gebildete Laien.

REZENSIONEN

Buchempfehlung: Refugees welcome. Eine Herausforderung für Christen

Dr. Peter Wendl

Wissenschaftlicher Projektleiter



Dr. Peter Wendl ist Diplomtheologe, Einzel-, Paar- und Familientherapeut. Seit 2002 ist er wissenschaftlicher Projektleiter der Kooperation mit dem Katholischen Militärbischofsamt für die deutsche Bundeswehr. Er ist Mitglied verschiedener Beratungsgremien (z. B. „Netzwerk der Hilfe“ – Bundesministerium der Verteidigung).

Refugees welcome

Um es vorwegzunehmen: Michael Gmelch hat ein wichtiges Buch geschrieben. Es leistet einen herausragenden Beitrag zugunsten einer „anderen“ Perspektive für die Diskussion um den Umgang mit Millionen von flüchtenden Menschen – deren Flucht natürlich nicht beendet ist, nur weil Grenzen geschlossen werden.

Gmelch schreibt als „Betroffener“. Er war als katholischer Militärseelsorger auf einem Marineschiff und hat bei der Verpflegung Geretteter mitgeholfen. Was aber am stärksten zu wirken scheint, er hat täglich den sich zwischen Ertrinkungstod und unsicherem „Asylantendasein“ Befindlichen kurz vor dem Landgang in die Augen geblickt. Ergänzend wohnte er einige Wochen freiwillig

dem Alltagsleben auf Lampedusa bei und setzte sich dort bewusst den Ereignissen zwischen Banalität und Grauen aus.

Wer konkrete menschliche Not nicht nur theoretisch vom Schreibtisch aus bewertet, so sein Credo, wer sie (in Form von nachts in Seenot Geratenen) gehört hat, wer deren Angst gespürt hat, wer sie hof-

fen, lächeln, sich fürchten und von Bord in die Ungewissheit gehen sah, der wird diese Thematik nicht mehr mit gleichen Augen betrachten können. Und wer zudem die Toten im Wasser gesehen hat, der wird keine einfachen, vermeintlich „politisch korrekten“ Antworten zu diesem Thema mehr geben können. Gmelch scheut nicht „nebenbei“ Eindrücke aufblitzen zu lassen, die verstören

„Wir können ja nicht alle aufnehmen“

„Das Boot ist voll“

und zugleich trocken real daherkommen; etwa wenn er wie selbstverständlich einen Kameraden konstatieren lässt, dass diesmal ein paar sehr schöne Frauen dabei seien, die angesichts ihrer Perspektivlosigkeit vermutlich „im Puff“ landen würden, oder wenn er vom unerträglichen Szenario einer während des Ertrinkens gebärenden Mutter spricht, deren ebenfalls ertrunkenes Baby noch mit der Nabelschnur mit ihr verbunden ist.

Dabei wird auch eines der wenigen Defizite des Buchs deutlich: Die Besatzung selbst wird kaum beleuchtet. Sicherlich wäre es hilfreich, zu erfahren, wie die Frauen und Männer in der Bundeswehr (z. B. Ärzte, Psychologen, Seelsorger, Vorgesetzte und Freiwillige) mit solchen Bildern umgehen – und wie speziell diese Einsätze insgesamt auf diese Menschen wirken.

Das Buch überwindet ansonsten rasch das vermeintlich unüberwindbare Dilemma zwischen „Wir können ja nicht alle aufnehmen“ bzw. (populistischer) „Das Boot ist voll“ auf der einen Seite und dem als alternativlos postulierten „Wir schaffen das!“ auf der anderen. Natürlich ist Menschen ertrinken zu lassen nie eine Option! Vielmehr erweist sich hier die Ehrlichkeit des Christseins und der unverrückbare Kern einer solidarischen Humanität. Es geht in dieser längst nicht beendeten Tragödie um nicht weniger als die Menschlichkeit im engsten Sinn.

Somit zeigt Gmelch als Theologe nachvollziehbar, welche Chance die geflohenen Menschen für uns „sichere“ Christen in Europa bieten kann. Für ihn geschieht

hier etwas, das eine zutiefst theologische Qualität hat, weil es ins Zentrum des Evangeliums führt. Dabei erliegt er nicht der Gefahr des „pseudospirituellen Romantisierens“, denn er betont ohne Umschweife auch, dass Flüchtlingsarbeit unglaubliche Kräfte kostet und bündelt, dass es Enttäuschungen und Rückschläge gibt – und auch große Ungerechtigkeiten. Und er stellt ebenfalls klar, dass durch diese Herausforderungen der soziale Friede gefährdet ist, wenn die Aufnahme der Geretteten nicht angemessen begleitet, kommuniziert, und eingeordnet wird. Ohne Gerechtigkeit scheitern die Barmherzigkeit wie auch der soziale Friede. Daher ist ein gesellschaftliches Ausbalancieren der Belastungen durch die „Flüchtlingswellen“ im Kollektiven wie im Individuellen unerlässlich. Das gilt ebenso für das Verhältnis von Nächsten- und Selbstliebe. Doch klar ist auch: Menschen ertrinken zu lassen, bleibt immer unerträglich und somit keine Alternative. Das zeigt die gewaltige Dimension der Herausforderung.



„Refugees welcome“ sollte gerade wegen seiner Leidenschaftlichkeit Lust- und Pflichtlektüre für alle sein, die sich auf christlicher Grundlage auf kirchlichem, politischem oder gesellschaftlichem Parkett bewegen (wollen). Nicht zuletzt ist dieses Buch ein Lehrstück, inwiefern die Theologie eine Wissenschaft sein muss, die aus den viel kritisierten „Elfenbeintürmen“ herabsteigt, um sich gedanklich dorthin zu begeben, wo gesellschaftliche Herausforderungen nach Antworten verlangen - nicht nur in Flüchtlingsfragen.

Besonders sei dieses Buch deshalb allen Theologiestudierenden und -treibenden ans Herz gelegt. Denn Flüchtlinge sind für Gmelch nicht bloß ein Anwendungsfeld der Pastoral, sondern „ein denkbarer Ort der Theologie“ und sogar heilsgeschichtliches Zeichen. In der Begegnung mit Ihnen könne eine neue Spielart kontextueller Theologie entstehen. Und im Zusammenleben mit Flüchtlingen wird existenziell vertieft, was Mensch- und Christ-Sein auch bedeuten: Ungesichert-Sein, Unterwegs-Sein, Aufbruch ins Ungewisse in der Hoffnung auf ein gelingendes Leben.

Dabei macht Gmelch mit seiner Kriteriologie aber deutlich, dass Fremde nicht nur als Einwohner zweiter Klasse geduldet, sondern Einheimischen gleichgestellt sind. Mit Bezug auf den Theologen Fulbert Steffensky stellt er heraus: „Wo man nur sich selbst kennt, besteht die Gefahr, dass man sich für einzigartig hält. Man kann sich kaum hinterfragen, wo man die Fremden und das Fremde nicht an sich heranlässt.“

Wer sich der Denkrichtung des Buchs aussetzt, wird als sich zu positionierender Christ an diesen Überlegungen nicht mehr vorbeikommen. Wir begegnen Gott selbst im anderen und in unserer Gastfreundschaft. Und wir überschreiten dabei eigene (enge) Grenzen. Das ist eine (theologische) Erkenntnis des Buches. Noch deutlicher wird hier eingeordnet, mit einer Aussage Kardinal Woelkis: „Wer Menschen im Mittelmeer ertrinken lässt, lässt Gott ertrinken.“ Gelöst wird dieses Problem sicher nicht, nur weil Grenzen besser kontrolliert werden. Der Fremde ist für Gmelch „ein Kommunikationsmittel Gottes, der Kontakt zum Mitmenschen

sucht und sich durch ihn erschließt“. Organisatorisch-technisches Handeln kann dann nur noch Notwendigkeit, aber nicht mehr der Maßstab sein. „Durch uns begegnet Gott fortwährend anderen Menschen, und es ist uns nicht bewusst und den anderen auch nicht. Was wäre, wenn tatsächlich etwas daran ist, dass uns Gott begegnet, wo wir es gar nicht merken oder merken wollen? Wie würde sich manches in unserer Alltagswelt ändern, wenn wir einmal auch nur probeweise von einem solchen Gedanken ausgingen?“, so der Autor. Aber dem zu folgen, ginge dann weit über eine Buchempfehlung hinaus. Insofern bleibt hier nur, der Publikation eine große Leserschaft zu wünschen – und leidenschaftliche Diskussionen darüber.

„Wer Menschen im Mittelmeer ertrinken lässt, lässt Gott ertrinken.“

Das Buch

192 Seiten, 12 x 20 cm, € 14,90 (D)
ISBN 978-3-429-03933-2, 1. Auflage 2016

Der Autor

Michael Gmelch, Dr. Dr. theol., geboren 1959, Priester der Diözese Eichstätt, Militärseelsorger am Standort Flensburg.

Lebensentwürfe junger Männer und Frauen in Bayern

Friedrich-Ebert-Stiftung

Prof. Dr. Stefan Schieren

Politikwissenschaft, Dekan der Fakultät für Soziale Arbeit

2003 Ruf an die Fakultät für Soziale Arbeit der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt, Professur für Politikwissenschaft, 2005 Umhabilitation an die Geschichts- und Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt. Lehrbefähigung für Politikwissenschaft, seit 2008 Gastdozent der Fachhochschule St. Pölten/Österreich.



Eine Vielzahl von familienpolitischen Leistungen besonders für die frühe Phase der Kindheit verbessert die Bedingungen, die junge Frauen und Männer vorfinden, um sich für eine Familie zu entscheiden. Dennoch will es nicht gelingen, einen relevanten Effekt auf die Geburtenquote zu erzielen. Die „überforderte Generation“ (Deubel...) ist unverändert zögerlich, Nachwuchs in die Welt zu setzen.

Die Ursachen hierfür sind vielfältig. Das BayernForum der Friedrich-Ebert-Stiftung hat einem Forscherteam um Jutta Allmendinger vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung den Auftrag erteilt, die Lebensentwürfe junger Frauen und Männer in Bayern zu untersuchen und dabei neben der Frage nach Kindern und Familie weitere Gesichtspunkte zu betrachten, die dieser Gruppe für ein gelingendes Leben von herausgehobener Bedeutung zu sein scheinen.

Für diese Studie befragten die Wissenschaftler von Juni bis August 2015 Online-gestützt (Computer Assisted Web Interview – CAWI) 7003 Frauen und Männer im Alter von 18 bis 40 Jahren, die in Bayern leben. Der Fragebogen, der bereits 2012 für die dritte Welle zur Panel-Studie „Junge Frauen von morgen“ entwickelt worden war, wurde für die vorliegende Studie gekürzt und angepasst. Aus den Rückantworten konnten 724 verwertbare Datensätze gewonnen werden, auf vier Altersgruppen verteilt, mit einem kleinen Frauenüberschuss.

Neben der Schul- und Ausbildung, dem Beruf, dem beruflichen Status, dem Einkommen und der Haushaltskonstellation spielten Fragen nach Partnerschaft und Kindern eine wichtige Rolle. Einen zweiten Schwerpunkt bildeten Fragen nach der sozialen Selbsteinstufung, Lebensplänen, relativer Stellung zu anderen bzw.

deren vermuteter Selbsteinstufung, dem Vergleich zu den Eltern und die Erwartungen an einen sozialen Aufstieg. Ein dritter Komplex fragte nach dem Interesse an Politik und zu aktuellen politischen Fragen. Viertens schließlich wurden die Einstellungen zu und Erwartungen an Partnerschaft und Familie mit Blick auf Erwerbstätigkeit und Beruf erfragt.

Aus der Fülle ihres Materials haben Allmendinger und Mitstreiterinnen einige ihrer Befunde in anschaulicher und gut lesbarer Weise zusammengefasst. Es benötigt keinen Sozialwissenschaftler, um die 64 Seiten mit Gewinn zu lesen. Einige Schlaglichter sollen verdeutlichen, womit der Leser rechnen kann.

1. Das Interesse an Politik ist gering, die Bereitschaft, sich zu beteiligen, sehr niedrig. Sich zu informieren bzw. im Freundes-/Bekanntenkreis über Politik zu diskutieren, praktiziert immerhin ein Drittel. Männer weisen in allen Kategorien höhere Werte auf als Frauen.
2. Die Angst vor Krieg und Terror ist ausgeprägt, dicht gefolgt von der Angst vor Arbeitslosigkeit und Armut. Deutlich abgeschlagen das Thema Ausländer. Je höher der Bildungsgrad, desto geringer die Angst.
3. Sicherheit und Geborgenheit sind jungen Menschen in Bayern besonders wichtig, z. B. in Form finanzieller Unabhängigkeit oder einem sicheren Arbeitsplatz. Der Wunsch nach einer eigenen Familie und eigenen Kindern ist demgegenüber merklich weniger stark ausgeprägt, mit deutlich geringeren Werten bei den Männern. Glaube und Religion erreichen den niedrigsten Wert.
4. Die Einschätzung der Wichtigkeit von bzw. mit verschiedenen Lebensbereichen geht offenbart bei Männern und Frauen gleichermaßen eine erhebliche Diskrepanz, nicht aber beim Thema „Eigene Familie und Kinder“.
5. Lautet die Frage darauf, welche Einstellungen die Alters- und Geschlechtsgenossen wohl haben, ergibt sich ein stark verändertes Bild. Allgemein scheint die Erwartung zu sein, dass dich die Entwürfe der Anderen von den eigenen deutlich unterscheiden, besonders beim Thema „Eigene Familie und Kinder“. Männer und noch stärker die Frauen nehmen zum Teil drastische Unterschiede dabei wahr, was ihnen selbst wichtig ist und was angenommen den Alters- und Geschlechtsgenossen wichtig sei.
6. Im Haushalt ist die Emanzipation noch nicht angelangt. Sie ist unverändert in der Hauptsache die Aufgabe der Frau.
7. Der Wunsch nach einem Kind ist ausgeprägt. Die Bedingungen, ihn erfüllen zu können, wird von den meisten Frauen und Männern aber als erschreckend ungünstig wahrgenommen. Als besonders belastend werden Defizite in den Betrieben empfunden. Außerdem vermuten die Frauen irrtümlich, dass Kinder für Männer kein Thema sei. „Frauen könnten hier Männern mehr zutrauen, als sie das tun.“ (Seite 61)
8. Frauen und Männer wünschen sich gleichermaßen, in der Woche weniger Stunden zu arbeiten, als sie es müssen.

Natürlich gibt es noch Einiges mehr, das hier nicht zur Sprache kommen kann. Ein wenig zu bedauern ist, dass sich die starke Differenzierung der soziodemographischen Angaben in den Fragebögen in der Auswertung nur zum Teil wiederfindet. Aber es ist nicht der Zweck dieser Veröffentlichung, zur wissenschaftlichen Debatte beizutragen, sondern wissenschaftliche Ergebnisse für eine breite Leserschaft in interessanter Weise auszubereiten. Diesen Zweck erfüllt die Studie in jedem Fall.

Jutta Allmendinger
 Sophie Krug von Nidda
 Vanessa Wintermantel

LEBENSENTWÜRFE
 JUNGER FRAUEN UND
 MÄNNER IN BAYERN

FRIEDRICH
 EBERT
 STIFTUNG
 BAYERNFORUM



Studie

Jutta Allmendinger, Sophie Krug von Nidda, Vanessa Wintermantel, Lebensentwürfe junger Frauen und Männer in Bayern, Studie im Auftrag des BayernForums der Friedrich-Ebert-Stiftung

Handbook of Family Policies across the Globe

Prof. Dr. Dr. Klaus Stüwe

Direktor des ZFG

Prof. Dr. Klaus Stüwe ist Inhaber des Lehrstuhls für Vergleichende Politikwissenschaft an der KU. Seit 2014 ist er Direktor des Zentralinstituts für Ehe und Familie in der Gesellschaft (ZFG).



Familienpolitik hat seit einigen Jahren nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Staaten der Welt enorm an Bedeutung gewonnen. Viele Länder verstärken ihre familienpolitischen Aktivitäten, um die Familie als Institution zu fördern und die einzelnen Familienmitglieder bei der Erfüllung familialer Aufgaben zu unterstützen. Doch mit welchen Motiven wird Familienpolitik betrieben? Welche Formen und Ziele haben familienpolitische Maßnahmen im internationalen Vergleich? Die Beantwortung dieser Fragen unternimmt das englischsprachige „Handbook of Family Policies Across the Globe“, das 2014 von der am Queens College lehrenden Familienwissenschaftlerin Mihaela Robila herausgegeben wurde.

Wie in der Einleitung selbstbewusst angekündigt wird, soll das Handbuch eine umfassende Analyse von Familienpolitiken auf der ganzen Welt bieten. Hierfür wurden insgesamt 28 Länder auf sechs Kontinenten ausgewählt und in jeweils

eigenen Kapiteln dargestellt. Leider wird jedoch nicht erläutert, nach welchen Kriterien die Länderauswahl erfolgte. So sucht man z. B. im Europa-Kapitel vergeblich nach Frankreich oder Großbritannien, während z. B. die Türkei und Moldawien berücksichtigt wurden. Zudem gibt es auch ein Ungleichgewicht zwischen den Kontinenten: Während in Europa insgesamt elf Länder analysiert werden, sind es in Südamerika gerade einmal drei.

Die Länderauswahl ist sehr heterogen; erfasst wird eine große Bandbreite verschiedenster Staaten und politischer Systeme. So werden bevölkerungsreiche Länder wie Indien (1,2 Mrd. Einwohner) ebenso berücksichtigt wie Island mit seinen 320.000 Einwohnern. Reiche Staaten wie die USA stehen neben ärmeren wie Sierra Leone. Demokratien und Autokratien (China) finden sich gleichermaßen.

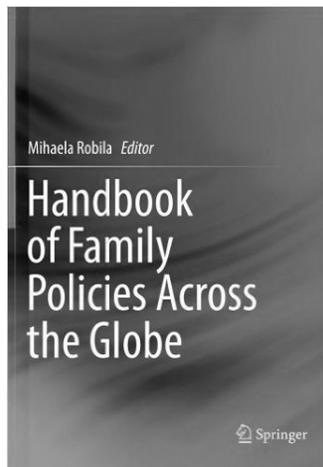
Die Länderstudien selbst sollten nach den Vorgaben der Herausgeberin alle

nach einem ungefähr gleichen Muster aufgebaut sein. Demnach soll jedes Kapitel mit Ausführungen über die Folgen des jeweiligen historischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Kontexts für die Familien beginnen. Dann soll eine Darstellung der Familiensituation folgen, bevor anschließend die wichtigsten familienpolitischen Entwicklungen dargestellt werden. Auch hier ist wohl eine gewisse Systematik vorgesehen, die sich an Aspekten wie Familienrecht, Mutterschutz und Hilfen für sozial schwache Familien orientiert. Für den Schluss werden jeweils familienpolitische Empfehlungen angekündigt.

Tatsächlich aber wird dieses Analyseraster von den einzelnen Beiträgen nur ansatzweise eingehalten. Schon die Unterüberschriften der Länderkapitel sind höchst unterschiedlich; auch der Umfang - und damit meist auch die Tiefe - der einzelnen Studien fällt recht verschieden aus. 13 Seiten beschäftigen sich beispielsweise mit der Familienpolitik in Deutschland; bei Botswana sind es 10 Seiten, während Kolumbien über 16 Seiten gewidmet werden.

Studiert man die Analysen im Einzelnen, findet man sicherlich viel Informatives. Der Rezensent hat in den Kapiteln über Länder, mit deren Familienpolitik er bislang nicht vertraut war, einen schönen Überblick gewonnen. Vor allem die Darstellungen der Familienpolitik in Spanien und Portugal sind gut gelungen. Schwach ist hingegen das Deutschlandkapitel, das sich stark mit ökonomischen Trends und arbeitsmarktpolitischen Reformen zwischen 2000 und 2012 befasst. Die These

(S. 150), Deutschland müsse mehr gegen wachsende Armut und Langzeitarbeitslosigkeit tun, um den demographischen Wandel erfolgreich bekämpfen zu können (andernfalls komme es zu sozialen Unruhen), ist geradezu abenteuerlich. Die Familienpolitik im autoritär regierten China wird hingegen ziemlich positiv bewertet: „the Chinese family policies (...) address the welfare of children, women, the elderly, the vulnerable, and the disabled“ (S. 259).



Erstaunlich, dass es nicht gelungen ist, in diesem Handbuch eine einheitliche Systematik der Länderanalysen zu realisieren. Zwar wird eingangs kurz erwähnt, dass zwischen expliziter und implizierter Familienpolitik unterschieden werden müsse, aber der analytische Rahmen, der sich damit angeboten hätte, wird nicht aufgenommen. Dies macht einen länderübergreifenden Vergleich, für den sich

mit dieser Publikation eine Chance geboten hätte, schwer. Auch eine Zusammenfassung oder einen systematischen Überblick gibt es nicht. Im kurzen Einleitungskapitel werden die wichtigsten Ergebnisse der einzelnen Länderanalysen lediglich knapp resümiert. Der Versuch länderübergreifender Typisierung wird nicht unternommen. Wenn die wichtigsten Aspekte von Familienpolitik wenigstens tabellenartig im Vergleich nebeneinandergestellt worden wären, hätte die Publikation sehr profitiert.

Von Nachteil ist schließlich auch, dass sich die angegebene Literatur auf englischsprachige Arbeiten beschränkt. Dies eröffnet familienpolitischer Forschung zwar

Rezension

einem größeren internationalen Leserkreis, führt aber dazu, dass wichtige Studien, die in der Sprache des jeweils analysierten Landes erschienen, nicht berücksichtigt werden konnten. Aus diesem Grund fehlen in einer Reihe von Länderstudien die Namen von zentralen Autorinnen und Autoren.

Zusammenfassend: Für einen internationalen Leserkreis ohne große Vorkenntnisse, der einen ersten Überblick über die Familienpolitik in 28 Ländern sucht, ist das Buch sicher geeignet. Wer sich jedoch eine systematische Darstellung und einen länderübergreifenden Vergleich erhofft, wird enttäuscht werden. Das Handbuch lässt am Ende mehr Fragen offen als es beantwortet.

Das Buch

Mihaela Robila (ed.), *Handbook of Family Policies Across the Globe*. New York 2014 (Springer), S. 488.



KATHOLISCHE UNIVERSITÄT
EICHSTÄTT-INGOLSTADT

Z | F G

Zentralinstitut
für Ehe und Familie
in der Gesellschaft
Center for marriage
and family in society

Familienleben unter
besonderen Bedingungen
Religion und Familienkultur
Wertewandel
Sozialpolitische Herausforderungen
Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Familienwissenschaft



www.ku.de/zfg

FORSCHUNG
AM ZFG

Amor im Netz?

Wer nutzt das Internet oder auch spezielle Online-Datingbörsen für die Partnersuche?

Jasmin Gotschke, M.Sc.

Wissenschaftliche Mitarbeiterin des ZFG



Sie studierte an der Universität Rostock. Ihren Bachelor absolvierte sie in Sozialwissenschaften mit den Schwerpunkten Demographie, Volkswirtschaftslehre und empirische Sozialforschung. Ihren Master in Demographie (Schwerpunkt Empirie) beendete sie mit einer Thesis der empirischen Wirtschaftsforschung und analysierte den Einfluss subjektiver Einstellungen auf das individuelle Sparverhalten privater Haushalte. Ihr besonderes Interesse gilt der Familien-, Gesundheits- und allgemeinen Sozialforschung.

Einleitung

Bildungseinrichtungen wie Universitäten sowie der Arbeitsplatz waren und sind die Partnermärkte schlechthin. Doch wo suchen die, die dort die Liebe verpasst haben? Wo schauen sich diejenigen um, deren Freundeskreis, Nachbarschaft und andere Bereiche des alltäglichen Lebens hinsichtlich der Partnerwahl wenig erfolgsversprechend sind? Die Singlebörse „Friendscout“ antwortet darauf mit ihrem ehemaligen Slogan „So verliebt man sich heute“. Mit seiner Vielzahl¹ an Möglichkeiten wie Chatrooms, sozialen Netzwerken, Singlebörsen sowie Partnervermittlungen verspricht das Internet den größtmöglichen Erfolg bei der Partnersuche (vgl. Schulz 2011).

Aufgrund steigender Instabilität von Partnerschaften ist sich auch Expertin Wiebke Neberich² sicher, dass die Nachfrage bezüglich Partnervermittlungen im Netz weiterhin steigen wird. Zudem prognostizierte Bitkom-Spezialist Tobias Arns³, dass durch Dating-Apps auf dem Smartphone die Nutzung des Onlinedatings weiterhin zunehmen wird. Laut einer repräsentativen Studie von Bitkom 2014 haben bisher rund 9 Millionen Deutsche einen Partner im Internet gesucht. Jeder achte nutzte zur Unterstützung Partnervermittlungen wie eDarling, Elite-Partner oder Parship (vgl. Bitkom 2014, Rauch 2013). Für die

² Dr. Wiebke Neberich ist wissenschaftliche Sprecherin für die Online-Partnervermittlung eDarling. Derzeit ist sie Dozentin an der International Psychoanalytic University (IPU) in Berlin.

³ Tobias Arns ist Bereichsleiter Social Media & E-Commerce beim Hightech-Verband BITKOM e.V.

¹ Es gibt über 2.700 Internetseiten, die sich auf die Partnersuche fokussieren (vgl. Schulz & Zillmann 2009).

Generation Web 2.0 ist die Liebe nicht mehr rein zufällig und impulsiv, sondern ein planbares Ereignis, das durch das Internet ermöglicht wird. Christian Schmitz⁴ äußerte sich dazu mit den Worten: „Partnersuche via Internet galt vor fünf Jahren noch als unromantisch – bald gilt es vielleicht als normal und irrational, es nicht zu tun“ (Schmitz in Absatzwirtschaft 2011). Vor allem für Personen, die mit dem Internet aufgewachsen sind, besteht kein relevanter Unterschied zwischen dem Online- oder Offline-Kontaktknüpfen. Seit über 15 Jahren entwickelt sich dieser Partnermarkt und erlangte gesellschaftliche Akzeptanz. Die Ergebnisse einer Studie von Statista bestätigen diese Aussagen. Seit 2003 ist die Zahl der Mitgliedschaften in Onlinedating-Börsen stark angestiegen. Während 2003 3,5 Millionen aktive Nutzer von Datingbörsen registriert wurden, suchten 2014 mehr als doppelt so viele (8,2 Mio) Personen einen Partner bei entsprechenden Anbietern (vgl. Voirol & Dröge 2011; Statista-Dossier 2015).

Ein Argument für die Partnersuche im Netz bzw. die Mitgliedschaft bei einer Datingbörse ist die Möglichkeit für Singles, Kontakte mit Personen zu knüpfen, die sie in der „realen“ Welt möglicherweise nie kennengelernt hätten. Dieser potenzielle Zugewinn von Kontaktmöglichkeiten in Verbindung mit der Anonymität, einer geringeren Hemmschwelle und dem geringeren Druck des Kennenlernens ohne Verpflichtungen stellen nur einige Vorteile des Onlinedatings dar und führen zu einem regelrechten Boom dieser Branche. 2004 lag der Umsatz der Datingbörsen in Deutschland bereits bei 44,8 Millionen Euro, welcher sich nach zehn Jahren auf 191,6 Millionen Euro mehr als vervierfach-

te (vgl. Geser 2006, Spitzer-Prochazka 2010, Statista-Dossier 2015).

Im Folgenden wird die Frage: „Wer nutzt im Allgemeinen das Internet bzw. Datingbörsen zum Flirten oder für die Partnersuche?“ untersucht. Einen Ansatz lieferten Schulz et al. (2008) mit ihrem Workingpaper „Wer nutzt Internetkontaktbörsen in Deutschland“. Dabei gingen sie auf soziostrukturelle Aspekte bezüglich der Nutzer ein. In dieser Analyse werden neben diesen Merkmalen zusätzlich individuelle Charaktereigenschaften sowie gewisse Einstellungen der Nutzer näher betrachtet. Dementsprechend werden Erkenntnisse darüber gewonnen, ob Onlinedater eher extro- oder introvertiert, attraktiv oder unscheinbar sowie depressiv oder glücklich sind. Mittels empirischer Analysen des Datensatzes Pairfam werden die formulierten Hypothesen, abgeleitet aus der Theorie und dem aktuellen Forschungsstand, geprüft. Abschließend erfolgen eine Diskussion der Forschungsergebnisse und ein Resümee.

Theoretische Vorüberlegungen, Stand der Forschung und Hypothesen

Zu Beginn werden soziodemographische und -ökonomische Merkmale analysiert. Darunter zählen die Geburtskohorten als Abbild des Alters der Befragten, das Geschlecht, das Bildungsniveau und Nettoeinkommen. Weiterhin wird untersucht, ob die Variable „verfügbare Zeit“ einen Einfluss darauf hat, eher online einen Partner zu suchen. Das Vorhandensein von Kindern sowie die wöchentliche Arbeitsbelastung in Stunden sind adäquate Variablen zur Darstellung verfügbarer Zeit für die Partnersuche. Im dritten und letzten Schritt werden Einstellungsvariablen herangezogen. Diese

⁴ Dr. Andreas Schmitz ist Soziologe und beschäftigte sich jahrelang mit dem Forschungsgegenstand Online-Dating.

entsprechen der Zufriedenheit mit dem Singledasein, der Intensität des Partnerwunsches, den Chancen auf dem Partnermarkt, der Einschätzung der eigenen Persönlichkeit, dem allgemeinen Befinden, der Zufriedenheit mit dem aktuellen Sexualleben und der Schätzung der Anzahl derzeitiger Freunde. Vor allem für diese Determinanten finden sich wenige wissenschaftliche Theorien, die diese möglichen Zusammenhänge thematisiert haben. Der Fokus liegt vor allem auf diesen Faktoren, und das nicht zuletzt aufgrund der aktuell gegebenen Datenlage. Der Pairfam-Datensatz ist mit seinen enthaltenen Fragekomplexen für diese Analyse und zugleich zur Beantwortung der Forschungsfrage geeignet. Eine hinreichende Voraussetzung für die Online-Partnersuche ist ein Computer mit Internetzugang. Da in dieser Betrachtung die Befragten nicht älter als 43 Jahre alt sind und 86,8% (2014) aller Deutschen das Internet nutzen, wird angenommen, dass die Voraussetzung eines Internetzugangs erfüllt ist (vgl. Statista 2015). Schulz und Zillmann (2009) fassten die Ergebnisse für Deutschland (Schulz et al. 2008), die USA (Sautter et al. 2006, Hitsch et al. 2006, 2009), Kanada (Brym & Lenton 2001) und die Schweiz (Bühler-Ilieva 2006, Geser 2007) zusammen.

Der durchschnittliche Nutzer einer Datingbörse ist „eher männlich, jünger, höher gebildet, lebt in einem Haushalt mit höherem Einkommen, [...], auf der Suche nach einer festen Partnerschaft und verfügt über verhältnismäßig hohe Kompetenzen im Umgang mit dem Internet“ (Schulz & Zillmann 2009). In dieser Analyse werden weitere Theorien und Forschungsstände herangezogen, sodass manche Hypothesen in entgegengesetzter Richtung formuliert werden. Dabei kamen der Verfügbarkeitseffekt, der Jahrgangseffekt, die ökonomische Theorie der Familie, die Bildungsexpansion, das traditionelle Rollenmuster, der Time-Availability Ansatz, die Rational Choice Theorie und das erotische Kapital zum Tragen⁵. Anhand derer und von Ergebnissen abgeschlossener Studien wird angenommen, dass die Nutzer des Internets für die Partnersuche eher „junge, männliche, sozialversicherungspflichtig erwerbstätige, extrovertierte Singles mit Kindern sind, die unzufrieden mit ihrem Singledasein sind, einen Partnerwunsch hegen, ihre Chancen auf dem Partnermarkt jedoch eher gering einschätzen, zufrieden mit ihrem Sexualleben sind und einem kleineren überschaubaren Freundeskreis angehören“. Dies entspricht einer Zusammenfassung aller aufgestellten Hypothesen. Zudem wird angenommen, dass sich Singles, die mittels Internet (allgemein) einen geeigneten Partner suchen von „Onlinedatern“, welche speziell in kostenpflichtigen Partnerbörsen registriert sind, unterscheiden. Bezüglich dieser wird die Hypothese aufgestellt, dass sie eher „ältere, männliche, introvertierte, höher gebildete Singles mit höherem Einkommen sind, die unzufrieden mit ihrem Singledasein sind, einen Partnerwunsch hegen, ihre Chancen auf



⁵ Detaillierte Erklärungen zur Hinführung der Hypothesen finden sich im Workingpaper.

dem Partnermarkt eher gering einschätzen, unzufrieden mit ihrem Sexualleben sind und ebenfalls einem kleineren überschaubaren Freundeskreis angehören“.

Daten & Methoden

Die empirische Untersuchung der Singles, die das Internet und diejenigen, die Datingbörsen als Instrument der Partnersuche nutzen, erfolgt mit den Daten der sechsten Welle des Beziehungs- und Familienpanels (Pairfam) aus dem Jahr 2013/2014. 6.574 Probanden beantworteten den Fragebogen. Nach dem Ausschluss von Personen in einer Partnerschaft sowie derjenigen, die als fehlende Werte⁶ bei den exogenen Variablen geführt werden, verringert sich die Fallzahl auf 1.324 Singles, die letztendlich für die Analyse zur Verfügung stehen. Davon sind 384 Personen (29%) aktiv im Netz auf der Partnersuche. Davon suchen Männer (33,4%) häufiger als Frauen (22,4%). Über die Hälfte der Probanden (54,3%) gehört der 91-93er Kohorten an und befindet sich im Alter von Anfang bis Mitte Zwanzig. Aufgrund dessen ist ein großer Anteil der Befragten Student (35,6%), die Mehrheit (40%) hingegen weist ein mittleres Bildungsniveau auf. Abgesehen von den fehlenden Angaben beim Nettoeinkommen erhält der Großteil ein mittleres Einkommen (28,7%). Eine detaillierte Beschreibung der Analytestichprobe befindet sich im Workingpaper. Im Anschluss an die Häufigkeitsauszählung wurden Korrelationsanalysen durchgeführt. Zwischen dem Nettoeinkommen, der Elternschaft, dem allgemeinen Befinden sowie der Anzahl von Freunden und der Partnersuche im Netz ist kein signifikanter

Zusammenhang erkennbar. Bei der Betrachtung der Exogenen und der Nutzung von Partnerbörsen werden Unterschiede zur Nutzung des Internets im Allgemeinen für die Partnersuche sichtbar. Es ist erkennbar, dass der Großteil der Einstellungsvariablen nicht mit der Nutzung von Partnerbörsen korreliert. Lediglich die Zufriedenheit mit dem Singledasein und das Vorhandensein eines Partnerwunsches korrelieren statistisch hoch signifikant mit der Endogenen. Nur wenige Variablenpaare wie das Alter und die Elternschaft, das Bildungsniveau sowie die wöchentliche Arbeitszeit und das Nettoeinkommen verweisen auf Multikollinearität, während die Ergebnisse der restlichen Variablenkonstellationen keinen Zusammenhang aufzeigen. Demnach kann davon ausgegangen werden, dass keine Multikollinearität vorliegt. Im letzten Schritt werden logistische Regressionsmodelle geschätzt, die Aussagen über die Chance und die Wahrscheinlichkeit zur Nutzung des Internets für die Partnersuche wie auch Nutzung von Partnerbörsen zulassen. Aufgrund der zwei dichotomen abhängigen Variablen wurde die Maximum-Likelihood-Methode verwendet.

Diskussion der Ergebnisse & Fazit

Abschließend sollen die wichtigsten Ergebnisse dieser Arbeit kurz dargestellt werden. Es wurde der Einfluss von Charaktereigenschaften und subjektiven Einschätzungen auf die Nutzung des Internets für die Partnersuche und in einem separaten Exkurs der Einfluss dieser auf die Nutzung von Datingbörsen untersucht. Neben den verhaltenspsychologischen Variablen wurden auch die soziostrukturellen Variablen betrachtet. Tabelle 1 macht einen Vergleich beider Analysen möglich. Generell wird sichtbar, dass im ersten Modell deutlich mehr Signifikan-

6 Sofern diese eine maximale Menge von zehn für beide Geschlechter nicht überschreiten. Bei über 10 fehlenden Angaben wird eine Missingkategorie gebildet.

zen vorhanden sind. Bei der Betrachtung der Nutzung der reinen Partnerbörsen ist zu erkennen, dass vor allem die soziodemographischen und –ökonomischen Variablen wie Kohorte, Geschlecht und Bildung einen statistisch signifikanten Einfluss ausüben. Die Kohorte hat einen statistisch signifikanten Einfluss auf die Nutzung des Internets für die Partnersuche sowie auf die Nutzung von Partnerbörsen. In beiden Modellen hat das Geschlecht einen statistisch signifikanten Einfluss. Männer haben eine 77,4% höhere Chance, das Internet für die Suche nach einer Lebensgefährtin zu nutzen als Frauen. Dieses Ergebnis wurde auch für die Teilnahme an Partnerbörsen erwartet. Diesbezüglich muss die Annahme jedoch verworfen werden. Weibliche Singles haben eine 2,5-fach höhere Chance in Partnerbörsen registriert zu sein als männliche Singles. Zudem haben Hochgebildete eine 3,8-fach höhere Chance der Nutzung dieses Onlineangebots im Vergleich zu ihren Pendants. Das Einkommen hat in beiden Modellen keinerlei Einfluss. Zudem kann festgestellt werden, dass die Variablen zur Bestimmung verfügbarer Zeit lediglich bei der Nutzung des Internets für die Partnersuche Einfluss ausüben. In beiden Modellen wird sichtbar, dass eine steigende Zufriedenheit mit dem Singledasein einen negativen Effekt auf die Online-Partnersuche hat. In beiden Stichproben kann zudem die Aussage getroffen werden, dass Personen mit vorhandenem Partnerwunsch mit höherer Wahrscheinlichkeit das Internet als auch Partnerbörsen für die Suche nach einem Lebensgefährten nutzen als Personen, die unentschlossen sind, ob sie in nächster Zeit eine Beziehung eingehen wollen. Jedoch sind die Ergebnisse lediglich für die Nutzung des Internets statistisch signifikant. Bezüglich der Inanspruchnahme von Partnerbörsen lassen

sich nur noch bei der Persönlichkeit und der Einschätzung der Partnermarktchancen statistisch signifikante Ergebnisse finden. Alleinstehende, die ihre Chancen auf dem Partnermarkt durchschnittlich einschätzen, haben eine doppelt so hohe Chance bzw. eine sehr viel höhere Wahrscheinlichkeit, Partnerbörsen zu nutzen als Singles, die ihre allgemeine Attraktivität geringer einschätzen. Während die Anzahl von Freunden in beiden Modellen keinerlei Einfluss oder Trend aufzeigt, besitzen die Determinanten Persönlichkeit und Zufriedenheit mit dem Sexualleben statistisch signifikante Koeffizienten bei Modell 1. Extrovertierte Charaktere sowie Singles, die zufrieden mit ihrem derzeitigen Sexualleben sind, haben eine beinahe doppelt so hohe Chance im Netz nach einem geeigneten Partner zu suchen als ihre Pendants.

Die zu klärende Forschungsfrage lautete, wer im Allgemeinen das Internet sowie Partnerbörsen für die Suche nach einem geeigneten Lebensgefährten nutzt. Schlussendlich nutzen vor allem jüngere, männliche, sozialversicherungspflichtig erwerbstätige Singles mit Kindern das Internet zum Flirten und für die Partnersuche. Sie sind vor allem extrovertiert, unzufrieden mit ihrem Beziehungsstatus, hegen einen Partnerwunsch, schätzen ihre Chancen auf dem Partnermarkt durchschnittlich bis gut ein und sind zufrieden mit ihrem derzeitigen Sexualleben. Aufgrund von fehlender statistischer Signifikanz können hinsichtlich der Charaktereigenschaften von Onlinedatern nur wenige Aussagen getroffen werden. Die einzigen Erkenntnisse diesbezüglich sind, dass Singles mit unzufriedenem Beziehungsstatus und mit durchschnittlichen Partnermarktchancen eine höhere Wahrscheinlichkeit aufzeigen, in Partnerbörsen registriert zu sein als ihre

Tabelle 1: Vergleich beider logistischen Modelle

Variablen	Ausprägungen	Internet (Modell 1)			Partnerbörse (Modell 2)		
		Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt
Kohorte	71-73er (Ref.)	1	1	1	10.790***	0.241	4.308**
	81-83er	1.638°	1.340	1.672*	5.334**	0.135°	2.317*
	91-93er	1.880*	0.725	1.540°	1	1	1
Geschlecht	Mann (Ref.)			1.774***			1
	Frau			1			2.503**
Bildungs- niveau	derzeit Student	0.775	0.367*	0.609°	0.843	5.380	1.450
	niedriges	1	1	1	1	1	1
	mittleres (Ref.)	0.998	0.478°	0.800	0.966	3.297	1.002
	hohes	1.636	0.290*	0.960	2.210	240.284**	3.777*
Ein- kommen	niedriges (Ref.)	1	1	1	1	1	1
	mittleres	0.935	0.618	0.800	0.460	3.317	0.966
	(sehr) hohes	1.042	0.338	0.765	0.405	0.069	0.491
	Missings	0.948	0.208°	0.660	0.223	7.610	0.555
Arbeits- zeiten	bis 20h (Ref.)	1	1	1	1	1	1
	21 bis 40h	1.971°	2.849*	2.163**	3.865	0.951	1.351
	über 40h	1.507	4.397**	2.044*	2.326	1.596	0.957
	Missings	1.457	11.394*	2.437*	10.838	0.035°	1.455
Eltern- schaft	nein (Ref.)	1	1	1	1	1	1
	ja	1.784°	1.834	2.085***	0.379°	6.331°	0.634
Single- dasein	unzufrieden (Ref.)	1.553°	1.609	1.551*	2.736°	3.546	2.187°
	unentschlossen	0.940	1.316	1.083	1.031	1.310	1.182
	zufrieden	1	1	1	1	1	1
Partner- wunsch	unentschlossen (Ref.)	1	1	1	1	1	1
	ja	1.697**	1.677*	1.654***	1.446	2.918	1.579
Partner- markt- chancen	schlecht (Ref.)	1	1	1	1	1	1
	mittelmäßig	1.418	1.485	1.374°	2.028	2.402	2.018°
	gut	1.501°	1.564	1.513*	1.234	1.355	1.212
	Missings	1.084	0.561	0.906	1.000	5.689	1.170
Persönlich- keit	introvertiert (Ref.)	1	1	1	0.920	1.325	0.997
	normal	1.766°	0.968	1.484	0.238*	1.740	0.430°
	extrovertiert	1.996*	2.021*	1.903**	1	1	1
allgemeines Befinden	depressiv	1.048	0.789	0.949	0.246	3.372	1.059
	normal	1.055	1.814*	1.297°	0.859	0.867	0.972
	(sehr) gut (Ref.)	1	1	1	1	1	1
	Missings	1.005	1.111	1.151	1.644	1.000	1.130
Zufrieden- heit Sex- leben	unzufrieden (Ref.)	1	1	1	0.664	4.100*	1.242
	normal	1.334	1.549	1.352°	1.191	0.845	1.450
	zufrieden	1.719*	2.857***	2.003***	1	1	1
	Missings	0.866	0.901	0.877	0.769	0.451	0.680
Anzahl Freunde	max. 2 (Ref.)	1	1	1	1	1	1
	3 - 10	1.660°	1.251	1.360	0.441	0.551	0.662
	über 10	1.606	0.972	1.261	0.265°	0.825	0.550
Regressionskonstante		0.028***	0.045***	0.025***	0.082	0.029*	0.071**
N		793	531	1324	264	116	381
Likelihood-Ratio (Chi²-) Test		66.490***	68.160***	121.380***	68.980***	51.290**	78.450***
Mc Faddens Pseudo-R²		0.066	0.121	0.076	0.232	0.3333	0.171
adjustiertes R²		0.008	0.018	0.038	0.037	-0.031	0.040

Anmerkungen: Signifikanzniveau: $p < 0,001$ = höchst signifikant (***); $p < 0,01$ = hoch signifikant (**); $p < 0,05$ = signifikant (*); $p < 0,1$ = borderline-signifikant (°), Referenzkategorie (Ref.) jeweils in Klammern angegeben

(Quelle: Pairfam 2013/14, eigene Berechnungen, eigene Darstellungen)

Pendants. In Hinsicht auf ihre soziodemographischen und -ökonomischen Eigenschaften war zu erkennen, dass vor allem ältere, weibliche und hoch gebildete Singles eine höhere Chance haben virtuelle Partnerbörsen für die Suche nach dem „Einen“ zu nutzen.

Ausblick

Das Thema Partnerbörsen ist so aktuell wie nie, und dennoch stehen Wissenschaftler einer unausgereiften Datenlage gegenüber. Der Pairfam war diesbezüglich ein geeigneter und repräsentativer Datensatz. Jedoch hat dieser das Thema „Partnermarkt Internet“ erst vor zwei Jahren in seinen Fragenpool aufgenommen. Es ist von großem Interesse, den Fragenblock „Module für Singles“ weiterhin beizubehalten und sogar auszubauen, um tiefere Untersuchungen durchzuführen und weitere Erkenntnisse zu erlangen. Des Weiteren sollte die Frage zur Internetnutzung: „Nutzen Sie das Internet – also [...] oder Online-Partnerbörsen - um zu flirten oder einen Partner zu finden?“ aufgespalten werden, da es beachtliche Unterschiede zwischen dem reinen Flirten und einer Partnersuche gibt. Letzteres erfordert ernsthafte Absichten. Weitere Erkenntnisse können gesammelt werden, indem auch Personen in Beziehungen zu diesem Thema befragt werden sowie Probanden verschiedener Länder. Letztendlich sollte diese Thematik in repräsentativen Datensätzen, die das Thema Partnerschaft und Familie betreffen, einen höheren Stellenwert erlangen, da das Onlinedating weiterhin zunehmen und folglich mit den bisherigen Partnermärkten gleichziehen wird.

Literaturverzeichnis (Auswahl)

Bühler-Ilieva, Evelina. „Einen Mausclick von mir entfernt. Die Entstehung von Partnerbeziehungen online.“ In: *Medienheft*. (Katholischer Mediendienst, Reformierte Medien 2003): 1-7.

Schmitz, Andreas, „Onlinedating als Partnermarkt. Theoretische Charakteristika und methodologisches Potenzial.“ In: Häring, A. et al. (Hrsg.), *Der Partnermarkt und die Gelegenheiten des Kennenlernens. Der Partnermarktsurvey*. (Springer VS: Wiesbaden 2014), 111- 136.

Schulz, Florian; Zillmann, Doreen „Das Internet als Heiratsmarkt. Ausgewählte Aspekte aus Sicht der empirischen Partnerwahlforschung.“ *Ifb-Materialien* (4/2009): 3- 23.

Skopek, Jan, „Nutzung von Online-Kontaktbörsen in Deutschland.“ In: *Partnerwahl im Internet*. (Springer VS: Wiesbaden 2012): 91- 115.

Statista-Dossier , *Onlinedating - Statista-Dossier*. (Statista GmbH: Hamburg 2015): 6- 26.

Familienfreundlichkeit und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den deutschen (Erz-)Bistümern

Marion Kühn, M.A.

Wissenschaftliche Mitarbeiterin des ZFG

Sie absolvierte ihren Bachelor in Politikwissenschaft und Geschichte an der Universität Regensburg und anschließend den Master der Empirischen Politik- und Sozialforschung an der Universität Stuttgart. Ihre Dissertation verfasst sie zum Thema „Familienpolitische Modelle im Wohlfahrtsstaat – ein europäischer Vergleich“. Zu ihren Forschungsschwerpunkten zählen insbesondere sozialpolitische Fragestellungen und die Werteforschung.



Der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und dem Angebot familienfreundlicher Maßnahmen für Beschäftigte wird eine große Bedeutung beigemessen. Dies ist nicht nur der Tenor der aktuellen Forschungsdiskussion, sondern es bestätigt sich auch immer wieder in Umfragen, wie beispielsweise bei einer Online-Befragung von Gleichstellungsbeauftragten, Mitarbeitervertretern und Personalverantwortlichen, die das Zentralinstitut für Ehe und Familie in der Gesellschaft (ZFG) im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz durchführte. Die Deutsche Bischofskonferenz, die, wie die Vergabe dieses Projekts zeigt, über hohes Familienbewusstsein verfügt, wünschte sich eine Bestandsaufnahme aller familienfreundlichen Maßnahmen, die in den einzelnen Ordinariaten angeboten werden.

Um einen besseren Überblick über die einzelnen Angebote zu bekommen, die Bedürfnisse der Beschäftigten besser ein-

schätzen zu können und Handlungsbedarfe zu erfassen, entwickelte das ZFG ein spezielles Messkonzept. Dieses basiert auf vier verschiedenen Handlungsfeldern und kann in mehreren Stufen umgesetzt werden. Im aktuellen Projekt, das von Februar bis Oktober 2015 lief, wurde eine Bestandsaufnahme durchgeführt durch eine Befragung der Personalverantwortlichen, durch eine Online-Befragung, die sich an Gleichstellungsbeauftragte, Mitarbeitervertreter und Personalverantwortliche zur Bewertung der einzelnen Maßnahmen, richtete und durch persönliche Interviews mit Gleichstellungsbeauftragten, um spezifische Fragestellungen zu klären. Die vier Handlungsfelder, die als grundlegende Messkonzepte dienen waren: Möglichkeiten der Arbeitszeitgestaltung, Angebote für Eltern und Elternzeit, Betreuungsmöglichkeiten für Kinder und Angehörige sowie Familienserviceangebote. Das Messkonzept schließt sich an gängige Studien an und ermöglicht so ei-

nen Vergleich mit anderen Projekten und mit der freien Wirtschaft.¹

Die Relevanz des Themas Familienfreundlichkeit ist unbestritten und wird in der Forschung intensiv thematisiert.² Vorteile einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, was auch oft unter dem Begriff Work-Life-Balance gefasst wird, werden sowohl für die Arbeitgeber als auch für die Arbeitnehmer gesehen. So wird für die Arbeitnehmer angeführt, dass sich durch Vereinbarkeitsmaßnahmen die Karrierechancen für Frauen erhöhen, die Beschäftigungsfähigkeit und Gesundheit der Arbeitnehmer erhalten wird und Stressfaktoren reduziert werden können. Die Arbeitgeber wiederum profitieren von familienfreundlichen Maßnahmen, weil sie so die Motivation der Beschäftigten erhöhen können, eine Fachkräftesicherung betreiben können, sich Einarbeitungskosten sparen, Krankheits- und Ausfallzeiten reduzieren und die Beschäftigten nach kurzen familiären Auszeiten schneller wieder an den Arbeitsplatz zurückkehren (vgl. Rump et al. 2008). Schon diese kurze Ausführung macht deutlich, welchen Stellenwert Work-Life-Balance Maßnahmen in der modernen Arbeitswelt einnehmen.

„...welchen Stellenwert Work-Life-Balance Angebote in der modernen Arbeitswelt einnehmen“

Flexible Arbeitszeiten erleichtern die Vereinbarkeit

Ein wichtiger Faktor für die Vereinbarkeit von Familien- und Pflegeaufgaben sind flexible Arbeitszeiten, die an die jeweilige Situation angepasst werden können.

Dafür sind Teilzeit- und Gleitzeitmodelle hilfreich. Wichtig sind dazu Arbeitszeitmodelle, die spontane Reaktionen auf bestimmte Situationen erlauben, sei es wegen eines plötzlichen Pflegefalls in der Familie oder der Erkrankung eines Kindes; aber auch schon das Ausfallen von Schulstunden kann eine schnelle Reaktion erfordern. Es hat sich gezeigt, dass Teilzeit- und Gleitzeitmodelle zu den Standardangeboten gehören, die in Deutschland ganz selbstverständlich für Arbeitnehmer zur Verfügung stehen. Schwieriger wird es mit dem Angebot an individuelleren Arbeitszeitmodellen; gerade Heimarbeits- oder Telearbeitsplätze können noch ausgebaut werden, und insgesamt fehlt es noch an Möglichkeiten, flexiblere Arbeitszeiten und Arbeitsorte zu realisieren.

Gute Angebote für Elternzeit und Wiedereinstieg

Mit dem Beginn einer Elternzeit eröffnet sich für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch ein neuer Lebensabschnitt. In diesem Zusammenhang ist es besonders wichtig, alles Notwendige für die Dauer der Elternzeit und den Wiedereinstieg danach mit dem Arbeitgeber zu klären. Dies vermittelt den Eltern Sicherheit, dem Arbeitgeber ermöglicht es eine bessere Planbarkeit. In den untersuchten Ordinarriaten ist das Angebot in diesem Be-

¹ Gängige Studien bzw. Projekte sind beispielsweise der Unternehmensmonitor Familienfreundlichkeit des BMFFSJ, die berufundfamilie gGmbH oder der Familienfreundliche Arbeitgeber, der von der Bertelsmann Stiftung erhoben wird.

² Vergleiche dazu beispielsweise: Kratzer 2015, Kirschten 2014, Gerlach und Schneider 2012, Buchwald und Wiener 2012 oder Esslinger 2007.

reich sehr gut; es werden verschiedene Ausstiegs- und Wiedereinstiegsgespräche angeboten, Kontakthalteprogramme während der Elternzeit initiiert, Informationsmaterialien zur Verfügung gestellt, Elternzeit bzw. Familienauszeiten über die gesetzlichen Regelungen hinaus angeboten. Selbstverständlich gelten diese Maßnahmen für Mütter und Väter gleichermaßen. Ausbaufähig sind dagegen noch Fortbildungsangebote während oder kurz nach der Elternzeit, bei denen idealerweise eine Kinderbetreuung angeboten wird.

Notfallmaßnahmen und Ferienbetreuung sehr wichtig

Gute Kinderbetreuungsmaßnahmen sind für Eltern sehr wichtig. Sie wollen ihr Kind in guten Händen wissen, während sie arbeiten und sich nicht selbst um ihr Kind kümmern können. Deshalb organisieren die Eltern die regelmäßige Betreuung selbst, suchen die Kita oder den Kindergarten aus oder verteilen die Betreuungsaufgaben innerhalb der Familie. Hier kann es – gerade in Ballungsräumen, in denen Betreuungsplätze knapp sind – sehr hilfreich sein, wenn der Arbeitgeber Vereinbarungen mit bestimmten Einrichtungen hat oder Empfehlungen ausspricht. Als wichtiger für Eltern haben sich aber sogenannte Notfallmaßnahmen erwiesen. Also Möglichkeiten, sich um das Kind zu kümmern, wenn eine unvorhergesehene Situation eintritt. Dabei kann es beispielsweise hilfreich sein, schnell und unbürokratisch einen Arbeitszeitausgleich zu nehmen, das Kind an den Ar-

beitsplatz zu bringen oder von zu Hause weiterzuarbeiten. Als weiteres Problem hat sich die Betreuung von Schulkindern während der Ferien herausgestellt. Deshalb erscheint es als besonders wichtig, dass der Arbeitgeber Ferienprogramme anbietet. Dies kann entweder in Kooperation mit städtischen oder kirchlichen Einrichtungen erfolgen oder es können auch eigene Programme angeboten werden.

Informationsveranstaltungen und Austausch für Menschen mit Pflegeverpflichtung

Es gibt in Deutschland immer mehr Menschen, die von einer Pflegeverpflichtung betroffen sind oder es bald sein werden; dies ist dem demografischen Wandel und der Überalterung der Gesellschaft geschuldet. Auch wenn dieses Thema in unserer Arbeitswelt immer noch ein Tabu ist und niemand gerne darüber spricht, sind Unterstützungsmaßnahmen sehr wichtig. Zum einen bieten sich Informationsveranstaltungen rund um das Thema Pflege an, die sich an alle interessierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter richten. Zum anderen ist es sehr hilfreich, Austauschmöglichkeiten zu schaffen, wo ein Erfahrungsaustausch, aber auch eine persönliche Beratung erfolgen kann. Auch das Angebot von Informationsmaterial ist sehr sinnvoll, da gerade gesetzliche Regelungen oft kompliziert formuliert sind und nicht alle Beschäftigten darüber Bescheid wissen.

ZFG
Zentrum für
die Gleichstellung
in der Gesellschaft
Gender Research
and Family in Society

Abschlussbericht (Kurzversion)

Marion Kühn M. A.
Prof. Dr. Klaus Stöwe

Maßnahmen der deutschen (Erz-) Bistümer
zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf
für Frauen und Männer



Familienserviceangebote zeigen Wertschätzung der Beschäftigten

Ein weiterer wichtiger Bestandteil von familienfreundlichen Maßnahmen sind Familienserviceangebote, die verschiedenste Bereiche und Leistungen umfassen können. Beispielsweise gehören Familientage, Informationsmaterialien, aber auch Zuschüsse zur Erstausrüstung von Säuglingen in diesen Bereich. Familienserviceangebote können sehr individuell ausgestaltet sein und je nach Größe und Möglichkeiten des Arbeitgebers variieren. Grundsätzlich gilt, dass diese Maßnahmen nicht teuer sein müssen, sondern nur einige kreative Ideen erfordern. Durch diese einfache Option wird die Zufriedenheit der Beschäftigten erhöht, es wird ihnen ein Gefühl der Wertschätzung vermittelt und so auch die Motivation gesteigert.

Frauenförderung als Bestandteil der Familienfreundlichkeit

Frauenförderung und Frauenquoten in Führungspositionen sind aktuell ein Thema, das auch politisch viel diskutiert wird. Fakt ist, dass es immer noch wenige Frauen in Führungspositionen gibt und dass es wichtig ist, Aufstiegschancen zu bieten. Denn die Anzahl von gut qualifizierten Frauen steigt immer mehr an und kann auch zur Bekämpfung des Fachkräftemangels genutzt werden. Insbesondere für Frauen ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine Herausforderung, deshalb gehört ein gutes Angebot an familienfreundlichen Maßnahmen unbedingt zur Frauenförderung. Dass in diesem Bereich noch ein großer Ausbaubedarf herrscht, ist unbestritten.

Fazit und Handlungsempfehlungen

Die große Bedeutung und die Vorteile familienfreundlicher Maßnahmen wurden auch in diesem Projekt für die Deutsche Bischofskonferenz wieder deutlich. Neben der Fachkräftesicherung ist auch eine verbesserte Work-Life-Balance, die zufriedener und gesündere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schafft, ein gutes Argument für die Bedeutung der Vereinbarkeitsthematik. So ist es auch wenig verwunderlich, dass die familienfreundlichen Angebote in den letzten Jahren deutlich mehr Beachtung finden und immer besser ausgebaut werden.

Aus den Ergebnissen dieser Studien und den Befunden aus der Forschungsliteratur lassen sich zehn konkrete Handlungsempfehlungen formulieren, die abschließend noch kurz vorgestellt werden.

1. Leitfäden zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf erstellen

Es muss einen regelmäßig aktualisierten Leitfaden zu allen familienfreundlichen Möglichkeiten des Arbeitgebers geben. Dieser sollte jedem Beschäftigten in gedruckter Form vorliegen, online abrufbar sein und bei Neueinstellungen verteilt werden.

2. Verbesserung der Informations- und Kommunikationsstrukturen

Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen über die familienfreundlichen Maßnahmen ihres Arbeitgebers Bescheid wissen, regelmäßig über Neuerungen informiert werden und Zugriff auf benötigte Informationen oder Ansprechpartner haben.

3. Kontakthalteprogramme mit Beschäftigten in Elternzeit, Pflegezeit oder Sonderurlaub initiieren

Um den Wiedereinstieg nach einer Auszeit zu erleichtern und die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu einer schnellen Rückkehr zu motivieren, sollten diese über aktuelle Vorgänge an ihrer Arbeitsstelle auf dem Laufenden gehalten werden.

4. Austauschmöglichkeiten für Menschen mit Pflege- oder Familienverpflichtung schaffen

Ratschläge, Tipps oder auch der persönliche Austausch über bestimmte Situationen mit Menschen, die ähnliche Erfahrungen gemacht haben, kann sehr hilfreich sein; deshalb ist es wichtig eine Plattform für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Familie und Pflegeverpflichtung zu schaffen, die einen unkonventionellen Kontakt ermöglicht.

5. Verbesserung der Kinderbetreuungsangebote durch Belegplätze in Kindertagesstätten und Aufnahmeempfehlungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Die Organisation der Kinderbetreuung kann sich für Eltern je nach Region und Alter der Kinder als schwierig gestalten. Deshalb ist es sinnvoll, Vereinbarungen mit Kinderbetreuungseinrichtungen zu treffen, je nach Bedarf Belegplätze zu reservieren oder Vereinbarungen einzugehen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Platzvergabe bevorzugt behandelt werden.

6. Kooperationspartner im Bereich Pflege finden

Ein Netzwerk für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Pflegeverpflichtung schaffen,

um ihnen Beratungsmöglichkeiten, Informationsveranstaltungen oder Betreuungsplätze vermitteln zu können.

7. Ferienprogramme anbieten

Besonders für Eltern mit schulpflichtigen Kindern ist es schwierig, ihre Kinder in den Ferien gut zu betreuen. Deshalb sollten Ferienprogramme angeboten oder vermittelt werden und diese Möglichkeit auch frühzeitig an die Beschäftigten kommuniziert werden.

8. Notfallmaßnahmen für Eltern anbieten

Es ist wichtig, Eltern für unvorhersehbare Situationen die Möglichkeit zu bieten, schnell darauf zu reagieren und ihre Kinder beispielsweise kurzfristig mit an den Arbeitsplatz zu bringen.

9. Verantwortung und Kompetenzen der Führungskräfte erhöhen

Führungskräfte müssen als erste Ansprechpartner ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gelten, sie müssen über familienfreundliche Maßnahmen Bescheid wissen, deren Umsetzung unterstützen und individuelle Möglichkeiten kennen.

10. Etablierung der Stelle einer/s Gleichstellungs- oder Familienbeauftragten als zentrale/r Ansprechpartner/in

Eine solche Stelle kann als Schnittstelle zwischen Beschäftigten und Führungsebene dienen, bei ihr kann die Koordination der notwendigen Maßnahmen liegen, sie kann Beratungsangebote machen, alle Informationen bündeln und Betroffenen weitervermitteln oder selbst beraten.

Literaturverzeichnis

Buchwald, Christina & Wiener, Bettina, *Employee branding als neue Personalstrategie. Familienfreundlichkeit als strategischer Vorteil.* (Baden-Baden: Nomos, 2012).

Esslinger, Adelheid Susanne (Hg.), *Erfolgreiche Umsetzung von Work-Life Balance in Organisationen. Strategien, Konzepte, Maßnahmen.* (Wiesbaden: Dt. Univ.-Verl. Wirtschaftswissenschaft, 2007).

Gerlach, Irene & Schneider, Helmut (Hg.), *Betriebliche Familienpolitik. Kontexte, Messungen und Effekte.* (Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden; Imprint: Springer VS, 2012).

Kirschten, Uta, *Work-Life-Balance. Herausforderungen - Konzepte - Praktische Erfahrungen.* (Renningen: expert (AKAD Forum, 3), 2014).

Kratzer, Nick (Hg.), *Work-Life-Balance - eine Frage der Leistungspolitik. Analysen und Gestaltungsansätze.* (Wiesbaden: Springer VS, 2015).

Rump, Jutta; Eilers, Silke; Groh, Sibylle, *Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Modeerscheinung oder ökonomische Notwendigkeit?* (Sternenfels: Verlag Wissenschaft & Praxis, 2008).

Evaluation der Familienbildungsangebote im Landkreis Eichstätt

Dipl. Päd. (Univ.) Susann Kunze

Ehemalige wissenschaftliche Mitarbeiterin des ZFG

Von Oktober 2010 bis September 2015 als wissenschaftliche Mitarbeiterin am ZFG tätig. Im Rahmen dieser Tätigkeit untersuchte sie unter anderem Stieffamilien und die Familienbildungsangebote im Landkreis Eichstätt.



Von September 2014 bis Juli 2015 fand eine breit angelegte wissenschaftliche Untersuchung zu den Familienbildungsangeboten im Landkreis Eichstätt statt. Das Zentralinstitut für Ehe und Familie in der Gesellschaft (ZFG) arbeitete dazu mit dem Jugendamt Eichstätt zusammen. Das Ziel der Untersuchung war es, die Familienbildungsprogramme der Region zielgruppenspezifisch weiter zu entwickeln. Mit rund 4100 Respondenten gehört diese Untersuchung deutschlandweit zu einer der größten ihrer Art.

Das Design dieser Studie ermöglichte es nicht nur, die Bedeutung von Familienbildungsmaßnahmen auf kommunaler Ebene herauszuarbeiten. Auch war es möglich, den Bedarf, die reale Nutzung und die Wirtschaftlichkeit der bestehenden Angebote zu analysieren. Daraus konnten konkrete Handlungsempfehlungen abgeleitet werden, die auf den Landkreis Eichstätt und seine Bevölke-

rung zugeschnitten sind. Dies erhöht die Planungssicherheit für Entscheidungsorgane bei der Implementierung von Familienbildungsangeboten und fördert die Familienfreundlichkeit von Kommunen.

Ausgangspunkt

Familienbildungsangebote bilden ein familienpolitisches Aktionsfeld, welches angesichts wachsender Mobilitäts- und Migrationsbewegungen in der Gesellschaft zunehmend an Bedeutung gewinnt. Auf kommunaler Ebene sieht sich der Landkreis Eichstätt mit drei Herausforderungen konfrontiert:

1. Die Aufgaben der Familie umfassen unter anderem die Fürsorge und Erziehung der Kinder, Alltagsbewältigung und Pflege der Partnerschaft. Die elterlichen Verhaltensweisen beeinflussen dabei die kindliche Entwicklung.

2. Die gesellschaftlichen Entwicklungen, also alles, was zu unserer schnelllebigen, komplexen und pluralen Gesellschaft gehört, verändern die Lebenswelten von Familien. Kinder wachsen so unter unterschiedlichen Bedingungen heran und Eltern sind in der Folge leichter verunsichert.
3. Auf kommunaler Ebene ist die Heterogenität des Eichstätter Landkreises eine Herausforderung. Diese hat unterschiedliche Mobilitätsanforderungen für Eltern zur Folge.

Zusammengenommen stehen die Planungsorgane von Familienbildungsmaßnahmen damit vor drei großen Herausforderungen, die es zu berücksichtigen gilt, wollen sie Familienbildungsangebote bedarfsgerecht implementieren. Diese umfassen die Hilfestellung für Familien in ihrer adäquaten Aufgabenerfüllung sowie die Berücksichtigung von gesellschaftlichen Entwicklungen und der Heterogenität des Landkreises. Ein zentrales Ziel unserer Untersuchung war es deshalb, die Planungssicherheit bei der Entwicklung effizienter und dezentraler Strukturen zu ermöglichen.

Studiendesign

Die regionalen Besonderheiten wurden anhand der Bevölkerungsstruktur auf Landkreis-, Stadt- und Gemeindeebene ermittelt. Eine teilstandardisierte Online-Befragung der Veranstalter zeigte die bestehenden Familienbildungsangebote mit ihren thematischen Schwerpunkten, ihrer regionalen Verteilung und ihren Nutzungsgraden auf. Eine teilstandardisierte Befragung der Eltern ermöglichte

die Analyse des Nutzungsverhaltens, der Erfahrungen und der Wünsche der Eltern. Die so gewonnenen Daten wurden auf Landkreis-, Stadt- und Gemeindeebene analysiert und mit den regionalen Bedarfen und Wünschen der Eltern verglichen. Aus den Ergebnissen wurden kurz-, mittel- und langfristige Handlungsempfehlungen abgeleitet.

Ergebnisse der Elternbefragung

Für jede Kommune liegen Daten vor. Mit 4126 Respondenten, die durchschnittlich 2,24 Kinder haben und von denen 94,3% in einer Partnerschaft leben, konnten wir in unserer Umfrage ca. 17.259 Personen erreichen.

Familienbildung für Eltern ein wichtiger Standortfaktor

Die Eltern wurden zu vier verschiedenen Themenfeldern auch nach ihren Einstellungen und Meinungen befragt. Eine zentrale Aussage bildet hier, dass die Eltern Familienbildungsveranstaltungen für wichtig halten. Fast 75% der Eltern stimmen dieser Aussage zu. Auch Expertenmeinungen sind 92,3% der Eltern wichtig. Die Respondenten stehen Familienbildungsangeboten generell positiv gegenüber. Für Kommunen, wie den Landkreis Eichstätt und seine einzelnen Gemeinden, heißt das, dass Familienbildungsmaßnahmen eine hohe Priorität besitzen müssen. 68% der Befragten haben bereits an Familienbildungsveranstaltungen teilgenommen. Auf kommunaler Ebene nahmen in jeder Gemeinde mindestens 50% an einer Veranstaltung teil. Über 70% der Respondenten aus den Ge-



meinden Kinding, Walting, Beilngries und Buxheim besuchten eine Veranstaltung. Diese Zahlen sprechen für eine immense Reichweite der Familienbildungsmaßnahmen. Die Veranstaltungsbesucher nahmen dabei im Durchschnitt an 2,80 Veranstaltungen teil. Die Eltern aus Wellheim, Eichstätt, Walting, Eitensheim und Kipfenberg besuchten durchschnittlich die meisten Veranstaltungen. Insgesamt sind 77,3% der Eltern bereit, an Familienbildungsangeboten teilzunehmen. Auch das betont erneut die große Bedeutung dieser Angebote.

Themenschwerpunkte

Die Themenschwerpunkte der besuchten Veranstaltungen umfassen die gesunde Lebensweise (dazu gehören Ernährung, Sport, Suchtprävention, Gesundheit im Allgemeinen) sowie Schule und Lernen. Im mittleren Feld bewegen

sich die Themen „Entwicklung und Verhalten des Kindes“, „Familie und Elternsein“ sowie der „Umgang mit Medien“. Weit davon abgeschlagen ist der Themenschwerpunkt „Recht und Finanzen“. Auf die Frage, welche Inhalte sich die Eltern wünschen, gaben 29,1% Erziehungsthemen an. Insbesondere der Umgang mit Medien spielt eine wichtige Rolle. 28,3% wollen mehr Angebote zur gesunden Lebensweise. Die gesunde Ernährung ist das Thema, worüber die meisten Eltern sich näher informieren möchten. 22,8% wünschen sich mehr Veranstaltungen zu den Themen Schule und berufliche Entwicklung des Kindes. Besonders die Bewältigung des Schulalltags ist zentral.

Kritik am Informationsfluss

Was kritisieren die Eltern? Am deutlichsten bemängeln die Eltern den bisherigen Informationsfluss. 52,4% erfahren nicht

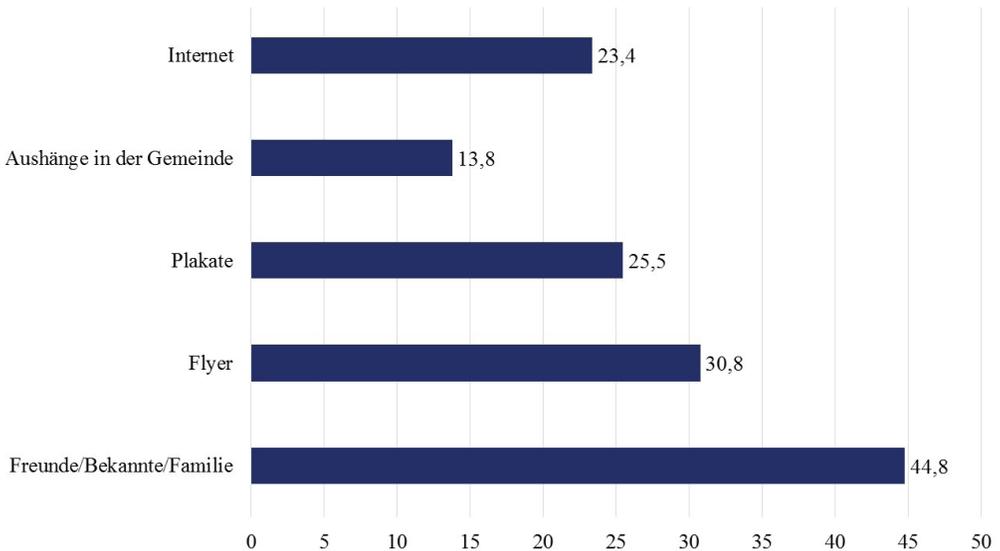


Abbildung 1:

„Wie sind Sie auf die Veranstaltungen aufmerksam geworden?“, N=2271, Mehrfachnennungen möglich
 Datenquelle: Elternbefragung des ZFG, eigene Berechnungen

rechtzeitig von einem spezifischen Familienbildungsangebot. 54,8% haben Probleme, die richtige Veranstaltung bzw. den richtigen Ansprechpartner zu finden.

Auf die Frage, wie die Veranstaltungsbesucher auf die jeweilige Veranstaltung aufmerksam wurden, geben die Eltern die Mund-zu-Mund-Bewerbung als die wichtigste Informationsquelle an (vgl. Abbildung 1). 44,8% der Respondenten nennen Freunde, Bekannte und Familie. Aber auch Flyer, Plakate und das Internet sind wichtig. Die Aushänge in der Gemeinde nehmen die Eltern am Wenigsten wahr. Hier gibt es zwischen den Gemeinden aber Unterschiede. In Böhmfeld z. B. nehmen 46,3% der Eltern die Aushänge ihrer Gemeinde wahr. Bei den Werbemitteln hatten die Eltern auch die Möglichkeit offene Angaben zu machen. Die Schule und der Kindergarten bzw. die Kinderkrippen kristallisieren sich bei den offenen Angaben als die wichtigsten Werbeträger heraus.

Motive für einen Veranstaltungsbesuch

Ausschlaggebendes Motiv für den Besuch einer Veranstaltung ist ein für die Eltern interessantes Thema (96,9%). Es gibt auch mehr als 50,0% der Eltern, die sich mit anderen Eltern austauschen wollen, denen die Veranstaltung empfohlen wurde oder die an der Veranstaltung teilnehmen, weil es ihre Freunde und Bekannten ebenfalls tun. Dagegen ist es von deutlich geringerer Bedeutung für die Eltern, neue Kontakte zu anderen Eltern zu knüpfen (35,6%). Die Respondenten scheinen damit zu einer Gruppe zu gehören, die innerhalb ihrer jeweiligen Kommune gut integriert sind.

Motive gegen einen Veranstaltungsbesuch

Natürlich ist es auch interessant, herauszufinden, warum Eltern keine Veranstaltungen besuchen. Drei Punkte stechen hier besonders hervor: 80,1% meinen, sie erhalten Informationen durch andere Wege deutlich einfacher. Für 65,7% spielen zeitlich bedingte Probleme eine zentrale Rolle. 53,5% der Respondenten geben Schwierigkeiten mit der Kinderbetreuung an. Eltern, die keine Veranstaltung besucht haben, sagen aus, dass sie das Angebot überhaupt nicht kennen, dass sie zu spät von den Veranstaltungen erfahren und Schwierigkeiten haben, von einer spezifischen Veranstaltung zu erfahren. Noch deutlicher wird dies an dem Umstand, dass 64,0% dieser Gruppe von Eltern nicht rechtzeitig von angebotenen Veranstaltungen erfährt und 56,1% von ihnen Probleme haben, die richtige Veranstaltung bzw. den richtigen Ansprechpartner zu finden.

Generelle Zufriedenheit mit den Angeboten

Über 50% sind mindestens zufrieden mit den Angeboten. Dabei sind die Eltern tendenziell zufriedener mit den Angeboten des Landkreises als mit denen ihrer Gemeinde. Hier gibt es allerdings drei Ausnahmen: Böhmfeld, Pförring und Nassenfels. Alle drei Kommunen haben eines gemein: Die Eltern sind zufriedener mit den Angeboten ihrer Gemeinde als mit denen des Landkreises. Sie sind neben anderen Gemeinden wie z. B. Adelschlag, Eichstätt oder Oberdolling zufriedener mit den Angeboten ihrer Gemeinde als der Gesamtdurchschnitt.

Handlungsempfehlungen

Aus der Untersuchung geht eindeutig hervor, dass das Angebot der Familienbildungsmaßnahmen noch nicht ausreichend in der Region bekannt ist. Hier ist eine Nachsteuerung erforderlich. Mithilfe einer Internetplattform, z. B. auf den Seiten des Jugendamtes, könnten die Eltern sich über Veranstaltungen entsprechend ihren Interessen und Mobilitätsmöglichkeiten informieren und auch anmelden. Die Lokalzeitung und die Elternbriefe der Bildungs- und Betreuungseinrichtungen der Kinder können auf die Veranstaltungen und die Website des Jugendamtes hinweisen. Eine Auslage der Programme in Schriftform fördert ebenso die Bekanntgabe der Angebote.

Die Struktur des Landkreises erfordert mehr dezentrale Angebote. Ein erster Schritt in diese Richtung wäre es, die Veranstaltungen lokaler Einrichtungen für alle Eltern innerhalb einer Kommune zu öffnen. Ein innovativer Vorschlag ist es, dezentrale Familienstützpunkte innerhalb der einzelnen Kommunen einzurichten. Diese sichern die Erreichbarkeit der Angebote. Eine Möglichkeit wäre es, in diesem Zusammenhang die Bildungs- und Betreuungseinrichtungen der Kinder einzubinden. Eltern haben dadurch die Möglichkeit unabhängig von ihren Mobilitätsmöglichkeiten Veranstaltungen vor Ort zu besuchen.

Die Eltern äußerten sich teilweise sehr konkret dazu, was sie sich für Veranstaltungsthemen wünschen würden. Es wäre gut, den Veranstaltungskalender entsprechend den geäußerten Wünschen zu erweitern. Der stetige Wandel der Gesellschaft kann die Themenwünsche von Eltern verändern. Eine regelmäßige Eltern-Abfrage zu den Wunschthemen

kann dem begegnen. Eine solche Befragung könnte z. B. über die Internetplattform geschehen, in der die Eltern nach Veranstaltungen suchen können.

In Bezug auf die Qualität der einzelnen Angebote äußerten sich die Eltern sehr unterschiedlich. Während einige Eltern die Angebote lobten, kritisierten fast genauso viele Eltern diese. Um nun die Qualität der Veranstaltungen weiterhin auf hohem Niveau zu halten, bieten sich Evaluationsbögen für die einzelnen Veranstaltungen und die Einführung eines Standards für die Angebote ein.

Wachsende Mobilität und Migration werden die politischen Entscheidungsträger und anderen Beteiligten vor neue Herausforderungen stellen. Zielgruppenspezifische Angebote, auch in Fremdsprachen, und entsprechende Informationen über das Angebot unterstützen die Familienbildung in diesem Bereich.

Fazit

Diese Untersuchung ermöglicht es, praxisnahe und individuell auf den Landkreis Eichstätt angepasste Handlungsempfehlungen zu entwickeln. Dies gelang durch die Analyse der regionalen Besonderheiten (auch auf Gemeindeebene), die Ermittlung vorhandener Familienbildungsangebote und eine flächendeckende Elternbefragung. Die Befragung der Eltern bildete dabei ein zentrales Beteiligungsinstrument, welches die Erfahrungen und Wünsche der Eltern in den Mittelpunkt stellte. Der Untersuchungsansatz des ZFG dient damit als bevölkerungsnahes Erhebungsinstrument, dessen Handlungsempfehlungen zu einer verbesserten und bedarfsorientierten Strukturierung von Familienbildungsmaßnahmen führen.

Z | F G

**Zentralinstitut
für Ehe und Familie
in der Gesellschaft**
Center for marriage
and family in society

JAHRESBERICHT DES ZFG

Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen



Prof. Dr. Klaus Stüwe
Direktor des ZFG



Dr. Peter Wendl
Wiss. Projektleiter



Jasmin Gotschke, M.Sc.
Wiss. Mitarbeiterin



Lisa Hartmann, M.A.
Wiss. Mitarbeiterin



Marion Kühn, M.A.
Wiss. Mitarbeiterin/
Elternzeit



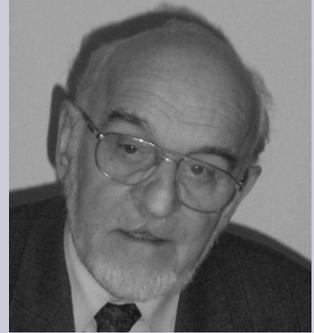
Dipl. Päd.
Peggy Puhl-Regler
Wiss. Projektmitarbeiterin



Dipl. Päd.
Alexandra Ressel
Wiss. Mitarbeiterin



Eva Vierring
Sekretariat



Prof. Dr. Bernhard Sutor
Ehrendirektor des ZFG

Personalia

- Frau Dr. Andrea Althoff ist zum 31.9.2015 ausgeschieden.
- Frau Susann Kunze ist nach langjähriger Tätigkeit am ZFG zum 31.9.2015 ausgeschieden.
- in der Institutsversammlung des ZFG vom 18.5.2015 wurde Prof. Dr. Klaus Stüwe zum ordentlichen Direktor des ZFG gewählt.

Vorträge und Aktivitäten des ZFG - Mai 2015 bis Juni 2016

- 22.5.2015 Mentorat Familienpolitik, KHG Eichstätt (Stüwe)
- 4.7.2015 Vortrag „Familie im Wandel“, Kolping Eichstätt (Stüwe)
- 6.7.2015 Gastvortrag von Frau Ute Eberl zur außerordentlichen Familiensynode im Vatikan, Erzbistum Berlin
- 9.7.2015 Vorstellung der Ergebnisse „Evaluation der Familienbildungsangebote im Landkreis Eichstätt“ im Landratsamt (Kunze, Stüwe, ZFG-Team)
- 5.8.2015 Vorstellung des DBK-Projekts „Maßnahmen der deutschen (Erz-)Bistümer zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ in Bonn (Stüwe)
- 10.-12.9.2015 INTAMS-Tagung (International Academy for Marital Spirituality, Belgien) in Rom zum Thema „Faithful Voices, Discerning Hearts: Marriage and Family in Church and Society“ (Stüwe, Wendl)
- 24.9.2015 Werkwoche des Bischöflichen Seminars zum Thema „Kirchliche Themen in der öffentlichen Meinung und in der politischen Diskussion sowie deren Darstellung in den Medien“, Impulsreferat „Die Familie in der öffentlichen Diskussion“, Eichstätt (Stüwe)
- 5.-8.10.2015 The International Conference on Women and Family Policies of the Reunified Korean Society, Vortrag „Family Policies in Germany“, Korean Women's Development Institute (KWDI) (Stüwe)
- 11.10.2015 KLB Diözesanverband, Vortrag „Familie im ländlichen Raum“, Mittelleschenbach (Stüwe)

- 19.-23.10.2015 Deutsch-Koreanisches Kolloquium „Familie im Wandel“ mit Staatsministerin Frau Emilia Müller, Priesterseminar Eichstätt (Stüwe, ZFG-Team)
- 10.11.2015 KLB Kreisverband, Vortrag „Familie im ländlichen Raum“, Hofstetten (Stüwe)
- 12.11.2015 DBK/Familienbund der Katholiken, Hearing „Hören! Was Familien brauchen“, Berlin (Stüwe)
- 13.11.2015 Sitzung der Kommission XI DBK, Vorstellung des Projekts „Maßnahmen der deutschen (Erz-)Bistümer zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf“, Berlin (Stüwe)
- 26.1.2016 Netzwerktreffen der Familienservicestellen Bayern in Passau (Ressel, Vierring)
- 3.2.2016 Sitzung Facharbeitsgruppe „Familienbildung“ des Landkreises Eichstätt (Stüwe, Ressel)
- 1.3.2016 Vorstellung Expertise „Familiales Rollenverständnis und Verständnis der Abgrenzung zwischen Staat und Familie bei Flüchtlingen, Staatsinstitut für Familienforschung (ifb), Bamberg (Stüwe)
- 2./3.3.2016 Sitzung Kommission XI, DBK, Vertiefung der Erhebungsergebnisse des Projekts „Maßnahmen der deutschen (Erz-)Bistümer zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Köln (Stüwe)
- 9.3.2016 Vortrag „Familie im Wandel“, Habsberg (Stüwe)
- 7.4.2016 Arbeitstreffen der AGSG (Arbeitsgemeinschaft Sucht und Gesundheit) der Bayerischen Hochschulen in Eichstätt (Ressel)
- 16.4.2016 Aktive Teilnahme am Studieninfotag der KU (Ressel, Vierring)
- 9.5.2016 Moderation und Teilnahme am „Ideen-Brunch“ für die Vorbereitung zum Beitritt „Familie in der Hochschule“ (Stüwe, Ressel)
- 18.5.2016 Institutsversammlung (gesamtes ZFG-Team)
- 24.-26.5.2016 Katholikentag Leipzig (Stüwe, Puhl-Regler, Ressel)
- Ständiges Mitglied und Teilnahme an den Sitzungen der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten der Universität (Ressel)

15 Jahre Kooperation des ZFG mit dem Katholischen Militärbischofsamt - eine Zwischenbilanz in Zahlen?

Dr. Peter Wendl

Wissenschaftlicher Projektleiter

Dr. Peter Wendl ist Diplomtheologe, Einzel-, Paar- und Familientherapeut. Seit 2002 ist er wissenschaftlicher Projektleiter der Kooperation mit dem Katholischen Militärbischofsamt für die deutsche Bundeswehr. Er ist Mitglied verschiedener Beratungsgremien (z. B. „Netzwerk der Hilfe“ – Bundesministerium der Verteidigung).



Seit 2002 besteht eine intensive Kooperation des ZFG mit dem Katholischen Militärbischofsamt (KMBA) in Berlin, also bereits im 15. Jahr; Grund genug für eine Zwischenbilanz. An dieser Stelle soll daher ein – vielleicht etwas ungewöhnlicher – Perspektivenwechsel auf „Zählbares“ zum Jubiläumsjahr versucht werden, um die „Erträge“ des eineinhalb Jahrzehnte dauernden Miteinanders auch faktisch deutlich zu machen.

300 Intensivveranstaltungen mit über 400 Familien!

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ZFG haben unter der Leitung der jeweiligen katholischen Militärseelsorgerinnen und -seelsorger an den Standorten zwischen 2002 und 2016 etwa 300 (überwiegend mehrtägige Intensiv-)Veranstaltungen als Referentinnen und Referenten begleitet. An diesen Veranstaltungen ha-

ben insgesamt mehr als 4000 Soldatinnen und Soldaten und/oder Angehörige aus Soldatenfamilien teilgenommen.

600.000 Bücher und Broschüren in bislang 18 Auflagen!



Seit 2005 sind rund 60.000 Bücher (Monographien) und Broschüren, die im Rahmen der Kooperation entwickelt und publiziert wurden, bis Frühjahr 2016 über den Buchhandel oder verteilt über das KMBA (und vielfach auch über das evangelische Kirchenamt für die Bundeswehr) von den Familien bezogen worden. Dabei handelt es sich neben wissenschaftlichen Publikationen überwiegend um Orientierun-

gen und Ratgeber zu Ehe, Partnerschaft, Familie und Erziehung im besonderen Kontext des Soldatenberufs. Ein weiterer Schwerpunkt waren Arbeitshilfen für die seelsorgerliche Begleitung der Familien.

Ein Überblick über die bisherigen Schwerpunkte der Kooperation in Schlagworten

Betrachtet man neben der Quantität auch die Themenschwerpunkte, wird klar, dass die inhaltliche Breite der Initiativen analog zu den Herausforderungen der Bundeswehr bearbeitet wurde. So wurde seit 2002 zu folgenden Themen geforscht:

- Fernbeziehung/Wochenendbeziehung
- Umzugsmobilität
- Erziehungsfragen bei berufsbedingter und zeitlich befristeter Vater- oder Mutterentbehrung
- Resilienzforschung für die Militärseelsorge
- Verwundung, Tod oder Schusswaffengebrauch und den Auswirkungen auf Partnerschaft und Familie
- Psychohygiene von Militärseelsorgern
- Einstellungs- und Werteentwicklung im Kontext von Auslandseinsätzen
- Ängste von Kindern rund um Auslandseinsätze eines Elternteils

Dazu kommen Sonderinitiativen wie die „Taschenkarte Familie“ für die Katholische Militärseelsorge. Diese wurde 2016 vom ZFG konzipiert und mit einer Erstauflage

von 90.000 Exemplaren im Kontext der Bundeswehr aufgelegt.



Die Leistungen der Kooperation im Spiegel der konkreten Publikationen

Herausforderung der Fernbeziehungsthematik, insbesondere im Kontext der ersten Auslandseinsätze:

- Publikation des ZFG: „Gelingende Fern-Beziehung. Entfernt zusammen wachsen“, Verlag Herder, (Autor: Peter Wendl), derzeit in der 9. inzwischen erweiterten Auflage.
- Herausforderung der Fernbeziehungsthematik für Kinder: Publikation des ZFG: „Wir schaffen das!“ (Autorin: Johanna Mödl), insgesamt in vier Auflagen und Nachdrucken.
- Herausforderung von Expatriates (mit Langzeitaufenthalt im Ausland):

- Publikation des ZFG: Vertiefung und Analyse (Autor: Peter Wendl) im Buch „Erfolgreich eine Fernbeziehung führen. Wie kann es gehen“ (Katja von Eysmond)
- Herausforderung des „robusten Einsatzes“ in Afghanistan zum Thema Ängste im Kontext von Auslandseinsätzen: Publikation des ZFG: „Soldat im Einsatz. Partnerschaft im Einsatz. Praxis- und Arbeitsbuch für Paare und Familien in Auslandseinsatz und Wochenendbeziehung“, Verlag Herder (Autor: Peter Wendl), 5. Auflage.
- Herausforderung von akut belasteten Paaren aufgrund besonderer Lebensbedingungen und in den Lebensübergängen: Publikation des ZFG: „100 Fragen, die Ihre Beziehung retten“ (Autor: Peter Wendl), mvg-Verlag, 2. Auflage.
- Herausforderung von Kinderängsten im Kontext der berufsbedingten Vater- oder Mutterentbehrung bei Auslandseinsatz oder Wochenendbeziehung: Publikation des ZFG: „Zusammen schaffen wir das!“ (federführend von Peggy Puhl-Regler und dem Team des ZFG), 2. Auflage, ca. 10.000 Exemplare.

**ZUSAMMEN
SCHAFFEN WIR DAS!**

Informationen und Hilfen für Eltern, Kitas und Schulen
rund um Auslandseinsatz und Wochenendbeziehung

Herausgeber von *Zeitschriften für Ehe und Familie in der Gesellschaft* (ZFG) – Katholische Universität
Salzburg Mitglied – in Kooperation mit dem Katholischen Militärseelsorger

ZFG Katholische
Militärseelsorge

Aus Katholische Militärseelsorge
mit dem ZFG Di. A. H. W. P.

Zum thematischen Hintergrund der Kooperation von ZFG und KMBA

Nachdem – sicherlich etwas ungewöhnlich – nun zunächst „zählbare Erträge“ aufgezeigt wurden, dürfen für eine Zwischenbilanz selbstverständlich auch inhaltliche Grundlagen nicht vernachlässigt werden. Daher gilt es nun konzentriert die inhaltlichen Grundlagen der Kooperation kurz zu skizzieren.

Die verteidigungspolitischen Beschlüsse des Deutschen Bundestags der vergangenen eineinhalb Jahrzehnte und die daraus folgende Beteiligung an Auslandseinsätzen haben die Bedingungen für Soldatenfamilien stark verändert. Zusätzlich bringen die ohnehin besonderen Voraussetzungen für die Vereinbarkeit von Familie und Dienst im Soldatenberuf (Versetzungs- und Umzugsmobilität, Multimobilität etc.) eine große Herausforderung für die Betroffenen. Aber auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im psychosozialen Netzwerk der Bundeswehr werden dadurch auf spezifische Weise herausgefordert.

Die Aufgaben des ZFG im Rahmen der Zusammenarbeit

Angesichts dieser komplexen und sich stetig verändernden Anforderungen an die an den Einsätzen Beteiligten und an ihre Familien hat das ZFG eine Vielzahl von Initiativen konzipiert, durchgeführt und ausgewertet. Zentral geht es dabei um die Frage, wie die Stabilität von Ehen, Partnerschaften und Familien angesichts der belastenden Herausforderungen und existentiellen Risiken durch die Einsätze und die besonderen Lebensbedingungen des Soldatenberufs gefördert werden kann – unter Einbeziehung des sozialen Umfelds sowie der Herausforderungen

für die Begleitenden im psychosozialen Netzwerk (insbesondere auch für die Militärseelsorgerinnen und -seelsorger).

Dazu gehören insbesondere:

- die Konzeption, Durchführung und Auswertung von Intensivveranstaltungen im Rahmen der Militärseelsorge und des Psychosozialen Netzwerks der Bundeswehr (PSN) für Paare und Familien sowie in Erziehungsfragen
- die Erarbeitung präventiver Initiativen für die Katholische Militärseelsorge
- die Mitarbeit in den entsprechenden Gremien (beispielsweise ist das ZFG Mitglied im Netzwerk der Hilfe des Bundesministeriums der Verteidigung)
- die Erarbeitung von Maßnahmen zur Förderung der Psychohygiene und der Resilienz sowie die Erforschung von Werten und Einstellungen von Militärseelsorgerinnen und Militärseelsorgern
- das Mitwirken in der Fortbildung von Militärseelsorgerinnen und Militärseelsorgern
- die Mitwirkung in der Vorstandschaft der Katholischen Familienstiftung für Soldaten des Katholischen Militärbischofs
- die Mitwirkung in kirchlichen bzw. gesellschaftspolitisch relevanten Gremien (beispielsweise die Mitgliedschaft von Peter Wendl im Sachausschuss Familie-Erziehung-Bildung des Landeskomitees der Katholiken in Bayern)

Die Ergebnisse all dieser Forschungen im Rahmen der Kooperation fließen dynamisch in wissenschaftliche und „ratgebende“ Publikationen ein (s.o.). Die praxisorientierten Aktivitäten des ZFG werden wiederum begleitet durch am Problem orientierte wissenschaftliche Initiativen des ZFG – und somit (selbst-)kritisch reflektiert sowie zugleich permanent optimiert, etwa durch die Erstellung von Problem-, Literatur- und Metastudien, durch die Mitwirkung an Handreichungen für Betroffene sowie durch Initiativen der angewandten Wissenschaft.

Ausblick

Der Blick nach vorn zeigt, dass die Herausforderungen für Soldatenfamilien (und damit auch für die Militärseelsorge) einer rasanten dynamischen Entwicklung folgen. Es bleibt sicherlich eine wichtige Aufgabe, den Spagat eines erfüllenden Familienlebens zwischen Grundbetrieb und Auslandseinsätzen mit ihren jeweils oft grundverschiedenen Belastungen und Chancen zu reflektieren, zu fördern und aktiv zu begleiten – insbesondere an der Seite der Katholischen Militärseelsorge. Jedoch können die Antworten darauf für und in der Militärseelsorge nicht statisch sein. Vielmehr gilt es, die „Zeichen der Zeit“ stets neu wahrzunehmen und diese Dynamik angemessen zu beantworten. Ein Beispiel: Die gegenwärtigen Herausforderungen angesichts der unzähligen über das Mittelmeer fliehenden Menschen, die täglich nicht zuletzt durch Bundeswehrsoldaten gerettet werden, zeigen eine der wichtigen Aufgaben der Zukunft auf (siehe dazu auch die Buchbesprechung „Refugees welcome“ in diesem Heft). Die Erfahrungen, die Soldaten und Soldatinnen in diesem Kontext machen und (mit ihren Familien) verarbeiten müssen, bedürfen dringend der intensi-

ven Begleitung durch das psychosoziale Netzwerk der Bundeswehr – und damit besonders der Militärseelsorge.

Die Kooperation des KMBA mit dem ZFG ist eine besondere Antwort auf die Fragestellungen, die der Soldatenberuf für Kirche und Pastoral, Gesellschaft, Politik sowie für Partnerschaft und Familie aufwirft. Das Vertrauen und die Zusammenarbeit, die dem ZFG vom Katholischen Militärbischofsamt in den vergangenen 15 Jahren entgegengebracht wurde, ist außergewöhnlich. Gerade dafür soll hier herzlich gedankt werden!

Projektmitarbeiter und Projektmitarbeiterinnen



Dr. Peter Wendl
Wiss. Projektleiter



Marion Kühn, M.A.
Wiss. Mitarbeiterin/
Elternzeit



Dipl. Päd.
Peggy Puhl-Regler
Wiss. Projektmitarbeiterin



Dipl. Päd.
Alexandra Ressel
Wiss. Mitarbeiterin



Eva Vierring
Sekretariat

Vorträge und Aktivitäten in Kooperation mit dem KMBA- Mai 2015 bis Juni 2016

- 18.4.2015 Universität Tübingen „Religion auf der Reise“ Praktisch-theologische Zugänge zur Lebenswelt von Schaustellern und Schaustellerinnen, Vortrag „Auswirkungen von Mobilitätsanforderungen auf Partnerschaft, Familie und Erziehung“ (Wendl)
- 28.7.2015 Wolfsburg VW Workshop, Seminar (Wendl)
- 10.-12.9.2015 INTAMS-Tagung (International Academy for Marital Spirituality, Belgien) in Rom zum Thema „Faithful Voices, Discerning Hearts: Marriage and Family in Church and Society“ (Wendl)
- 22.9.2015 Militärdekanat Süd, Sitzung, Projekt- und Kooperationsvorstellung, München (Wendl, Kühn, Puhl-Regler, Ressel)
- 20.10 - 22.10.2015 Gesamtkonferenz der Katholischen Militärseelsorge, Vorstellung Taschenkarte und Broschüre, Berlin (Wendl)
- 4.-5.11.2015 Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages, Vortrag „Die Vereinbarkeit des Dienstes in der Bundeswehr mit dem Familien- und Privatleben“, Berlin (Wendl)
- 15.-16.12.2015 Besprechung, Katholische Arbeitsgemeinschaft Soldaten (KAS), Projektvorstellung (Wendl, Puhl-Regler, Ressel, Vierring)
- 14.4.2016 Tagung des Verwaltungsrates der Katholischen Militärseelsorge in Eichstätt (Wendl, ZFG-Team)
- 18./19.4.2016 Militärdekanat Ost, Sitzung, Projekt- und Kooperationsvorstellung, Schmochtitz (Wendl, Puhl-Regler, Ressel, Vierring)
- 11.5.2016 Parlamentarischer Abend, Berlin (Wendl)
- 24.-26.5.2016 Katholikentag Leipzig (Wendl)
- diverse Besprechungen mit dem Katholischen Militärbischofsamt (Wendl)

- diverse Einsatznachbereitungsseminare und Intensivveranstaltungen, z. B. Familienwochenenden für Paare und Familien in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Standorten der Katholischen Militärseelsorge (Wendl)
- Sitzungen für den Sachausschuss „Ehe-Familie-Bildung“ des Landeskomitees der Katholiken in Bayern (Wendl)
- Sitzungen der Katholischen Familienstiftung
- diverse Interviewreisen im Rahmen des Projekts „Wertorientierungen von Militärseelsorgern“ (Kühn, Puhl-Regler, Ressel)

Familienwissenschaftliche Publikationen von ZFG-Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen

Stüwe, Klaus: Herausforderung Familienpolitik: Begründung, Entwicklung und Probleme eines Politikfelds. In: Ehe Familie gelingt – Beiträge zu zentralen Fragen in Gesellschaft und Kirche. München 2015, S. 4-11 (Zeitansagen; 18).

Stüwe, Klaus: Familienpolitik: Begründung - Ziele - Defizite. In: Kompass. Soldat in Welt und Kirche, Ausgabe 07-08/2016, S. 6-9.

Wendl, Peter: Sind Partnerschaft und Familie als Fernbeziehung erfüllend lebbar? Fragilität und Stabilität begegnen sich. In: Ehe Familie gelingt - Beiträge zu zentralen Fragen in Gesellschaft und Kirche. München 2015, S. 24-27 (Zeitansagen; 18).

Wendl, Peter: Militärseelsorge: „Ernstfall der Familienpastoral“. In: Lebendige Seelsorge. Würzburg 2015, S.366-370 (5).

Wendl, Peter: Auch Urlaub will gelernt sein! In: Kompass. Soldat in Welt und Kirche, Ausgabe 07-08/2016, S. 12-14.

ZFG: Zusammen schaffen wir das! Informationen und Hilfen für Eltern, Kitas und Schulen rund um Auslandseinsatz und Wochenendbeziehung. Eichstätt 2015.